

Armut und Lebensstandard: zur Entwicklung des notwendigen Lebensstandards der Bevölkerung 1996-2003; Gutachten im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung

Andreß, Hans-Jürgen; Krüger, Anne; Sedlacek, Bronia Katharina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Gutachten / expert report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Andreß, H.-J., Krüger, A., & Sedlacek, B. K. (2005). *Armut und Lebensstandard: zur Entwicklung des notwendigen Lebensstandards der Bevölkerung 1996-2003; Gutachten im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung*. (Forschungsbericht / Bundesministerium für Arbeit und Soziales, A344). Köln. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49140-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Hans-Jürgen Andreß
Anne Krüger
Bronia Katharina Sedlacek

**Armut und Lebensstandard
Zur Entwicklung des notwendigen Lebensstandards
der Bevölkerung 1996-2003**

**Gutachten im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichtes
der Bundesregierung**

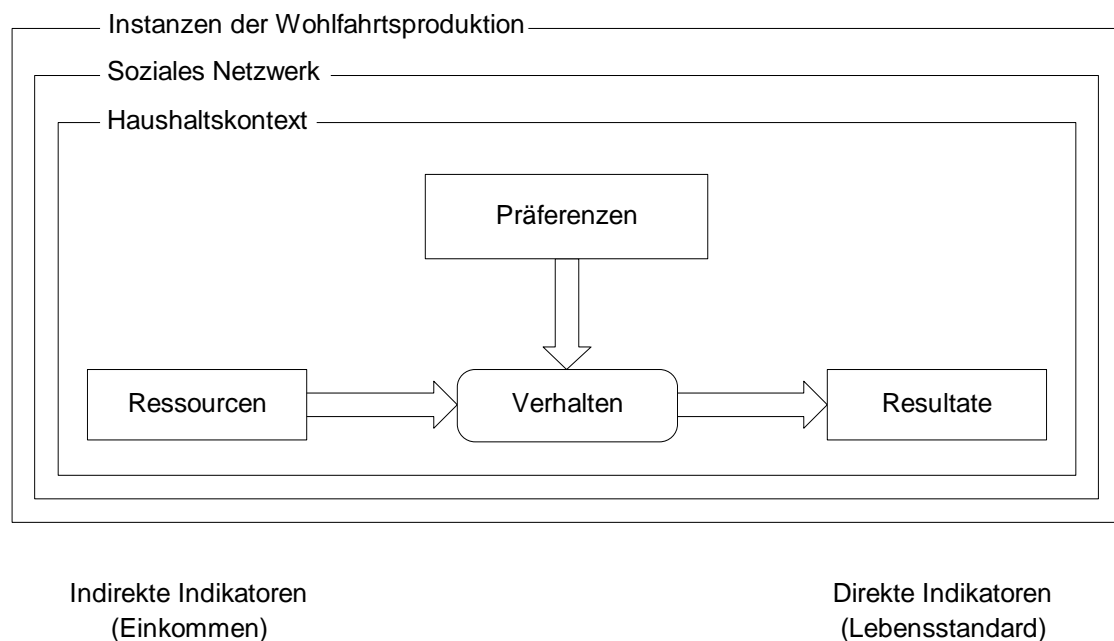
Köln
August 2004

1 Einleitung	3
2 Untersuchungsziele, Daten und Methoden	5
2.1 Operationalisierung	6
2.2 Vergleichbarkeit der verwendeten Umfragen	8
3 Ergebnisse.....	10
3.1 Was gehört nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard?10	
3.2 Welchen Lebensstandard haben die Bundesbürger?	13
3.3 Was können sich die Bundesbürger nicht leisten?	15
3.4 Wie groß ist das Ausmaß der Deprivation und wer ist besonders betroffen?	19
3.5 Niedriges Einkommen und unzureichender Lebensstandard.....	23
3.5.1 Wie läßt sich der von Armut betroffene Bevölkerungsteil eingrenzen?	23
3.5.2 Durch welche sozio-demographischen Merkmale sind die von Armut betroffenen Personen gekennzeichnet?.....	27
3.5.3 Wie verändert sich der Lebensstandard im Zeitablauf für ausgewählte Subgruppen, und was sind mögliche Erklärungen?.....	29
4 Zusammenfassung.....	31
Danksagung.....	35
Literatur	35
Tabellen und Anhang.....	36

1 Einleitung

Empirische Analysen für die westlichen Industriegesellschaften verwenden unterschiedliche Indikatoren zur Eingrenzung der von Armut betroffenen Personen. Dabei lassen sich Armutsindikatoren unterscheiden, die entweder die Ressourcen erfassen, über die Individuen verfügen, oder die die Ergebnisse der Ressourcenverwendung betrachten, d.h. die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse und die Erzielung eines bestimmten Lebensstandards. Dieser Sachverhalt ist in der folgenden Abbildung 1 dargestellt: Individuen nutzen individuelle, haushaltsbezogene und externe Ressourcen und erzeugen damit wohlfahrtsstiftende Outputs. Der erzielte Lebensstandard ist ein Resultat ihres individuellen Verhaltens. Wie sie die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen für diese Zwecke nutzen, hängt u.a. von ihren Präferenzen ab. Gleiche Ressourcenausstattung führt daher nicht notwendigerweise zu einem identischen Lebensstandard.

Abbildung 1: Direkte und indirekte Armutsindikatoren



In Anlehnung an eine Unterscheidung von Ringen (1988) sprechen wir auch von direkten und indirekten Armutsindikatoren. Direkte Armutsindikatoren betrachten den tatsächlich verfügbaren Lebensstandard der Individuen, indirekte Indikatoren dagegen die Ressourcen, über die Individuen verfügen. Ein häufig verwendeter Ressourcenindikator ist das verfügbare Haushaltseinkommen, so auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entsprechende Einkommensdaten sind in hinreichender sozialer Differenzierung durch die amtliche Statistik oder die Wissenschaft leicht zugänglich, wenn auch nicht immer mit der gewünschten Genauigkeit und Zuverlässigkeit. Andere Ressourcen, z.B. die berufliche und schulische Qualifikation der Person, sind vielleicht zuverlässiger zu erheben, jedoch mangels einer einheitlichen Maßeinheit im Gegensatz zum Einkommen schwieriger zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen zu vergleichen. Außerdem hat die Verwendung des Einkommens als Armutsindikator auch deshalb eine Berechtigung, weil in Marktgesellschaften viele Güter und Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs gegen Geld am Markt eingekauft werden können, mithin der erzielte Lebensstandard ebenfalls in großen Teilen durch das verfügbare Einkom-

men bestimmt wird. Schließlich kann mangelnde Ressourcenausstattung durch Sozialleistungen in Form von Geld kompensiert werden, so daß alle Bürger die gleichen Minimalchancen haben; zumindest ist das der traditionelle Ansatz der Sozialpolitik. Arm ist nach der Definition des Ressourcenansatzes also die Person, die über ein geringeres Einkommen verfügt, als zur Deckung eines minimalen Lebensstandards notwendig ist. Wir sprechen daher auch von einkommensbasierten Armutsmaßen.

Im Gegensatz zum Ressourcenansatz betrachten direkte Armutsindikatoren die Ergebnisse des Verhaltens der Individuen nach Einsatz der ihnen zugänglichen Ressourcen. Sie betrachten den Lebensstandard, über den Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer gegebenen Gesellschaft tatsächlich verfügen. Wegweisend für den ‚direkten‘ Ansatz war die Studie von Peter Townsend aus dem Jahr 1979 über „Poverty in the United Kingdom“. Townsend geht darin vom beobachtbaren Lebensstandard der Bevölkerung („community's style of living“) aus und untersucht, welche Personengruppen daran in welchem Maße teilhaben können. Er bezeichnet diesen Ausschluß von mehr oder minder großen Teilen eines allgemein akzeptierten Lebensstandards als Deprivation, und dementsprechend könnte man auch von deprivation- im Gegensatz zu einkommensbasierten Armutsmaßen sprechen. Arm wäre nach dieser Definition die Person, die nicht über einen allgemein akzeptierten (minimalen) Lebensstandard verfügt.

Ausgangspunkt dieses Lebensstandardansatzes ist in der Regel eine Liste von Dingen und Aktivitäten, die nach Ansicht des jeweiligen Forschers oder einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe die wesentlichen Aspekte des notwendigen Lebensstandards in einer Gesellschaft umfassen. Für alle Untersuchungspersonen wird entweder per Beobachtung oder meistens per Befragung geprüft, ob sie über diese Dinge verfügen bzw. diese Tätigkeiten ausüben. Fehlende Dinge oder nicht ausgeübte Tätigkeiten sind dann ein Hinweis auf einen unzureichenden Lebensstandard. Häufen sich diese Mangelerscheinungen, spricht man ab einem gewissen Ausmaß von Deprivation. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob tatsächlich alle Deprivationerscheinungen notwendigerweise mit Armut verbunden sind. Townsend verneint diese Frage in einer späteren Publikation mit der folgenden Begründung: „People can experience one or more forms of deprivation *without necessarily being in poverty*. People with the same resources may display a different relationship to forms of deprivation. And people with fewer resources than others may be much more likely to experience forms of deprivation even when their resources remain considerably above the ‘poverty line’“ (Townsend 1987: 130; Herv. durch die Autoren).

Für Townsend sind daher Deprivation und Armut zwei verschiedene Begriffe: „the concept [deprivation] has to be distinguished from poverty“ (1987: 140). Seine Definition von Armut verknüpft stattdessen direkte und indirekte Armutsindikatoren miteinander. Armut liegt nach seiner Definition dann vor, wenn Deprivation durch Mangel an finanziellen Ressourcen bedingt ist: „It is assumed in this conceptualisation that at a certain point in descending the scale of income or resources deprivation is likely to grow disproportionate to further loss of resources and that this ‘threshold’ properly marks the beginning of a state of objective poverty“ (Townsend 1987: 130f.). Armut beginnt für ihn also dort, wo mit fallendem Einkommen Personen disproportional von der gesellschaftlichen Teilhabe („participation of the community's style of living“) ausgeschlossen sind (Townsend 1979: 249). „Disproportional“ meint in diesem Zusammenhang einen Ausschluß von der gesellschaftlichen Teilhabe, der größer ist, als auf Grund des geringen Einkommens der Person erwartet werden kann.

Townsend's Konzeption von Armut stand 1984 Pate bei der Armutsdefinition der Europäischen Gemeinschaft. Laut Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 19.12.1984

„sind verarmte Personen Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft Nr. L 2/24 vom 3.1.85). Auch hier geht es also um den Ausschluß von der gesellschaftlichen Teilhabe, *weil* bestimmte Ressourcen (Mittel) fehlen. Da sich die Bundesregierung im Rahmen ihres ersten Armuts- und Reichtumsberichtes diese Definition zu Eigen gemacht hat (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: 7), ist sie für dieses Gutachten ebenfalls zentral. Im Vordergrund stehen jedoch zunächst die Messung des Lebensstandards und die repräsentative Beschreibung von Deprivationerscheinungen in ausgewählten Bevölkerungsgruppen. Erst in einem zweiten Schritt wird dann gefragt, wie sich auf dieser Basis, gegebenenfalls in Verbindung mit Einkommensinformationen, die Armutspopulation näher eingrenzen läßt.

Grundlage dieses Gutachtens sind insgesamt fünf Repräsentativerhebungen, mit denen sich sowohl die Entwicklung des Lebensstandards der Bundesbürger als auch die Deprivation einzelner Bevölkerungsgruppen seit 1996 beschreiben läßt. In Kapitel 2 stellen wir zunächst die Methode und die verwendeten Datenquellen vor. Kapitel 3 faßt die Ergebnisse unserer Analysen zusammen. Dabei sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Was gehört nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard?
- Wie viele und welche Haushalte können sich diesen Lebensstandard leisten?
- Welche Merkmale des Lebensstandards fehlen aus finanziellen Gründen?
- Wie viele Personen haben geringe Einkommen und wie viele einen unzureichenden Lebensstandard?
- Welche Personengruppen haben einen unzureichenden Lebensstandard?
- Wie läßt sich durch Kombination der klassischen einkommensbasierten Armutsmaße mit dem Lebensstandardansatz die Gruppe der tatsächlich von Armut betroffenen Personen eingrenzen?
- Wie verändert sich der Lebensstandard im Zeitablauf für ausgewählte Subgruppen?

Kapitel 4 faßt die Ergebnisse zusammen und formuliert einige sozialpolitische Schlußfolgerungen. Frühere Auswertungen mit den hier verwendeten Datensätzen stammen von Lipsmeier (1999, 2000), Böhnke (2002) sowie Böhnke und Delhey (1999, 2001). Die methodischen Grundlagen inkl. einer Übersicht über alle relevanten Untersuchungen mit dem Lebensstandardansatz finden sich in einem vorherigen Gutachten (Andreß / Lipsmeier 2001).

2 Untersuchungsziele, Daten und Methoden

Der Lebensstandardansatz besteht im wesentlichen aus drei Komponenten: a) aus einer bevölkerungsrepräsentativen Einschätzung der Notwendigkeit bestimmter Dinge und Aktivitäten (,Items'), die den Lebensstandard einer Gesellschaft charakterisieren, b) aus einer repräsentativen Erhebung der Verbreitung dieser Items in der Bevölkerung sowie – aufbauend auf diesen Daten – c) aus einer Identifikation der Bevölkerungsgruppen, die sich diese nach allgemeiner Meinung notwendigen Items aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Die methodischen Grundlagen des Lebensstandardansatzes wurden bereits umfassend in einem anderen Gutachten diskutiert (Andreß / Lipsmeier 2001) und sollen daher hier nicht wiederholt werden. In diesem Gutachten steht die Auswertung bevölkerungsrepräsentativer Umfragen im Vordergrund. Ziel ist *erstens* eine Analyse des zeitlichen Trends und der soziodemographischen Struktur von Lebensstandard und Deprivation in Deutschland, *zweitens* eine

Eingrenzung und Beschreibung des von Armut betroffenen Personenkreises und *drittens* ein Einblick in die Dauerhaftigkeit der von Deprivation und Armut betroffenen Lebenslagen.

Unsere Datenbasis besteht aus fünf bevölkerungsrepräsentativen Umfragen: dem Sozialwissenschaften-Bus (Sowi-Bus) aus dem Jahr 1996, den Wohlfahrtssurveys (WS) aus den Jahren 1998 und 1999 sowie den Wellen 18 und 20 des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), die in den Jahren 2001 und 2003 erhoben wurden. Während es sich bei den ersten drei Umfragen um voneinander unabhängige Bevölkerungsquerschnitte handelt, die lediglich Aussagen über zeitliche Veränderungen auf der Ebene einzelner Gruppen erlauben (Trendanalyse), handelt es sich beim Sozio-ökonomischen Panel um eine Wiederholungsbefragung der gleichen Personen, die auch die Analyse von Veränderungen auf der Individualebene möglich macht (Panelanalyse). Von diesen differenzierten Möglichkeiten der Längsschnittanalyse mit dem SOEP werden wir jedoch erst am Ende der Auswertung Gebrauch machen (vgl. Abschnitt 3.5.3). Zunächst werden die beiden Wellen lediglich im Querschnitt ausgewertet und wie die Daten des Sowi-Busses oder der Wohlfahrtssurveys als voneinander unabhängige Stichproben betrachtet (daher auch die Rede von insgesamt fünf Umfragen).

2.1 Operationalisierung

Unser konkretes Vorgehen soll kurz anhand des Erhebungsinstrumentes des Sowi-Busses zusammengefaßt werden (vgl. dazu Anhang A.1, in dem auch die Erhebungsinstrumente der anderen Umfragen dargestellt sind):

1. Erhebung der Notwendigkeitsbewertung:

Zunächst soll anhand einer repräsentativen Auswahl verschiedener Konsumgüter, Freizeit- und Vorsorgeaktivitäten ermittelt werden, ob es in Deutschland überhaupt einheitliche Vorstellungen über einen notwendigen Lebensstandard gibt bzw. ob bestimmte Dinge als notwendiger als andere erachtet werden. Dementsprechend wurde für den Sowi-Bus eine Liste von 27 Lebensstandardmerkmalen zusammengestellt, die Ernährungsgewohnheiten, die Ausstattung mit (langlebigen) Gütern für Haushalt und persönlichen Bedarf, Wohnungsausstattung und Wohnumfeld, finanzielle Rücklagen und Zahlungsfähigkeit, Bildungs- und Freizeitaktivitäten, Sozialkontakte sowie die Möglichkeit der Gesundheitsvorsorge abdecken. Diese Liste wurde den Befragten mit der Bitte vorgelegt, jedes Item mit Hilfe einer vierstufigen Skala als mehr oder weniger notwendig zu bewerten. Einleitend wurde dazu erläutert:

„Im folgenden lese ich Ihnen verschiedene Dinge vor, die gelegentlich erwähnt werden, wenn man vom Lebensstandard in Deutschland spricht. Wenn man in Deutschland für alle Menschen und Haushalte einen normalen, ausreichend guten Lebensstandard erreichen bzw. sicherstellen wollte, was wäre dann dazu: unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?“

2. Erhebung der Verfügbarkeit:

Zur Erfassung der Verfügbarkeit grundlegender Lebensstandardmerkmale wurden den Befragten die 27 Items erneut vorgelegt, die diesmal jedoch als Fragen formuliert waren (z. B. „Haben Sie eine Waschmaschine?“). Der einleitende Text lautete hier:

„Die nächsten Fragen beschäftigen sich mit der Situation Ihres Haushaltes. Können Sie persönlich oder Ihr Haushalt über die Dinge, die ich Ihnen nun vorlese, verfügen bzw. üben Sie die genannten Tätigkeiten aus?“

Dazu wurden folgende Antwortmöglichkeiten vorgegeben: „ja“, „nein, ist aus finanziellen Gründen nicht möglich“ und „nein, trifft aus anderen Gründen nicht zu“. Diese direkte Präferenzkontrolle ermöglicht die Unterscheidung von Personen, die aufgrund persönlicher Vorlieben freiwillig auf bestimmte Dinge verzichten (z. B. Vegetarier auf Fleisch), und Personen, die sich einen gewissen Lebensstandard tatsächlich nicht leisten können.

3. Indexbildung: Messung von Deprivation

Der Grad des Ausschlusses von mehr oder weniger großen Teilen eines allgemein akzeptierten Lebensstandards kann anhand eines Index gemessen werden. Ein solcher Deprivationsindex beruht zumeist auf der Summe (aus finanziellen Gründen) fehlender Items und wird zum Teil zusätzlich gewichtet. Eine Gewichtung soll der unterschiedlichen Qualität verschiedener Lebensstandardmerkmale Rechnung tragen und basiert in der Regel auf den Notwendigkeitsbewertungen der Items.¹ Allerdings hat sich gezeigt, daß sich gewichtete Indizes letztlich kaum von einfachen Summenindizes unterscheiden (vgl. Halleröd 1994, Lipsmeier 1999, 2000), so daß hier – auch aus Gründen der Anschaulichkeit – auf die einfache Summe der aus finanziellen Gründen fehlenden Items zurückgegriffen wird.

4. Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen: Messung verfügbarer Ressourcen

Um die Ergebnisse des Lebensstandardansatzes mit indirekten Armutsindikatoren vergleichen zu können, benötigen wir ein Maß für die verfügbaren Ressourcen der Individuen. Wir greifen dazu auf das monatliche Haushaltsnettoeinkommen zurück, das in Pro-Kopf-Einkommen umgerechnet wird, um Aussagen auf der Personenebene machen zu können. Bei dieser Umrechnung werden die einzelnen Haushaltsmitglieder unterschiedlich gewichtet, um Bedarfsunterschiede nach dem Alter des jeweiligen Haushaltsmitgliedes und um Einsparungseffekte durch das gemeinsame Wirtschaften zu berücksichtigen.² Wir sprechen daher im folgenden auch von bedarfsgewichtetem Pro-Kopf-Einkommen. Für die Gewichtung haben wir die ältere OECD-Skala verwendet, die den Einkommensbedarf der ersten (erwachsenen) Person im Haushalt mit einem Gewicht von 1 berücksichtigt, während weitere Haushaltsmitglieder ab 15 Jahren ein Gewicht von 0,7 und Personen unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,5 erhalten.

5. Unzureichender Lebensstandard und unzureichende Einkommen

In einem letzten Operationalisierungsschritt ist schließlich festzulegen, ab welchem Wert der Lebensstandard des Individuums als unzureichend bzw. seine verfügbaren Ressourcen als zu niedrig bezeichnet werden sollen. Als entsprechende Grenzwerte verwenden wir zwei statistische Kriterien, die jeweils einen bestimmten Bereich der Verteilung der Deprivationsindizes bzw. der bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen abtrennen. Nach dem von uns gewählten Kriterium verfügen die Personen über einen unzureichenden Lebensstandard, die zu den zehn Prozent der Bevölkerung gehören, die sich die meisten Lebensstandardmerkmale nicht leisten können. Im Sowi-Bus (1996) sind das die Personen, denen mehr als fünf Items aus finanziellen Gründen fehlen (deren Deprivationsindex also mindestens gleich sechs ist). Als unzureichende Einkommen betrachten wir die bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen, die weniger als die Hälfte des gesamtdeutschen Durchschnitts betragen. Im Sowi-Bus (1996) liegt diese Einkommensgrenze bei 1.023 DM.

¹ Eine umfassende Diskussion verschiedener Gewichtungsmodalitäten findet sich in Andreß/Lipsmeier (2001).

² In anderen Kontexten werden diese bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet, weil sie Haushaltseinkommen aus Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichbar („äquivalent“) machen.

Unsere Definition unzureichender Einkommen ist identisch mit der Armutsgrenze, die in vielen anderen Untersuchungen verwendet wird, die dem Ressourcenansatz verpflichtet sind. Diese Definition von (Einkommens)Armut wollen wir jedoch nicht vorschnell übernehmen und sprechen daher zunächst von niedrigen oder unzureichenden Einkommen. Für uns ist es eine offene Frage, ob das durch eine *Einkommensgrenze* abgetrennte Bevölkerungssegment als arm bezeichnet werden sollte. Die in der Einleitung zitierte Armutsdefinition der Europäischen Gemeinschaft legt ja eher eine Verknüpfung von Einkommensdaten mit Informationen über den Lebensstandard nahe. Die Frage der Armutsdefinition soll daher erst im Ergebnisteil dieses Gutachtens aufgegriffen werden (vgl. Abschnitt 3.5). Die folgende Übersicht 1 zeigt daher zunächst für jede der fünf verwendeten die Abgrenzungskriterien für einen unzureichenden Lebensstandard und für unzureichende Einkommen.

Übersicht 1: Abgrenzungskriterien für einen unzureichenden Lebensstandard und für ein unzureichendes Einkommen

Jahr	Unzureichender Lebensstandard	Unzureichende Einkommen
	Mindestanzahl aus finanziellen Gründen fehlender Items ¹	bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen kleiner als ²
1996	5 von 27 (19%)	1.023 DM (523 Euro)
1998	8 von 22 (36%)	1.174 DM (600 Euro)
1999	6 von 19 (32%)	1.251 DM (640 Euro)
2001	3 von 11 (27%)	1.154 DM (590 Euro)
2003	3 von 11 (27%)	585 Euro (1.144 DM)

Anmerkungen: (1) Ca. 10% der Bevölkerung können sich die genannte Anzahl Items aus finanziellen Gründen nicht leisten. Unterschiedliche Grenzwerte für den Deprivationsindex ergeben sich nicht nur aufgrund von Änderungen der Verteilung, sondern auch aufgrund quantitativ und qualitativ unterschiedlicher Item-Batterien (s. Abschnitt 2.2). (2) 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung ab 18 Jahren (1996-1999) bzw. der Bevölkerung ohne Altersbeschränkung (2001, 2003). Die notwendigen Daten zur Berechnung der Einkommensgrenzen in 2001 und 2003 wurden freundlicherweise von Dr. Peter Krause (DIW, Berlin) zur Verfügung gestellt.

2.2 Vergleichbarkeit der verwendeten Umfragen

Für die beabsichtigte Analyse zeitlicher Veränderungen ist weiterhin zu prüfen, ob die fünf Umfragen miteinander vergleichbar sind. Ihre wesentlichen Charakteristika sind dafür in Anhang A.2 zusammengefasst. Neben Unterschieden in der Definition der Grundgesamtheit ist vor allem die Anzahl und Qualität der verwendeten Lebensstandardmerkmale von Bedeutung.

Hinsichtlich Stichprobenanlage und Auswahlverfahren sind Sowi-Bus, Wohlfahrtssurvey und SOEP problemlos vergleichbar. Allerdings ist eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit nur auf Basis des SOEP möglich. Während der Sowi-Bus Ausländer per Definition der Grundgesamtheit ausschließt und im Rahmen des Wohlfahrtssurveys 1998 nur sehr wenige Personen nichtdeutscher Nationalität befragt wurden, wurde im Wohlfahrtssurvey 1999 nicht nach der eigenen Staatsangehörigkeit, sondern danach gefragt, ob ein oder beide Elternteile zum Zeitpunkt der Geburt des Befragten eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Zugunsten der Vergleichbarkeit wird die Analyse zudem auf Personen ab 18 Jahren beschränkt. Die entsprechenden Stichprobenumfänge sind dem Anhang A.2 zu entnehmen. Alle in den Tabellen des Ergebnisteils berichteten Statistiken beruhen auf hochgerechneten (gewichteten) Daten. Aufgrund der Fülle des Datenmaterials werden (ungewichtete) Fallzahlen

für einzelne Subgruppen nur dort berichtet, wo es aus inhaltlichen oder methodischen Gründen notwendig erscheint.

Ein direkter Vergleich der fünf Umfragen ist dagegen aufgrund unterschiedlicher Erhebungsinstrumente nur teilweise möglich, da sich die jeweils erfassten Lebensstandarditems zum Teil erheblich in Quantität und Qualität unterscheiden. So enthält der Sowi-Bus 1996 mit 27 Items die meisten Merkmale, die überdies überwiegend die Befriedigung von Grundbedürfnissen abdecken. Diese Studie wurde explizit auf die Untersuchung defizitärer Wohlstandspositionen angelegt und erfragt dementsprechend viele Dinge, die für die Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich sein dürften, wie z. B., ob man in einer Wohnung ohne feuchte Wände lebt oder ob man im Winter ausreichend heizen kann. Der Wohlfahrtssurvey dagegen zielt eigentlich auf die Erfassung der Wohlfahrtsentwicklung in der Gesamtbevölkerung ab und enthält daher relativ viele kostenintensive Merkmale bzw. Dinge, die über einen minimalen Lebensstandard hinausgehen. So wird bei insgesamt 22 bzw. 19 in den Jahren 1998 und 1999 erhobenen Items beispielsweise auch danach gefragt, ob man einen Computer, eine Geschirrspülmaschine, ein Zeitungsabonnement oder eine zusätzliche private Krankenversicherung besitzt. Die Auswahl der Lebensstandardmerkmale, die im SOEP 2001 und 2003 erhoben wurden, dient ausdrücklich der Messung von Deprivation. Allerdings wurde hier nach der Verbreitung von lediglich 13 Items gefragt, für 11 (2001) bzw. 10 (2003) davon liegen zusätzliche Informationen über die Gründe für ein eventuelles Fehlen vor. Nur 7 Items sind letztlich über alle fünf Umfragen hinweg miteinander vergleichbar, wobei sich die Formulierung zweier dieser Merkmale zum Teil deutlich unterscheidet.

Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, daß eine weitgehend identische Definition der Grundgesamtheit und ein in großen Teilen vergleichbares Erhebungsinstrument zur Erfassung des Lebensstandards natürlich noch nicht garantieren, daß alle fünf Umfragen unter identischen Bedingungen durchgeführt wurden. Unterschiede in der Feldarbeit (z.B. bei Verwendung unterschiedlicher Umfrageinstitute) können weiterhin bestehen. Hinzu kommt, daß jede Zufallsstichprobe einen sogenannten Stichprobenfehler aufweist. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die im folgenden berichteten Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren (Umfragen) neben substantiellen Veränderungen des Lebensstandards auch methodische Besonderheiten der einzelnen Umfragen messen. Insbesondere wenn es sich um kleine Unterschiede handelt, können diese auch zufallsbedingt sein.

Bei den Längsschnittvergleichen werden wir uns daher vorrangig auf die beiden Erhebungswellen (2001 und 2003) des SOEP beziehen, weil Erhebungsinstrument (Fragebogen), Erhebungsdesign und Durchführung der Befragung im Zeitablauf (weitgehend) konstant geblieben sind. Die anderen drei Umfragen werden wir nur zur Abschätzung langfristiger Trends benutzen.³ Auch wenn es um Veränderungen des Lebensstandards auf der individuellen Ebene geht, steht natürlich das SOEP als Paneluntersuchung im Vordergrund. Bei allen Vorteilen des SOEPs muß allerdings auf eine Änderung seines Erhebungsinstruments hingewiesen werden, die für das Verständnis einiger der folgenden Zahlen wichtig ist (vgl. Tabelle A.1.1 im Anhang). Sie betrifft die Frage nach den Möglichkeiten der Befragungsperson, die Kosten der Wohnung zu tragen. In 2001 lautete das entsprechende Item:

„Ich kann die Miete oder die Abzahlung für die Wohnung immer pünktlich zahlen“ mit den Antwortmöglichkeiten „trifft zu“ und „trifft nicht zu“. Im negativen Fall sollte angegeben werden, ob dies finanzielle oder andere Gründe hatte.

³ Wir benötigen sie allerdings, um die Frage zu beantworten, was nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard gehört.

Mit der Nachfrage hatte ein Teil der Befragten offensichtlich Probleme, denn ein auffallend hoher Anteil der Befragten beantwortete die Nachfrage überhaupt nicht oder gab an, die Miete bzw. die Abzahlung für die Wohnung aus anderen als finanziellen Gründen nicht pünktlich zahlen zu können. Weitere Recherchen nach Abschluß der Datenerhebung ergaben, daß es sich dabei hauptsächlich um Wohnungseigentümer handelte, die weder Zinsen noch Tilgung für ihr Wohnungseigentum zahlten. Das entsprechende Item wurde daher in der Wiederholungsbefragung 2003 leicht abgeändert, und zudem wurde auf die Nachfrage verzichtet. Gefragt wurde jetzt nur noch danach, ob Miete bzw. Tilgung/Zinsen für die Wohnung ohne Probleme gezahlt werden können. Falls eine Person auf diese Frage antwortete, daß sie Probleme habe, lag es nahe, finanzielle Gründe anzunehmen.

3 Ergebnisse

In diesem Abschnitt erläutern wir die Ergebnisse unserer Analysen in fünf Schritten: Zunächst soll anhand der Daten der Wohlfahrtssurveys aus den Jahren 1998 und 1999 sowie des Sozialwissenschaften-Bus aus dem Jahr 1996 geklärt werden, was nach Ansicht der Deutschen überhaupt zu einem notwendigen Lebensstandard gehört (Abschnitt 3.1). Dann wird für alle fünf Surveys, vor allem aber die aktuellsten Daten des SOEP untersucht, inwieweit die Deutschen über einen Mindestlebensstandard verfügen und welche Rolle individuelle Präferenzen und finanzielle Gründe für das Fehlen einzelner Items spielen (Abschnitt 3.2). Im dritten Schritt beschäftigen wir uns mit der Frage, welche Lebensstandardmerkmale sich die Befragten in welchem Ausmaß ausschließlich aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Dabei soll auch ermittelt werden, ob es diesbezüglich Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen gibt (Abschnitt 3.3). In Abschnitt 3.4 wird untersucht, inwiefern die Bundesbürger auf mehrere Lebensstandardmerkmale zugleich verzichten müssen. Diese Häufung fehlender Lebensstandardmerkmale messen wir mit dem in Abschnitt 2.1 beschriebenen Deprivationsindex. Von vornehmlichem Interesse ist dabei, ob sich spezifische ‚Problemgruppen‘ identifizieren lassen, die in besonders großem Ausmaß von der Teilhabe an einem allgemein akzeptierten Lebensstandard ausgeschlossen, also von Deprivation betroffen sind. Schließlich wenden wir uns der Frage zu, ob und in welcher Form fehlende Ressourcen (Einkommen) und geringer Lebensstandard (Deprivation) miteinander zusammenhängen (Abschnitt 3.5). Drei Fragen stehen dabei im Vordergrund: (i) Wie läßt sich anhand beider Indikatoren der von Armut betroffene Bevölkerungsteil eingrenzen? (ii) Durch welche soziodemographischen Merkmale sind diese Personen gekennzeichnet? (iii) Wie verändert sich der Lebensstandard im Zeitablauf für ausgewählte Subgruppen, und was sind mögliche Erklärungen? Bei jedem dieser fünf Analyseschritte steht zunächst der aktuellste Stand im Vordergrund, um jeweils anschließend Aussagen über Entwicklungstrends seit 1996 zu treffen.

3.1 Was gehört nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard?

Im Rahmen der Wohlfahrtssurveys von 1999 und 1998 sowie des Sozialwissenschaften-Bus von 1996 wurde anhand einer Liste von Konsumgütern, Freizeit- und Vorsorgeaktivitäten ermittelt, was nach Ansicht der Befragten zum notwendigen Lebensstandard gehört. Dabei ergab sich ein relativ homogenes und konstantes Meinungsbild, sowohl Befragte in West- und Ostdeutschland als auch verschiedene soziale Gruppen betreffend.

Tabelle 1 zeigt, inwieweit welche Lebensstandardmerkmale im Wohlfahrtssurvey als ‚unbedingt notwendig‘ (jeweils Spalte A) und (lediglich) ‚wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig‘ (Spalte B) bzw. im Sowi-Bus als ‚unbedingt notwendig‘ (Spalte C) und ‚eher notwendig‘ (Spalte D) eingestuft wurden.⁴ Da die Betrachtung in erster Linie den aktuellsten Daten gelten soll und um die Ergebnisse der drei Umfragen besser vergleichen zu können, werden hier nur die 19 Items abgebildet, die im Wohlfahrtssurvey 1999 enthalten sind. Eine vollständige Übersicht über die Bewertung der 22 im Wohlfahrtssurvey 1998 und 27 im Sowi-Bus 1996 erfassten Lebensstandardmerkmale findet sich in Tabelle 2.

Merkmale, die Grundbedarfe des alltäglichen Lebens abdecken, wie die Ausstattung der Wohnung mit WC und Bad oder Dusche, der Besitz einer Waschmaschine oder der tägliche Verzehr einer warmen Mahlzeit wurden 1999 einhellig von mindestens 80% der Befragten als unbedingt notwendig bewertet. Auch Telefon und Fernseher gelten mehrheitlich als unverzichtbar, wobei letzterer von den Ostdeutschen deutlich höher bewertet wird als von den Westdeutschen (1999: 71% vs. 61%). Knapp die Hälfte der Deutschen zählt mittlerweile Vorkehrungen für eine private Altersvorsorge zum notwendigen Lebensstandard (im Westen etwas mehr als im Osten). Ähnliches gilt für den Besitz eines Autos, der aber von ostdeutschen Befragten etwas höher bewertet wird. Für weniger wichtig gehalten werden Dinge wie ein eigenes Zimmer für jedes Haushaltsmitglied, mindestens 100 DM im Monat zu sparen, ein Garten oder Balkon, eine jährliche einwöchige Urlaubsreise, ein Zeitungsabonnement und die Möglichkeit, regelmäßig neue Kleidung zu kaufen. Nur für eine Minderheit von weniger als 20% der Befragten gelten eine Geschirrspülmaschine, ein Videorecorder oder Computer für unbedingt notwendig, ebenso wie das Ersetzen von noch funktionsfähigen Möbeln oder einmal im Monat Freunde nach Hause (zum Essen) einzuladen bzw. auswärts essen zu gehen.

Diese Einschätzungen herrschten bereits 1998 vor, seither hat sich kaum etwas geändert. Die Reihenfolge der als unbedingt notwendig bewerteten Lebensstandardmerkmale ist in etwa gleich geblieben, allerdings auf einem etwas niedrigeren Niveau: Sowohl im Osten als auch im Westen der Bundesrepublik scheinen die Vorstellungen von einem minimalen Lebensstandard 1999 etwas bescheidener geworden zu sein.⁵ Eine auffällige Ausnahme stellt dabei die private Altersvorsorge dar, die auf dem Vormarsch ist: Hielten 1998 noch 36% der Westdeutschen und 27% der Ostdeutschen solche Vorkehrungen für unbedingt notwendig, gelten sie inzwischen für nahezu die Hälfte der Befragten für unverzichtbar (50% im Westen, 42% im Osten).

Waren sich die Bürger der alten und neuen Bundesländer bezüglich eines minimalen Lebensstandards bereits 1998 weitgehend einig, so haben sich die Unterschiede mittlerweile fast egalisiert. Unterschieden sich die Bewertungen der einzelnen Items als unbedingt notwendig in Ost- und Westdeutschland 1998 noch um durchschnittlich 4,8 Prozentpunkte⁶ (wobei im Osten viele Merkmale häufiger als unverzichtbar eingestuft wurden als im Westen), hat sich die mittlere Differenz auf inzwischen 3,4 Prozentpunkte reduziert. Dabei halten sich die Abweichungen nach oben und unten die Waage.

Differenziert man die Bewertung der verschiedenen Lebensstandardmerkmale nach Alter, Haushaltstyp, Bildung und Einkommen der Befragten, so zeigen sich kaum nennenswerte

⁴ Auf die Problematik der unterschiedlichen Antwortformulierungen in Wohlfahrtssurvey und Sowi-Bus wird noch näher eingegangen.

⁵ Von den 19 Items, die in beiden Jahren abgefragt wurden, wurden 1999 12 Items im Westen, 15 im Osten etwas weniger häufig als unbedingt notwendig betrachtet als 1998. 4 bzw. 3 Items (im Westen bzw. im Osten) wurden etwas häufiger als unbedingt notwendig eingestuft.

⁶ Diese mittlere Abweichung ergibt sich sowohl auf Basis der 19 Items, die auch 1999 abgefragt wurden, als auch aufgrund der 1998 ursprünglich 22 erfassten Merkmale.

Unterschiede. Diese finden sich zudem vor allem bei Items, die mehrheitlich für nicht unbedingt notwendig gehalten werden. In Tabelle 3 haben wir diese wenigen deutlich vom Gesamtmeinungsbild abweichenden Bewertungen aufgeführt.

So bewerten junge Leute (18 – 24 Jahre) die regelmäßige Anschaffung neuer Kleidung (1998 und 1999), das Ersetzen noch funktionsfähiger Möbel sowie den Besitz eines Videorecorders und eines Computers (jeweils 1999) überdurchschnittlich häufig als unbedingt notwendig. Ältere (ab 55 Jahren) legen dagegen häufiger Wert auf ein Zeitungsabonnement (1998). Personen mit sehr hohen Einkommen bestehen überproportional häufig auf einer Urlaubsreise, ebenso wie auf einem PC. Letzteres trifft auch auf höher Gebildete zu. Eine weitere Ausnahme stellen Familien mit Kindern dar, die überdurchschnittlich häufig ein Auto zum notwendigen Lebensstandard zählen. Bei drei und mehr Kindern im Haushalt trifft dies auch auf den Besitz einer Spülmaschine zu. Hervorzuheben ist schließlich, daß Akademiker und höhere Einkommensgruppen offenbar eine Vorreiterrolle bezüglich der privaten Altersvorsorge einnehmen: Bereits 1998 hielten 49% der Befragten mit Hochschulabschluß und 56% der Höchstverdiener derartige Aktivitäten für unverzichtbar (Durchschnitt: 34%). Ähnlich hohe Zustimmungsqoten nannte der Durchschnittsbürger erst 1999, als die ‚Trendsetter‘ ihrerseits schon zu 58% bzw. 59% (Bezieher höchster Einkommen bzw. Akademiker) die private Altersvorsorge als unbedingt zum notwendigen Lebensstandard gehörend zählten.

Die Ergebnisse des Sowi-Bus 1996 können nicht direkt in Relation zum Wohlfahrtssurvey betrachtet werden. Von den insgesamt 27 im Sowi-Bus abgefragten Lebensstandarditems kann nur die Hälfte mit den Merkmalen des Wohlfahrtssurveys verglichen werden, wobei dies für 6 Items nur eingeschränkt gilt, da sie (z. T. sehr) unterschiedlich formuliert wurden. Schwerer noch wiegt die Tatsache, daß im Sowi-Bus insgesamt vier Antwortvorgaben – statt drei im Wohlfahrtssurvey – zur Auswahl standen, was einen unmittelbaren Vergleich der Zahlenwerte verbietet.

Vergleicht man jedoch die Rangfolgen der Lebensstandardmerkmale von 1996 und 1998, so läßt sich eine nahezu vollständige Übereinstimmung feststellen (vgl. Tabelle 2). Unterschiede in der Setzung der Prioritäten zeigen sich lediglich für Items, die im Sowi-Bus stark abweichend formuliert wurden. So lautete das im Wohlfahrtssurvey enthaltene Merkmal „100 DM im Monat sparen“ im Sowi-Bus „finanzielle Rücklagen“, was einen deutlich größeren Interpretationsspielraum eröffnet, der die vermehrte Bewertung als ‚unbedingt notwendig‘ erklärt. Ähnlich lassen sich die unterschiedlichen Zustimmungsqoten zum Item „monatlicher Restaurantbesuch“ begründen, das im Sowi-Bus ebenfalls weiter gefasst wurde, nämlich als „alle zwei Wochen abends ausgehen“. Tabelle 2 bestätigt darüber hinaus den bisherigen Eindruck, daß die Deckung grundlegender Bedarfe in den Bereichen Ernährung, Hygiene und Wohnen (mit Abstand) den höchsten Stellenwert bei der Bestimmung eines minimalen Lebensstandards einnehmen.

Die Unterschiede zwischen Befragten des Sowi-Bus in Ost- und Westdeutschland lassen sich nur bedingt mit den neueren Daten vergleichen. Berücksichtigt man nur die Ausprägung ‚unbedingt notwendig‘ des Sowi-Bus, so ergibt sich für die 13 in Tabelle 1 aufgeführten Items eine durchschnittliche Differenz zwischen den Angaben von ost- und westdeutschen Befragten von 5,5 Prozentpunkten, wobei 6 Items im Osten häufiger als im Westen für unbedingt notwendig gehalten werden (bei weiteren 6 Items ist es umgekehrt). Unter Einbeziehung aller 27 im Sowi-Bus enthaltenen Lebensstandardmerkmale verändert sich dieser Wert zwar so gut wie nicht (5,1 Prozentpunkte Differenz), Ostdeutsche bewerten jedoch 14 Items weniger häufig und lediglich 8 Items häufiger als Westdeutsche als unbedingt notwendig.⁷ Die Befragten

⁷ Die verbleibenden 5 Items wurden von Ost- und Westdeutschen in gleichem Ausmaß als unbedingt notwendig bewertet.

in den neuen Bundesländern scheinen 1996 also verhältnismäßig bescheiden in ihrer Bewertung gewesen zu sein, sowohl im Vergleich zu Personen in Westdeutschland im selben Jahr als auch im Vergleich zu den späteren Erhebungen.

Hier sei jedoch noch einmal auf die vierstufige Antwortskala des Sowi-Bus verwiesen, die neben den Ausprägungen ‚unbedingt notwendig‘ und ‚eher notwendig‘ die Optionen ‚eher nicht notwendig‘ und ‚überhaupt nicht notwendig‘ zur Wahl stellt. Fasst man die beiden ersten Antwortmöglichkeiten zusammen (entspricht der Summe der Häufigkeiten der Spalten C und D), so ergibt sich ein gänzlich anderes Bild: Für die in Tabelle 1 aufgeführten Items läßt sich nunmehr eine mittlere Abweichung zwischen Ost und West von 10,3 Prozentpunkten feststellen, wobei 7 Merkmale im Osten häufiger, 3 Merkmale weniger häufig als im Westen für unbedingt oder eher notwendig gehalten werden. Berücksichtigt man auch hier alle 27 ursprünglich erfragten Items, reduziert sich die durchschnittliche Differenz der Bewertungen von Ost- und Westdeutschen auf 3,9 Prozentpunkte, und die überwiegende Mehrheit der Items wird im Osten häufiger zum Mindestlebensstandard gezählt als im Westen. Bietet man den Befragten also eine etwas differenziertere Abstufungsmöglichkeit für die Notwendigkeitsbewertung an, so sind Personen aus den neuen Bundesländern etwas zurückhaltender bei der Wahl der extremen Ausprägungen der Skala – insgesamt betrachtet waren die Ost-West-Unterschiede aber bereits 1996 relativ gering.

Differenziert man die Notwendigkeitsbewertungen von 1996 nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen der Befragten, ergeben sich kaum wesentliche Unterschiede. Lediglich Personen unter 25 Jahren gaben überdurchschnittlich häufig an, einen Videorecorder sowie die Möglichkeit, alle zwei Wochen abends auszugehen, für unbedingt notwendig zu halten (vgl. Tabelle 3). Beide Items spielen insgesamt nur eine untergeordnete Rolle für die Bestimmung eines Mindestlebensstandards.

Insgesamt läßt sich resümieren, daß die Ansichten der Bundesbürger darüber, was zum notwendigen Lebensstandard gehört, im großen und ganzen homogen und zeitlich konstant sind. Nicht ganz unerwartet werden vor allem Dinge, die der Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Hygiene und Wohnen dienen, mehrheitlich und einhellig für unverzichtbar gehalten, gefolgt von Ansprüchen an Kommunikation, Information, Mobilität und finanzielle Absicherung. Dabei ist die Rangfolge trotz leichter Schwankungen der Zahlenwerte über die Zeit stabil geblieben. Eine Ausnahme stellt nur die private Altersvorsorge dar, die zuletzt deutlich in den Vordergrund gerückt ist. Die Meinungen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich kaum, sie scheinen sich im Zeitverlauf sogar angeglichen zu haben. Lediglich für Merkmale eines erweiterten Lebensstandards, die mehrheitlich als eher verzichtbar eingestuft werden, lassen sich deutlichere unterschiedliche Prioritäten verschiedener Gruppen von Befragten feststellen, die allerdings nicht unbedingt dauerhaft zu sein scheinen.

3.2 Welchen Lebensstandard haben die Bundesbürger?

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, inwieweit die Deutschen über einen Mindestlebensstandard verfügen. Im Rahmen von Wohlfahrtssurvey (1998, 1999) und Sowi-Bus (1996) wurde erhoben, in welchem Ausmaß die Befragten eben die Dinge besitzen bzw. die Aktivitäten ausüben, die sie zuvor als mehr oder weniger notwendig bewertet hatten. Im SOEP wurde dagegen auf Basis dieser Notwendigkeitsbewertungen, die sich als sowohl relativ einheitlich als auch dauerhaft erwiesen haben, ausschließlich die Verfügbarkeit einer Auswahl von 13 Lebensstandardmerkmalen erfragt. Tabelle 4 zeigt den Verbreitungsgrad dieser Merkmale in den Jahren 2001-2003 und gibt gegebenenfalls Auskunft darüber, ob ein Merkmal wegen be-

grenzter finanzieller Möglichkeiten oder aufgrund von individuellen Präferenzen fehlt. Wir betrachten zunächst die Zahlen für das Jahr 2001 und kommentieren dann kurz die Veränderungen bei der Wiederholungsbefragung 2003. Abschließend werfen wir einen kurzen Blick auf den langfristigen Trend seit 1996 (vgl. Tabelle 5).

Auf den ersten Blick fällt auf, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen über fast alle im SOEP erhobenen Merkmale verfügt. 8 der 13 aufgeführten Items sind in mindestens vier Fünfteln der Haushalte in Ost und West vorhanden, nur bei zwei Items liegt der Verbreitungsgrad knapp unter 50% (Werte für Gesamtdeutschland, aus Platzgründen nicht in der Tabelle ausgewiesen). Darüber hinaus lassen sich die Lebensstandardmerkmale in 3 Gruppen einteilen. Die erste Gruppe ist durch einen sehr hohen Verbreitungsgrad von über 90% sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern gekennzeichnet. Eine Grundausstattung mit einem (Dusch-) Bad samt WC (innerhalb der Wohnung), einem Fernsehgerät, einem Telefonschluß sowie gesicherter Zahlung der Wohnkosten, die, wie gesehen, unbestritten zum unbedingt notwendigen Mindeststandard gerechnet werden, ist weitgehend vorhanden. Die Items, die die zweite Gruppe bilden, sind nicht ganz so weit verbreitet (zu über 80% in Ost und West) und fehlen vergleichsweise häufiger aufgrund individueller Präferenzen als aus finanziellen Gründen. Bei der Frage, ob man mindestens alle zwei Tage eine Mahlzeit mit Fisch oder Fleisch esse, leuchtet das unmittelbar ein. Daß Items wie „Das Haus liegt in einer guten Wohngegend“ und „Die Wohnung liegt in einem Haus, das in einem guten Zustand ist“ relativ häufig aus anderen als finanziellen Gründen fehlen, ist u. U. auf Strukturprobleme zurückzuführen. So ist – vor allem für die neuen Bundesländer – vorstellbar, daß nicht genügend Wohnraum entsprechender Qualität zur Verfügung steht. Die geringere Verbreitung der verbleibenden fünf Lebensstandarditems beruht zwar häufig in erheblichem Maße auf individuellen Präferenzen, jedoch erfordern diese Merkmale ein gewisses Maß an dauerhaftem Finanzüberschuß. So kann es sich etwa jeder Sechste nicht leisten, finanzielle Rücklagen zu bilden, einmal im Jahr für eine Woche zu verreisen oder abgenutzte Möbel zu ersetzen. Der Besitz eines Autos sowie die Möglichkeit, regelmäßig Freunde (nach Hause) zum Essen einzuladen, ist immer noch gut 6% respektive 8% (Ost: 7% bzw. 10%) der Deutschen wegen mangelnder finanzieller Mittel verwehrt.

Die Versorgung mit grundlegenden Lebensstandardmerkmalen ist in Westdeutschland nur minimal besser als in den neuen Bundesländern, wobei allerdings finanzielle Zwänge überwiegend eine untergeordnete Rolle spielen.⁸ Berücksichtigt man zunächst die (acht) Items, die in über 80% aller Haushalte vorhanden sind, so betragen die Differenzen im Ausstattungsgrad zwischen Ost und West maximal drei Prozentpunkte, die zudem nahezu gänzlich auf Unterschiede in der Prioritätensetzung zurückführbar sind. Eine Ausnahme stellt hierbei das Merkmal „Garten, Balkon oder Terrasse“ dar, mit dem 90% der Westdeutschen, aber nur 81% der Ostdeutschen ausgestattet sind. Für diesen größten Unterschied in der Ausstattung von Haushalten in Ost und West gibt es keine plausible Erklärung, zumal hier nicht die Gründe für ein eventuelles Fehlen erhoben wurden. Die Merkmale mit dem insgesamt geringsten Verbreitungsgrad fehlen im Osten Deutschlands deutlich häufiger als in westdeutschen Haushalten, die durchschnittliche Differenz beträgt fünf Prozentpunkte. Allerdings beruhen auch diese Unterschiede größtenteils auf abweichenden individuellen Präferenzen. Lediglich bei der Anschaffung neuer Möbel zeigen sich deutlichere Differenzen der finanziellen Möglichkeiten in Ost und West.

⁸ So haben bspw. 83% der West-, aber nur 78% der Ostdeutschen ein Auto. Lediglich 6% der west- und 7% der ostdeutschen Bundesbürger können sich aus finanziellen Gründen kein Auto leisten. Mit 14% gaben jedoch deutlich mehr Ostdeutsche an, freiwillig auf ein Auto zu verzichten (West: 9%).

2003 ist die Situation in den beiden ersten Gruppen von Lebensstandardmerkmalen weitgehend identisch, zumindest was die Ausstattung mit den untersuchten Lebensstandardmerkmalen anbetrifft (vgl. die Spalten „vorhanden“ in Tabelle 4). Lediglich in der dritten Gruppe von Merkmalen, die ein gewisses Maß an dauerhaften Finanzüberschuß erfordern, hat die Verbreitung zum Teil deutlich abgenommen. So gaben beispielsweise 2001 77% der Ostdeutschen an, finanzielle Rücklagen für Notfälle zu haben. 2003 ist dieser Anteil auf 70% gesunken. Schaut man nach den Gründen für das Fehlen dieses und der anderen Merkmale, dann erkennt man, daß die Befragten dafür vermehrt finanzielle Gründe geltend machen. Die Anteilswerte in den Spalten „fehlend – finanzielle Gründe“ sind im Jahr 2003 in beiden Landesteilen durchgängig größer als 2001. Diese Beobachtung gilt im übrigen auch für die beiden ersten Gruppen von Lebensstandardmerkmalen.⁹ Zusammenfassend kann man daher aufgrund des Vergleiches dieser beiden Umfragen feststellen, daß die Verbreitung von Merkmalen vor allem eines erweiterten Lebensstandards Anfang der 2000er Jahre abgenommen hat und daß dafür vor allem mangelnde finanzielle Ressourcen der Bundesbürger ausschlaggebend waren.

Abschließend soll an dieser Stelle noch kurz auf die Entwicklung der Verfügbarkeit von Lebensstandarditems in Deutschland seit 1996 eingegangen werden (vgl. Tabelle 5). Einem direkten Vergleich der Zahlenwerte der verschiedenen Surveys steht dabei entgegen, daß nicht alle im SOEP enthaltenen Items in früheren Jahren erhoben und weitere Merkmale in z. T. sehr unterschiedlicher Form abgefragt wurden.¹⁰ Dennoch läßt sich insgesamt festhalten, daß der Verbreitungsgrad vor allem basaler Lebensstandardmerkmale in den neunziger Jahren relativ konstant hoch war. Die Unterschiede und Schwankungen im Zeitverlauf lassen sich zuverlässiger interpretieren, wenn man Informationen über die Gründe für das Fehlen von Items mit in die Betrachtung einbezieht. Im folgenden Abschnitt wird daher die Perspektive gewechselt und das Augenmerk auf die Frage gelegt, in welchem Ausmaß sich die Deutschen welche Lebensstandardmerkmale aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht leisten können.

3.3 Was können sich die Bundesbürger nicht leisten?

Da wir gesehen haben, daß die Abwesenheit von Lebensstandardmerkmalen nicht unbedingt mit Geldmangel gleichzusetzen ist, soll nun näher betrachtet werden, welche Dinge bzw. Aktivitäten des alltäglichen Lebens sich die Bundesbürger in erster Linie aus *finanziellen Gründen* nicht erlauben können. Dabei soll auch untersucht werden, ob und inwieweit es diesbezüglich Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen gibt.

Tabelle 6 gibt zunächst Auskunft darüber, in welchem Ausmaß sich die deutsche Bevölkerung welche Lebensstandardmerkmale nicht leisten kann bzw. seit Mitte der 1990er Jahre nicht leisten konnte. Da der aktuellste Stand im Mittelpunkt des Interesses steht, werden hier zunächst nur die Items abgebildet, die im SOEP 2003 enthalten sind. Entsprechende Resultate früherer Umfragen finden sich in Tabelle 6 nur in dem Maße wieder, in dem sie in identischer oder ähnlicher Form erhoben wurden, um somit einen mehr oder weniger direkten Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Die Tabelle enthält die Zahl sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland. Der Einfachheit halber werden im folgenden Text vor allem die Prozentwerte für

⁹ Die erheblich Zunahme finanzieller Gründen bei dem Item „Wohnung zahlen“ erklärt sich aus der veränderten Frageformulierung (vgl. Abschnitt 2.2). Die ausgewiesenen Prozentsätze (West: 6,9%, Ost: 7,2%) bewegen sich allerdings in Größenordnungen, die aufgrund der Ergebnisse des Sowi-Busses realistisch erscheinen (vgl. Tabelle 6). Umgekehrt bedeutet dies, daß die Ergebnisse des SOEPs aus dem Jahr 2001 bezüglich dieses Items aufgrund der mißverständlichen Frageformulierung als nicht valide eingeschätzt werden müssen.

¹⁰ Die Verbreitung aller im Wohlfahrtssurvey 1998 und 1999 sowie im Sowi-Bus 1996 erfassten Lebensstandardmerkmale ist in Tabelle A.3 im Anhang dargestellt.

Westdeutschland zitiert und die entsprechenden Prozentzahlen für Ostdeutschland nur bei wesentlichen Abweichungen erwähnt.

Zuerst fällt auf, daß die Deckung eines Grundbedarfs kaum finanziellen Hindernissen zum Opfer fällt. So mußte 2003 nur maximal 1% der Bevölkerung einen Fernseher, ein Telefon oder jeden zweiten Tag eine warme Mahlzeit mit Fisch oder Fleisch aus finanziellen Gründen entbehren. Auch eine Wohnung in einer guten Gegend bzw. in einem Haus, das in einem guten Zustand ist, fehlt heute in weniger als 5% der Fälle aufgrund finanzieller Schwierigkeiten. Weiterhin sehen sich 7-10% der Westdeutschen nicht in der Lage, ein Auto zu unterhalten, die Wohnung ohne Probleme zu zahlen oder im Durchschnitt einmal im Monat Gäste zu bewirten. Die verbleibenden drei Items fehlen jedoch deutlich häufiger aufgrund fehlender finanzieller Mittel: Dinge, die einen erheblichen einmaligen finanziellen Aufwand voraussetzen, wie die Anschaffung neuer Möbel oder eine Urlaubsreise, aber auch die Bildung finanzieller Rücklagen, bleiben mit 19 bis 22% etwa einem Fünftel der Bevölkerung verwehrt.

Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich kaum in ihren finanziellen Möglichkeiten bzw. Beschränkungen hinsichtlich eines grundlegenden Lebensstandards. Die ausgewiesenen Prozentwerte sind in beiden Landesteilen fast identisch, die durchschnittliche Differenz beträgt 2,1 Prozentpunkte. Der größte Unterschied zeigt sich bei der Essenseinladung an Freunde, die die finanziellen Möglichkeiten von 10% der Westdeutschen und 14% der Ostdeutschen übersteigt.

Die Verbreitung von Lebensstandardmerkmalen bzw. das Ausmaß an entsprechenden Defiziten hat sich seit Mitte der 90er Jahre nicht eindeutig entwickelt. Dabei sei noch einmal daran erinnert, daß ein direkter Vergleich der Ergebnisse der verschiedenen Umfragen nur teilweise möglich ist, da einige Items, die im aktuellsten Datensatz (dem SOEP 2003) enthalten sind, in früheren Jahren entweder gar nicht oder in anderer Form abgefragt wurden. Die Versorgung mit Mitteln zur Befriedigung von Grundbedürfnissen war schon 1996 sehr gut und hat sich bis heute noch verbessert. Auch die Verbreitung von Merkmalen bezüglich der Wohnung bzw. Wohnqualität hat sich bis 2001 erhöht, scheint sich jedoch 2003 wieder zu verschlechtern. Das wird vor allem bei der Finanzierung der Wohnung deutlich, bei der 2003 etwas mehr Personen Probleme berichten als am Anfang der Untersuchungsperiode 1996.¹¹ Die Entwicklung der Ausstattungsdefizite hinsichtlich eines erweiterten Lebensstandards hingegen verlief nicht linear. So hat der Anteil von Personen, die sich ein Auto, neue Möbel, die Bildung finanzieller Rücklagen oder eine jährliche Urlaubsreise nicht erlauben können, von 1996 bis 1998 zugenommen, vor allem in Ostdeutschland. Danach scheint sich die Versorgungslage wieder etwas entspannt zu haben, um bis 2001 in etwa das Niveau von 1996 zu erreichen. 2003 beobachtet man schließlich, wie bereits im vorherigen Abschnitt angesprochen, eine erneute Trendumkehr hin zu größeren Einschränkungen aus finanziellen Gründen. Besonders deutlich wird das bei den kostspieligen Dingen wie der Urlaubsreise und der Bildung finanzieller Rücklagen.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen hinsichtlich ihrer finanziell bedingten Ausstattungsdefizite haben sich ähnlich entwickelt wie die Defizite insgesamt. Diese Unterschiede finden sich in Form der jeweils durchschnittlichen Differenz in Prozentpunkten im unteren Teil von Tabelle 6, sowohl auf Basis der 7 Items, die in allen vier Studien erhoben wurden, als auch auf Basis jeweils aller Items. Auf Basis der 7 Items in Tabelle 6, die in allen fünf Surveys erhoben wurden, ergibt sich für 1996 eine durchschnittliche Differenz von zwei

¹¹ Der überdurchschnittlich geringe Anteil der ‚Problemfälle‘ im Jahr 2001 (West: 0,6%, Ost: 0,5%) ist auf die mißverständliche Frageformulierung zurückzuführen (vgl. Abschnitt 2.2) und wird bei dieser Betrachtung außer acht gelassen.

Prozentpunkten. Nimmt man die weiteren 20 Items, die 1996 erhoben wurden, dazu, bleibt dieser geringe Unterschied zwischen Ost und West bestehen. Ergänzend lohnt sich ein Blick auf Tabelle 7, die eine vollständige Auflistung der Anteile fehlender Lebensstandardmerkmale für alle Items aller fünf Umfragen enthält. Hier zeigt sich, daß Westdeutsche 1996 etwa die Hälfte aller Items häufiger entbehrten als Ostdeutsche, letztere jedoch in stärkerem Ausmaß auf kostspielige Merkmale verzichten mußten.

Die merkliche Zunahme der Anteile fehlender Merkmale eines erweiterten Lebensstandards bis 1998 erfolgte hauptsächlich zu Lasten ostdeutscher Haushalte. Dementsprechend erhöhte sich die durchschnittliche Differenz der Ausstattungsdefizite zwischen Ost und West deutlich auf 4,3 Prozentpunkte (auf Basis der 7 in Tabelle 6 enthaltenen Items). Die überwiegende Mehrheit aller 1998 erfassten Items fehlte Ostdeutschen häufiger als Westdeutschen (vgl. Tabelle 7). Die Differenz auf Basis aller 22 Items betrug 3,8 Prozentpunkte. Dieser Unterschied hat sich bis 1999 kaum verändert, er belief sich immer noch auf 3,9 bzw. 3,6 Prozentpunkte (auf Basis von 7 bzw. 19 Items). 2001 fehlten zwar immer noch 8 der insgesamt 11 im SOEP enthaltenen Lebensstandardmerkmale häufiger in Ost- als in Westdeutschland, jedoch beträgt dieser Unterschied im Mittel lediglich noch 1,2 (auf Basis dieser 11 Items) bzw. 1,4 Prozentpunkte (auf Basis der 7 Items). 2003 hat sich schließlich der Ost-West-Unterschied wieder leicht erhöht und hat mit 2,0 bzw. 2,1 Prozentpunkten ungefähr das Niveau zu Beginn der Untersuchungsperiode.

Daß bezüglich der Ausstattung mit grundlegenden Lebensstandardmerkmalen eine Angleichung von Ost- und Westdeutschland stattgefunden hat, kann man aufgrund dieser Befunde nicht sagen. Vielmehr scheinen sich Veränderungen der Versorgungslage überproportional bei Personen, die in den neuen Bundesländern leben, niederzuschlagen. Können sich insgesamt viele Menschen weniger leisten, so scheint das in besonderem Maße auf Ostdeutsche zuzutreffen, verbessert sich die Versorgungslage (wieder), so vor allem zu ihren Gunsten.

Differenziert man den Mangel an verschiedenen Lebensstandardmerkmalen nach Erwerbsstatus, Einkommen, Bildung, Haushaltstyp, Alter und Staatsangehörigkeit, zeigen sich erhebliche Unterschiede. So sind vor allem Arbeitslose, Personen mit sehr niedrigen Einkommen oder geringer Schulbildung, aber auch Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Ausländer sowie sehr junge Leute besonders von Ausstattungsdefiziten betroffen. Tabelle 8 gibt Auskunft darüber, in welchem Ausmaß diesen Personengruppen die im SOEP erhobenen Lebensstandarditems wegen mangelnder finanzieller Mittel fehlen. Die erste Spalte enthält zu Vergleichszwecken die entsprechenden Angaben für die Gesamtbevölkerung. Die folgenden Spalten sind nach abnehmenden Häufigkeiten basierend auf den Zahlen für 2001 sortiert. Das heißt, daß diejenigen, die 2001 besonders häufig und auf viele Merkmale eines grundlegenden Lebensstandards verzichten müssen, sich eher auf der linken Tabellenseite finden, und je weiter man die Zahlen nach rechts verfolgt, desto geringer werden die Abweichungen vom Durchschnitt. Wir kommentieren dementsprechend zunächst die Zahlen für 2001, ehe wir in einem zweiten Schritt die Frage diskutieren, was sich am Lebensstandard dieser besonders betroffenen Gruppen zwei Jahre später (2003) geändert hat.

Arbeitslose weisen demnach 2001 die gravierendsten Defizite hinsichtlich grundlegender Lebensstandardmerkmale auf. Muß im Bundesdurchschnitt etwa jeweils ein Sechstel der Bürger aus finanziellen Gründen auf eine jährliche Urlaubsreise, die Anschaffung neuer Möbel und die Bildung finanzieller Rücklagen verzichten, trifft dies auf ein Drittel und mehr der Arbeitslosen zu. Die Möglichkeit zu verreisen steht sogar nur der Hälfte der arbeitslosen Personen offen. Ähnlich deutliche Unterschiede finden sich bei der Bewirtung von Gästen und dem Besitz eines Autos, was sich knapp über 90% der Gesamtbevölkerung leisten kann, jedoch

30% respektive 24% der Arbeitslosen verwehrt bleibt. Auch an den restlichen Items mangelt es arbeitslosen Personen in überdurchschnittlichem Ausmaß: So geben 10% respektive 8% an, sich keine Wohnung in einem Haus leisten zu können, das in einem guten Zustand ist oder in einer guten Wohngegend liegt (Gesamt: 4% und 3%). Selbst absolute Grundbedarfe wie ein Telefonanschluß und der regelmäßige Verzehr von Fleisch oder Fisch liegen in immerhin noch 6% bzw. 5% der Fälle außerhalb der finanziellen Möglichkeiten, und sogar Selbstverständlichkeiten wie die gesicherte Zahlung der Wohnung und ein Fernseher fehlen – zwar in insgesamt geringem Ausmaß – häufiger als im Durchschnitt.¹²

Die anderen Personengruppen, die besonders häufig unfreiwillig auf bestimmte Lebensstandardmerkmale verzichten, weisen ähnliche ‚Defizit-Muster‘ auf wie Arbeitslose, jedoch auf immer niedrigerem Niveau. So fehlen auch bei Personen mit sehr niedrigen Einkommen, Alleinerziehenden, gering Gebildeten, Ausländern, kinderreichen Familien sowie Personen unter 25 Jahren am häufigsten eher kostspielige Dinge mit entsprechendem Einsparpotential, nämlich eine jährliche Urlaubsreise, die Bildung finanzieller Rücklagen und das Ersetzen abgenutzter Möbel. Mit einigem Abstand folgen die regelmäßige Bewirtung von Gästen und der Besitz eines Autos, dann Merkmale bezüglich Zustand und Lage des Wohnhauses. Auch sehr basale Lebensstandarditems fehlen mehrheitlich zumindest leicht überdurchschnittlich häufig.

Bei der Mehrheit dieser in besonderem Maße von Ausstattungsdefiziten betroffenen Personengruppen ist der finanziell bedingte Mangel an Lebensstandardmerkmalen unmittelbar nachvollziehbar. Arbeitslose und niedrig Gebildete unterliegen zweifellos gewissen Beschränkungen hinsichtlich eines erzielbaren Einkommensniveaus. Ähnliches gilt für Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern, die wegen der Kinderbetreuung dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt zur Verfügung stehen oder einen nicht unerheblichen Teil ihres Einkommens für die Versorgung der Kinder aufwenden müssen. Bei jüngeren Befragten könnte der überdurchschnittlich häufige Mangel vergleichsweise kostenintensiver Items in erster Linie darin begründet sein, daß sie sich noch in der Ausbildungsphase befinden und erst zu einem späteren Zeitpunkt im Lebenszyklus höhere Einkommen erzielen werden, die ihnen aufwendige Ausgaben ermöglichen. Schließlich sind Ausländer wesentlich häufiger mit Bedingungen konfrontiert, die Defizite im Lebensstandard hervorbringen.

Vergleicht man nun diese Zahlen mit den neuesten Ergebnissen aus dem Jahr 2003, dann haben sich die Lebensstandarddefizite in allen Bereichen und für alle genannten Gruppen durchgängig verschlechtert. Der durchschnittliche Zuwachs der aus finanziellen Gründen fehlenden Lebensstandardmerkmale beträgt z.B. bei Personen mit niedrigen Einkommen 5 Prozentpunkte. Ähnliche Zahlen ergeben sich bei Alleinerziehenden, gering Gebildeten, kinderreichen Familien sowie Personen unter 25 Jahren (vgl. die letzte Zeile in Tabelle 8). Die einzige Ausnahme sind die Arbeitslosen, die – allerdings auf hohem Niveau – nicht ganz so gravierende Einschränkungen hinnehmen müssen wie 2001. Eine mögliche Erklärung für diesen gegenläufigen Trend ist die sehr viel höhere der Betroffenheit der Bundesbürger von Arbeitslosigkeit im Jahr 2003, mit der Folge, daß diese Gruppe auch in Bevölkerungskreise hineinreicht, deren Lebensstandard (noch) nicht in dem Ausmaß abgesenkt ist.

Betrachtet man umgekehrt die Umfrageergebnisse aus den Jahren 1996-1999, dann zeigen sich in etwa die gleichen Personengruppen als besonders von Ausstattungsdefiziten betroffen wie 2001-2003. Diese sind in den Tabellen 9, 10 und 11 in der gleichen Reihenfolge wie in Tabelle 8 – soweit möglich – angeordnet. Daß Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit

¹² Dabei unterschätzen die Prozentangaben für das Item „Wohnung zahlen“ aufgrund der mißverständlichen Frageformulierung (vgl. Abschnitt 2.2) das tatsächliche Ausmaß der Probleme (vgl. die analogen Prozentwerte für 2003 in der Tabelle).

hier nicht aufgeführt sind, ist auf methodische Gründe zurückzuführen: Entweder wurden sie nicht oder in zu geringem Umfang (1996, 1998) oder aber in einer nicht mit dem SOEP vergleichbaren Form berücksichtigt (1999), so daß hier von einer entsprechenden Differenzierung der Ergebnisse abgesehen wird.¹³ Neben den bereits in Tabelle 8 genannten Gruppen mußten 1999, 1998 und 1996 auch Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie 1998 und 1996 Auszubildende überdurchschnittlich häufig aus finanziellen Gründen auf verschiedene Lebensstandardmerkmale verzichten.

Ein direkter Vergleich der früheren Umfragen mit den Daten aus dem SOEP unterliegt auch hier wieder den bekannten Einschränkungen (nur wenige vergleichbare Items, unterschiedliche Entstehungsbedingungen, Stichprobenfehler). Abgesehen von diesen Einschränkungen gilt für 1999, 1998 und 1996, ähnlich wie für 2001 und 2003, daß insbesondere Dinge, die einen gewissen dauerhaften Finanzüberschuß erfordern, den genannten ‚Problemgruppen‘ deutlich häufiger fehlten als der Gesamtbevölkerung. Im Unterschied zu 2001 fällt allerdings auf, daß vor allem Arbeitslose, Personen mit sehr niedrigen Einkommen und Alleinerziehende in großem Maß auf Merkmale eines Mindestlebensstandards verzichten mussten. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder Schulabschluß, kinderreichen Familien und sehr jungen Leuten fehlte es zwar ebenfalls überdurchschnittlich häufig an verschiedenen Lebensstandardmerkmalen, doch in erheblich geringerem Ausmaß.

Betrachtet man die Entwicklung der Ausstattungsdefizite der besonders davon betroffenen Gruppen von 1996 bis 2003 mit besonderem Augenmerk auf die in etwa vergleichbaren Items, läßt sich der zuvor gefundene Gesamttrend wiederfinden: So stiegen die Anteile derjenigen, die sich bestimmte Lebensstandardmerkmale aus finanziellen Gründen nicht erlauben können, zwischen 1996 und 1998 in allen Risikogruppen sehr stark an. 2001 ergibt sich eine leichte Verbesserung, die jedoch 2003 wieder aufgehoben wird. Allerdings läßt sich nicht für alle diese Personengruppen eine Verbesserung in den 1990er Jahren feststellen. Insbesondere Arbeitslose und Personen mit sehr niedrigen Einkommen können sich heute vor allem finanzintensive Merkmale wie eine jährliche Urlaubsreise oder die Bildung finanzieller Rücklagen deutlich seltener leisten als noch 1996.

3.4 Wie groß ist das Ausmaß der Deprivation und wer ist besonders betroffen?

Nachdem wir dargelegt haben, welche *einzelnen* Lebensstandardmerkmale sich die Deutschen mehr oder weniger häufig aus finanziellen Gründen nicht leisten können, wollen wir nun untersuchen, inwieweit die Bundesbürger *auf mehrere Items gleichzeitig* verzichten müssen. Dazu ermitteln wir, wie viele Personen mehrere Lebensstandarditems auf einmal unfreiwillig entbehren, was anschließend zu einem Deprivationsmaß verdichtet werden soll. Von vornehmlichem Interesse ist dabei, ob sich spezifische ‚Problemgruppen‘ identifizieren lassen, die in besonders großem Ausmaß von der Teilhabe an einem allgemein akzeptierten Lebensstandard ausgeschlossen sind.

Tabelle 12 zeigt zunächst, welchen Anteilen der Gesamtbevölkerung wie viele Lebensstandardmerkmale aus finanziellen Gründen fehlen (in Prozent und kumulierten Prozent). Betrachtet man zunächst die aktuellsten Zahlen, so fällt auf, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf kein einziges der 11 im SOEP 2003 erfragten Merkmale verzichten muß. Knapp zwei Drittel (61%) der Befragten gaben an, sich alle Items leisten zu können. Weiteren 14% fehlte nur ein Merkmal, 15% zwei oder drei. Das heißt, neun von zehn Bun-

¹³ Im Wohlfahrtssurvey 1999 wurde nicht nach der eigenen Staatsangehörigkeit, sondern danach gefragt, ob ein oder beide Elternteile zum Zeitpunkt der Geburt des Befragten eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit hatten.

desbürgern fehlt kein oder maximal drei Items, lediglich jeder Zehnte kann sich vier oder mehr Lebensstandardmerkmale nicht leisten. Allerdings gab niemand an, 10 oder gar alle 11 Merkmale entbehren zu müssen. In 2001 war das Ausmaß der Deprivation geringer. Sieben von 10 Befragten gaben an, über alle 11 Items zu verfügen. Umgekehrt muß lediglich jeder 14. auf vier und mehr Merkmale aus finanziellen Gründen verzichten.

Da Wohlfahrtssurvey und Sowi-Bus erheblich mehr Items enthalten als das SOEP, überrascht es kaum, daß 1999, 1998 und 1996 auch eine größere Anzahl von Items fehlte als 2001 und 2003. So verfügten 1999 nur 57% der Befragten über alle 19 erfragten Lebensstandardmerkmale, gut 10% fehlte ein Merkmal, weiteren 13,7% zwei oder drei. 81,3% der Bevölkerung konnten sich also bis zu drei Items, gut 10% vier bis sechs Items nicht leisten. Das letzte Dezil der Verteilung, d. h. die verbleibenden 10% (exakt: 8,2%) der Befragten mußte 1999 auf sieben und mehr Items verzichten. Den theoretischen Maximalwert von 19 fehlenden Items erreichte dabei allerdings niemand, und nur 1% der Befragten fehlten 12 bis 16 Items.

Da der Wohlfahrtssurvey 1998 noch drei Lebensstandardmerkmale mehr enthielt als 1999, konnten sich in diesem Jahr erwartungsgemäß etwas weniger Menschen alle 22 Items leisten (nämlich 50%). 9,6% fehlte nur ein Item, weiteren 13,3% zwei oder drei. 82,3% der Befragten konnten sich demnach aus finanziellen Gründen bis zu fünf Items nicht erlauben, weiteren 9% fehlten sechs bis acht Items. Die übrigen 8,8% mußten auf mindestens neun Lebensstandardmerkmale verzichten. Auch hier entbehrten nur sehr wenige Personen sehr viele Merkmale: Nur 1,2% fehlten zwischen 14 und 22 Items.

Obwohl 1996 die meisten Lebensstandardmerkmale erhoben wurden, nämlich 27, konnten sich mit knapp 60% deutlich mehr Befragte alle Items erlauben als 1998. Das kann zumindest zum Teil damit erklärt werden, daß der Sowi-Bus im Unterschied zum Wohlfahrtssurvey verhältnismäßig viele Merkmale enthält, die zur Deckung grundlegender Bedürfnisse des alltäglichen Lebens dienen (vor allem im Bereich Wohnen), und kaum Items, die einen erweiterten Lebensstandard kennzeichnen. 10,7% der Bevölkerung mußten 1996 auf ein, 12,2% auf zwei oder drei Items verzichten. 8,8% fehlten vier bis sechs, 8,6% sieben und mehr Items. Nicht anders als in den späteren Jahren entbehrten nur sehr wenige Menschen eine sehr hohe Zahl von Lebensstandardmerkmalen: Nur 1% der Befragten fehlten zwischen 15 und 21 Items aus finanziellen Gründen.

Eine Einschätzung der Entwicklung des Ausmaßes defizitärer Lebensstandards in Deutschland von 1996 bis heute ist in direkter Form nicht möglich. Zum einen erfassen die fünf hier berücksichtigten Umfragen unterschiedlich viele Lebensstandardmerkmale. Und je mehr Items ‚angeboten‘ werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß man sich das eine oder andere nicht leisten kann. Zum anderen beeinflusst die Qualität der ausgewählten Items die Lebensstandardmessung. Vor allem Wohlfahrtssurvey und Sowi-Bus unterscheiden sich in dieser Hinsicht voneinander: Der Wohlfahrtssurvey, der auf die Erfassung der Wohlfahrtsentwicklung in der Gesamtbevölkerung abzielt, enthält relativ viele kostenintensive Merkmale, die dementsprechend häufig aus finanziellen Gründen fehlen. Der Sowi-Bus hingegen wurde explizit auf die Untersuchung defizitärer Wohlstandspositionen, also Deprivation, angelegt und konzentriert sich daher auf Dinge, die der Befriedigung von Grundbedürfnissen dienen, die in der Regel weit verbreitet sind.

Das sehr anschauliche Maß der durchschnittlichen Anzahl aus finanziellen Gründen fehlender Lebensstandardmerkmale kommt nicht in Frage, da es von beiden Faktoren (Anzahl, Qualität) beeinflusst wird. Die erstgenannte Einschränkung (Anzahl) läßt sich mit der Verwendung relativer Maße umgehen, indem man die Zahl der aus finanziellen Gründen fehlenden Items im

Verhältnis zur Gesamtheit der potentiell fehlenden Merkmale betrachtet. Die unterschiedliche Qualität der Lebensstandardmerkmale ließe sich anhand einer Gewichtung egalisieren. Dabei stellt sich allerdings die Frage, welchem Item warum welches Gewicht beigemessen werden sollte. Empirisch hat sich gezeigt, daß gewichtete Deprivationsindizes, die z. B. die Notwendigkeitsbewertungen oder die Verbreitung der Merkmale in der Bevölkerung berücksichtigen, kaum andere Ergebnisse liefern als einfache additive Maße (vgl. Abschnitt 2.1). Hinzu kommt, daß solch ein gewichteter Index nicht sehr anschaulich ist. Wir betrachten daher im folgenden alle Lebensstandardmerkmale als gleichwertig und die Anzahl der aus finanziellen Gründen fehlenden Items relativ zur jeweiligen Gesamtzahl erfragter respektive potentiell fehlender Items. Der untere Teil von Tabelle 12 hält entsprechende Maßzahlen bereit; die durchschnittliche Anzahl fehlender Items wird dort der Anschaulichkeit halber mit aufgeführt.

Im Jahre 2003 mußte die deutsche Bevölkerung im Durchschnitt auf ein Lebensstandarditem verzichten. Dieses eine Item entspricht 9% der 11 erfragten Items. Betrachtet man diese Maße im Längsschnitt von 1996 bis heute, scheint sich der an früherer Stelle gefundene Trend zu bestätigen: 1996 entbehrten die Deutschen im Mittel 6% der abgefragten Items. Dieser Anteil stieg bis 1998 auf 11%, um in den Folgejahren bis 2001 auf 7% abzusinken. 2003 zeigt sich wiederum die bereits oben beschriebene Trendumkehr: Die durchschnittliche Anzahl fehlender Items nimmt leicht zu und beträgt am Ende der Untersuchungsperiode 9%.

Abbildung 2: Wie viele Lebensstandarditems können sich wie viele Personen nicht leisten?

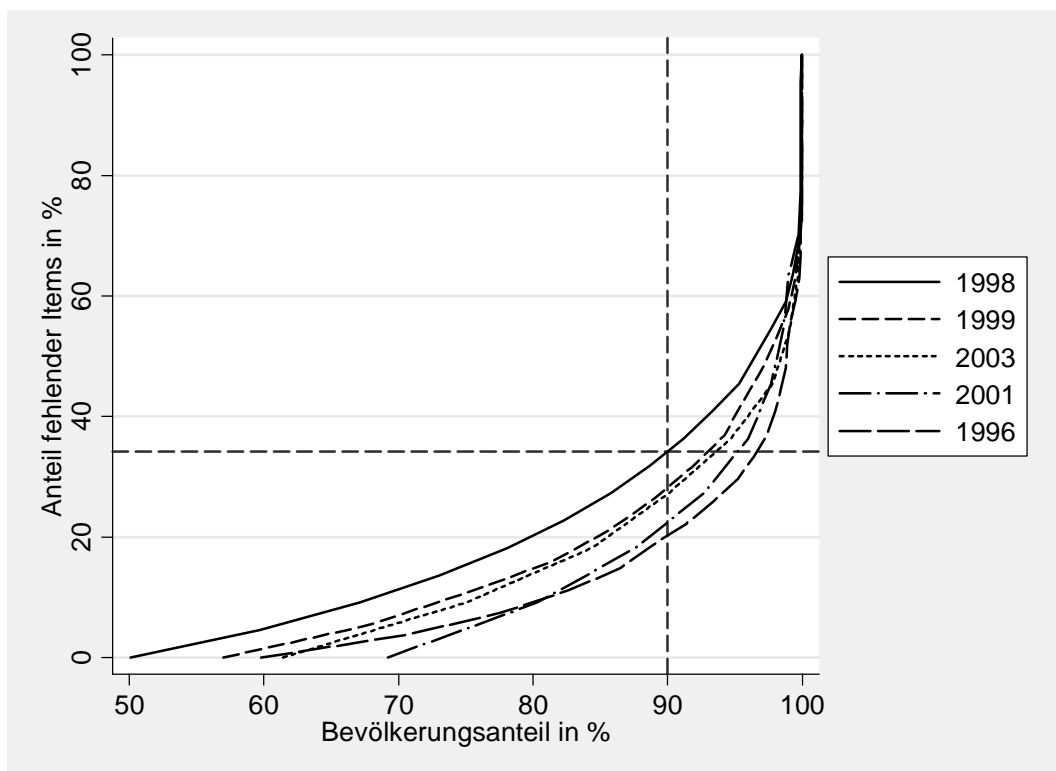


Abbildung 2 stellt die *gesamte* Verteilung der aus finanziellen Gründen fehlenden Items in der Bevölkerung für die fünf Umfragen graphisch dar. Wir betrachten zunächst die am weitesten oben liegende Kurve, die die Situation im Jahr 1998 (Wohlfahrtssurvey) widerspiegelt. Wie man die Datenpunkte auf der Kurve interpretieren kann, verdeutlichen die senkrecht bei $x=90$ und horizontal bei $y=34,2$ eingezeichneten gestrichelten Geraden: In 1998 fehlten 90% der

Bevölkerung 34,2% der damals erhobenen Lebensstandardmerkmale aus finanziellen Gründen (vgl. auch die letzte Zeile in Tabelle 12, bezeichnet mit „9. Dezil“).¹⁴ Demgegenüber würde man beispielsweise für die am weitesten unten liegende Kurve (1996) einen Wert von 20,2% ablesen. Anders ausgedrückt: Im Jahr 1996 war für diesen Bevölkerungsteil das Ausmaß der Deprivation sehr viel geringer als 1998. Und nicht nur das: Da für jeden anderen Bevölkerungsanteil die 1996er Kurve unterhalb der 1998er Kurve liegt, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß das Ausmaß der Deprivation insgesamt in 1996 geringer war als in 1998.

Ganz allgemein kann man sagen, daß das Ausmaß der Deprivation in einem Jahr um so geringer ist, je mehr die jeweilige Kurve in der rechten unteren Ecke des Diagramms verläuft. Demnach ist das Ausmaß der Deprivation in den Jahren 1996 und 2001 relativ ähnlich und am geringsten in dem hier untersuchten Zeitraum. Am höchsten ist es im Jahr 1998. Die Jahre 2003 und 1999 sind sich wiederum sehr ähnlich und bewegen sich auf einem mittleren Niveau. Wie dieser zeitliche Verlauf im Lichte der ökonomischen und politischen Veränderungen in der Bundesrepublik seit 1996 zu interpretieren ist, soll hier nicht weiter untersucht werden (vgl. jedoch die Zusammenfassung in Abschnitt 4). Das überaus hohe Ausmaß der Deprivation im Jahr 1998 scheint uns jedoch methodisch bedingt zu sein, weil der entsprechende Wohlfahrtssurvey eine relativ große Anzahl kostenintensiver Lebensstandardmerkmale des gehobenen Bedarfs erfaßt und dementsprechend einen größeren Anteil von Personen ausweist, die sich diese Merkmale aus finanziellen nicht leisten können (vgl. Abschnitt 2.2). Mit relativ großer Sicherheit können wir aber die Möglichkeit ausschließen, daß die Zunahme der Deprivation innerhalb des SOEPs von 2001 auf 2003 methodisch bedingt ist (z.B. wegen der mißverständlichen Erhebung des Items „Wohnung zahlen“ in 2001). Dazu hat sich die Verfügbarkeit zu vieler Lebensstandardmerkmal negativ entwickelt, wie die Diskussion des vorherigen Abschnitts 3.3 gezeigt hat.

Nachdem wir das Ausmaß defizitärer Lebensstandards in der Gesamtbevölkerung beschrieben haben, soll nun untersucht werden, welche Gruppen in besonderem Maße von Deprivation betroffen sind. Tabelle 13 differenziert das soeben eingeführte Deprivationsmaß, das den Anteil aus finanziellen Gründen fehlender Items an jeweils allen erfragten Items angibt (Index), sowie die entsprechende durchschnittliche Anzahl fehlender Lebensstandardmerkmale nach Region, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter, Bildung, Erwerbsstatus, Einkommen und Haushaltstyp.

Differenziert man nach Geschlecht und Region, finden sich nur leichte, aber zeitlich konstante Unterschiede. Bis auf einzelne Jahre haben Frauen durchgängig einen niedrigeren Lebensstandard als Männer und können sich Personen im Westen mehr Lebensstandardmerkmale leisten als Ostdeutsche. Weiterhin zeigt sich, daß weitgehend dieselben Personengruppen, die sich besonders häufig *einzelne* Lebensstandardmerkmale nicht leisten können, oftmals auch auf *mehrere Merkmale gleichzeitig* verzichten müssen. So fehlten Arbeitslosen im Jahr 2003 mit im Mittel 20% der erfragten Items mehr als zweimal so viele Lebensstandardmerkmale wie dem Bevölkerungsdurchschnitt. Personen mit niedrigen Einkommen oder geringer Schulbildung, Alleinerziehende und Ausländer weisen mit Indexwerten zwischen 14 und 22 ein ebenfalls verhältnismäßig hohes Deprivationsniveau im Jahr 2003 auf. Allerdings haben kinderreiche Familien, sehr junge Leute und Personen, die allein leben, keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen oder sich noch in der Ausbildung befinden, nur leicht erhöhte Indexwerte. Obwohl diese Gruppen, wie zuvor gesehen, relativ häufig auf *einzelne* kostspieli-

¹⁴ Bei diesem durch lineare Interpolation berechneten 9. Dezil wird ein kontinuierlicher Deprivationsindex unterstellt. Der Vorteil der graphischen Darstellung besteht darin, daß im Prinzip jeder andere Dezilwert abgelesen werden kann und – vor allem – ein Gesamtvergleich zwischen den Verteilungen aus verschiedenen Jahren möglich ist.

ge Lebensstandarditems (z. B. eine jährliche Urlaubsreise) verzichten müssen, verfügen sie offenbar mehrheitlich insgesamt durchaus über eine allgemein für notwendig erachtete Mindestausstattung.

Dieses Bild findet sich auch in den früheren Umfrageergebnissen wieder. So waren seit 1996 durchgehend in erster Linie Arbeitslose, Personen mit sehr niedrigen Einkommen oder geringem Bildungsstand und Alleinerziehende von Deprivation betroffen. Die Längsschnittbetrachtung läßt zudem den sich zuvor mehrfach andeutenden Trend wiedererkennen: So steigt das Deprivationsniveau in allen Risikogruppen zwischen 1996 und 1998 merklich an, um danach bis 2001 abzusinken, 2003 aber wieder leicht zuzunehmen. Dabei erreicht der Lebensstandard in der Mehrheit der Fälle im Jahr 2001 in etwa das Niveau von 1996. Arbeitslose und Personen mit sehr niedrigen Einkommen müssen allerdings heute eher auf mehr Lebensstandardmerkmale verzichten als Mitte der neunziger Jahre.

3.5 Niedriges Einkommen und unzureichender Lebensstandard

Bislang haben wir gesehen, welche Dinge und Aktivitäten die Deutschen (mehrheitlich) zu einem notwendigen Lebensstandard zählen und inwieweit diese verbreitet sind (vgl. die Abschnitte 3.1, 3.2). Dann haben wir gezeigt, welche Merkmale eines minimalen Lebensstandards sich die Bundesbürger besonders häufig aus finanziellen Gründen nicht leisten können (vgl. Abschnitt 3.3). Zuletzt galt unsere Aufmerksamkeit dem Ausmaß der Deprivation, also der Frage, inwieweit die Menschen in Deutschland ungewollt auf mehrere Lebensstandarditems zugleich verzichten müssen, und ob man spezifische Personengruppen identifizieren kann, denen es in besonderem Maße an einer Vielzahl von Merkmalen mangelt (vgl. Abschnitt 3.4). In diesem Abschnitt geht es nun abschließend um die Ursachen eines unzureichenden Lebensstandards. Konkret geht es um die Frage, ob ein geringer Lebensstandard (Deprivation) eine Folge fehlender Ressourcen (Einkommen) ist und wie man auf der Basis dieser Informationen den von Armut betroffenen Bevölkerungsteil eingrenzen kann.

3.5.1 Wie läßt sich der von Armut betroffene Bevölkerungsteil eingrenzen?

In vorherigen Abschnitt haben wir gesehen, daß Bezieher sehr niedriger Einkommen besonders häufig auf viele Lebensstandardmerkmale aus finanziellen Gründen verzichten müssen. Abbildung 3 greift diesen Sachverhalt noch einmal auf, versucht aber im Gegensatz zu den vorherigen Tabellen möglichst alle Informationen des Datenmaterials zu veranschaulichen. Abbildung 3a zeigt die Situation für das Jahr 2003 in vergrößerter Form, Abbildung 3b zeigt zum Vergleich die Situation in der vorherigen Jahren in verkleinerter Form (aus Gründen der Lesbarkeit wurde in Abbildung 3b auf eine Skalierung der y-Achsen verzichtet). Der Box-Plot ganz rechts in Abbildung 3a (bezeichnet mit „total“) zeigt die Verteilung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen für alle Untersuchungspersonen der 2003er Welle des SOEPs. Die mittleren 50% dieser Einkommen liegen zwischen 817 und 1.464 Euro (dargestellt durch die untere und obere Grenze der Box). Der Median der Einkommen beträgt 1.083 Euro (dargestellt durch den Strich innerhalb der Box). Die beiden Striche unter- und oberhalb der Box geben darüber hinaus einen Eindruck von der gesamten Spannweite der Einkommen. Mit der horizontalen gestrichelten Linie wird schließlich die in Abschnitt 2.1 definierte Einkommensgrenze (585 Euro) veranschaulicht, unterhalb derer wir von einem niedrigen Einkommen sprechen (und andere Forscher von Einkommensarmut).

Abbildung 3a: Verteilung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen nach Ausmaß der Deprivation im Jahr 2003

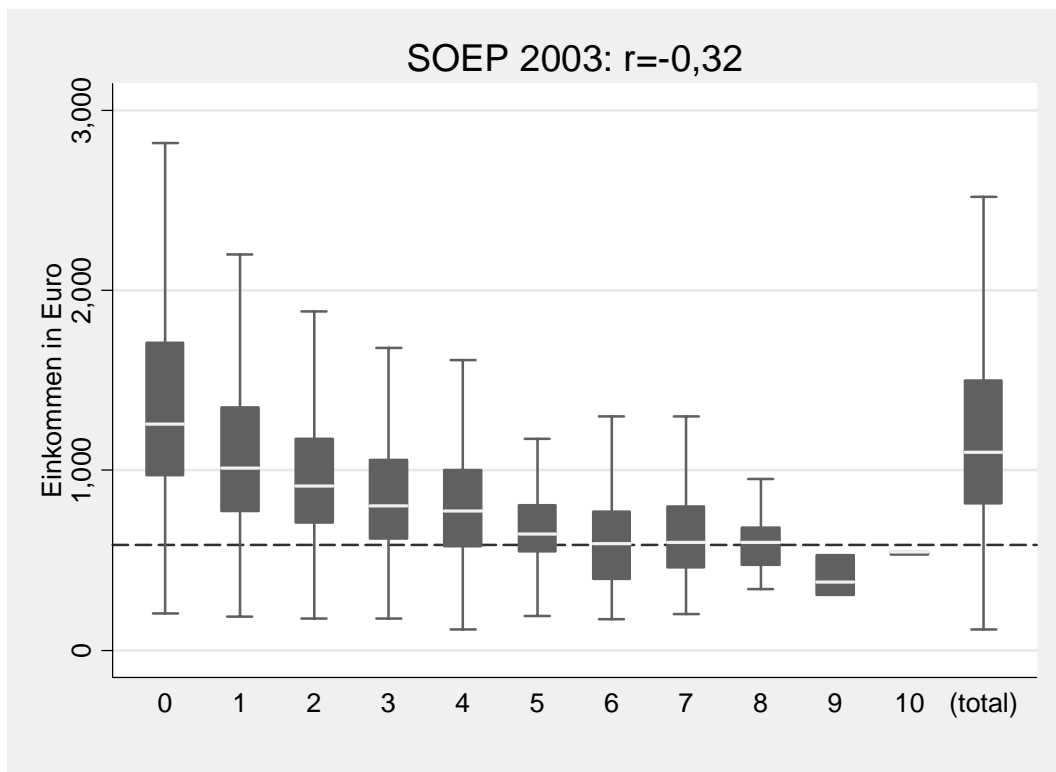
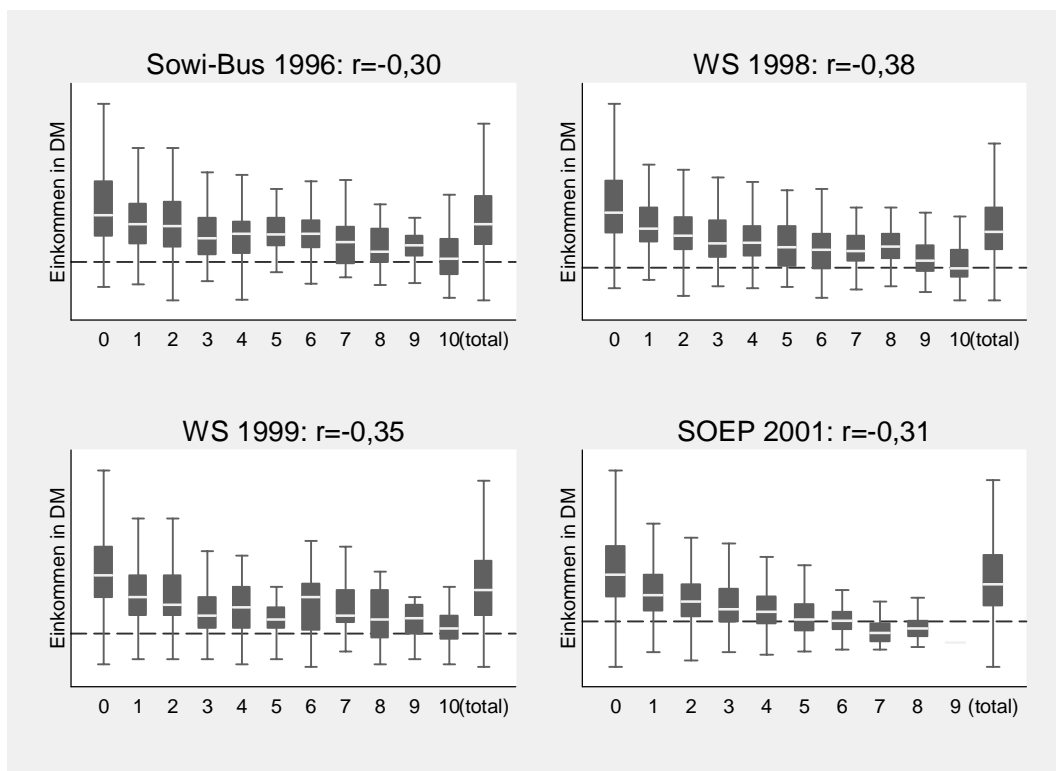


Abbildung 3b: Verteilung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen nach Ausmaß der Deprivation 1996-2001



Mit diesen Orientierungspunkten lassen sich nun die bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der Personen besser beurteilen, die sich mehr oder weniger viele Lebensstandardmerkmale aus finanziellen Gründen nicht leisten können (vgl. die anderen Box-Plots in Abbildung 3a). Zunächst wird deutlich, daß mit zunehmender Anzahl fehlender Items sowohl der Median als auch die mittleren 50% der Verteilung immer geringer werden. Es wird aber auch deutlich, daß ein unzureichender Lebensstandard nicht zwingend mit einem niedrigem Einkommen einhergeht. Bezeichnet man – wie in Abschnitt 2.1 verabredet – den Lebensstandard dann als unzureichend, wenn einer Person drei und mehr Lebensstandardmerkmale aus finanziellen Gründen fehlen, dann wird aus Abbildung 3a für diesen Personenkreis deutlich, daß eine nicht unerhebliche Teilgruppe von teilweise über 50% über bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen oberhalb der (gestrichelten) Einkommensgrenze verfügt. Insgesamt ist für alle hier untersuchten Datensätze ein eher schwacher statistischer Zusammenhang zwischen Einkommen und Deprivation feststellbar, die jeweiligen Korrelationskoeffizienten variieren zwischen -0,30 und -0,38.¹⁵

Der schwache Zusammenhang zwischen Einkommen und Deprivation ist bekannt und hat in der einschlägigen Literatur zu ausführlichen Diskussionen geführt. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die üblicherweise verwendeten Instrumente zur Messung von Ressourcen und Lebensstandard niemals alle relevanten Aspekte berücksichtigen können. Es ist z.B. möglich, daß das aktuelle Einkommen nur einen Teil der tatsächlich verfügbaren Ressourcen abbildet. Der Lebensstandard kann beispielsweise durch Vermögen aufrechterhalten werden, das in der Regel nicht in die Berechnung des verfügbaren Einkommens einfließt. Weiterhin ist vorstellbar, daß man erst seit kurzer Zeit oder nur vorübergehend über ein sehr niedriges Einkommen verfügt, was (noch) keine einschneidenden Auswirkungen auf die Lebensführung hat. Auch familiäre Unterstützungsleistungen wie z. B. unentgeltliche Kinderbetreuung oder nichtmonetäre materielle Zuwendungen können zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards beitragen. Umgekehrt kann der empirische Befund eines ausreichenden Einkommens, das aber nicht für die Finanzierung eines minimalen Lebensstandards auszureichen scheint, daher rühren, daß man außergewöhnlichen finanziellen Belastungen wie Schulden, Unterhaltszahlungen oder Pflegekosten ausgesetzt ist, die die tatsächlich verfügbaren Mittel stark einschränken. Denkbar ist auch, daß ein unzureichender Lebensstandard (mehr oder weniger) freiwillig in Kauf genommen wird, wenn man eine zukünftige Verschlechterung der Einkommenssituation befürchtet, sei es aufgrund zeitlich befristeter Beschäftigung, drohender Arbeitslosigkeit oder zu erwartender Erhöhungen von Steuern und Sozialabgaben. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß sowohl niedriges Einkommen als auch ein unzureichender Lebensstandard in der Regel anhand statistischer Kriterien definiert werden (vgl. Abschnitt 2.1), die theoretisch kaum begründbar sind und letztlich aus normativen Entscheidungen resultieren, die einer gewissen Willkür nicht entbehren.

Weder die gängigen indirekten einkommensbasierten Armutsmaße, noch die direkten deprivationsbasierten Indikatoren scheinen also *für sich genommen* in der Lage zu sein, der Vieldimensionalität von Armut Rechnung zu tragen. Es bieten sich drei alternative Vorgehensweisen an:

1. *Ignorierung der Lebensstandardindikatoren* mit dem Argument, es handele sich um unzuverlässige Messungen. Eine ausschließliche Verwendung der (traditionellen) Einkommensindikatoren inkl. der entsprechenden einkommensbasierten Armutsmaße muß sich allerdings mit dem gleichen Gegenargument auseinandersetzen: Wie ist si-

¹⁵ Auf Basis der Korrelation (nach Pearson) von bedarfsgewichtetem Äquivalenzeinkommen (gewichtet gemäß alter OECD-Skala) und Deprivationsindex (Anteil aus finanziellen Gründen fehlender Items an allen jeweils erhobenen Items).

chergestellt, daß es sich bei den Einkommensindikatoren nicht ebenso um unzuverlässige Messungen handelt?

2. *Getrennte Verwendung von Einkommens- und Lebensstandardindikatoren*, weil es offensichtlich nicht den einen ‚richtigen‘ Armutsindikator gibt. Sowohl direkte als auch indirekte Armutsindikatoren haben jeweils mit guten Argumenten ihre Berechtigung, decken jedoch unterschiedliche Aspekte von Armut ab und müssen daher nebeneinander verwendet werden (Kangas / Ritakallio 1998).
3. *Kombination der Einkommens- und Lebensstandardindikatoren*, um auf diese Weise die Unzuverlässigkeit beider Messungen zu kontrollieren. Durch Betrachtung der Personen, die sowohl über ein geringes Einkommen als auch über einen unzureichenden Lebensstandard verfügen, soll dabei der harte Kern der Armutspopulation eingegrenzt werden (Halleröd 1995).

In einer explorativen Phase der Armutsanalyse wird man sicherlich der zweiten Alternative den Vorzug geben, weil sie eine relativ offene Forschungsstrategie eröffnet.¹⁶ Wenn man sich jedoch an der Armutsdefinition der Europäischen Gemeinschaft aus dem Jahr 1984 orientiert, die auf den Ausschluß von der gesellschaftlichen Teilhabe (Lebensstandard) abstellt, *weil* Personen bestimmte Ressourcen (z.B. Einkommen) fehlen (vgl. Abschnitt 1), dann liegt die dritte Alternative nahe.¹⁷ Wir haben uns für die dritte Alternative entschieden, und Übersicht 2 illustriert noch einmal unser Vorgehen und die verwendeten Abgrenzungskriterien (vgl. zu letzteren auch Abschnitt 2.1).

Übersicht 2: Niedriges Einkommen und unzureichender Lebensstandard

		Lebensstandard		Abgrenzung Einkommen
		ausreichend	gering	
Einkommen	ausreichend	(1) keine Defizite	(2) geringer Lebensstandard ausreichendes Einkommen	mehr als 50% des Durchschnittseinkommens
	niedrig	(3) niedriges Einkommen ausreichender Lebensstandard	(4) Armut	weniger als 50% des Durchschnittseinkommens
Abgrenzung Lebensstandard		untere 90% der Deprivationsindizes	obere 10% der Deprivationsindizes	

Durch die Kombination von Einkommens- und Lebensstandardindikatoren lassen sich vier Gruppen von Personen unterscheiden:

1. Personen ohne Defizite, die weder ein niedriges Einkommen noch einen geringen Lebensstandard haben;

¹⁶ Für einen methodischen Vergleich der verschiedenen Armutsindikatoren vgl. Andreß et al. (2001).

¹⁷ Vgl. auch die Armutsdefinition von Townsend (1979, 1987) in der Einleitung (Abschnitt 1).

2. Personen, die einen geringen Lebensstandard, aber ein ausreichendes Einkommen haben;
3. Personen, die über niedrige finanzielle Ressourcen, aber einen ausreichenden Lebensstandard verfügen;
4. Personen, die sowohl ein niedriges Einkommen als auch einen geringen Lebensstandard besitzen.

Nur die vierte Gruppe ist nach unserer Definition von Armut betroffen. Tabelle 14 zeigt für 2003 neben der Verteilung der Personen auf diese vier Gruppen jeweils den durchschnittlichen Deprivationsindex, die entsprechende Anzahl fehlender Lebensstandardmerkmale sowie das durchschnittliche bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt in gesicherten Verhältnissen: Mit 78-80% sind vier Fünftel weder von niedrigen Einkommen noch von einem unzureichenden Lebensstandard betroffen. Das bedeutet aber auch, daß 22% der Ost- und 20% der Westdeutschen in der einen oder anderen Weise defizitär leben. Dabei befinden sich 4% der westdeutschen Befragten (6% der ostdeutschen) in einer besonders prekären Lage, die wir als Armut bezeichnen. Bei diesen Personen zeigen sich sowohl am Ausmaß der Deprivation als auch am Durchschnittseinkommen massive Beeinträchtigungen in der Lebensweise. 12% der West- und Ostdeutschen verfügen zwar über ein Einkommen oberhalb der Einkommensgrenze, nicht aber über einen ausreichenden Lebensstandard. Diese Gruppe weist dementsprechend sehr hohe Deprivationsindexwerte auf. Ihnen fehlen jedoch weniger Lebensstandardmerkmale als den Personen, die wir als arm bezeichnen. Ihr durchschnittliches Einkommen liegt zwar erheblich unter dem der Personen ohne Defizite, aber deutlich oberhalb des Durchschnittseinkommens der dritten Gruppe, die zwar einen ausreichenden Lebensstandard, aber ein geringes Einkommen verfügen. Diese Gruppe ist zahlenmäßig etwas geringer: 4% der West- und Ostdeutschen verfügen nicht über ausreichende finanzielle Mittel, zugleich aber über einen üblichen Lebensstandard; dementsprechend niedrig sind ihre Indexwerte.

Diese Verteilung ist seit 1996 (in etwa) stabil geblieben (vgl. Tabelle 15). Dabei sind kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellbar. Lediglich 1998 gab es deutlich mehr Menschen in den östlichen Bundesländern in defizitären Lebenslagen. So lebten in Ostdeutschland nur 75% der Bevölkerung in gesicherten Verhältnissen (West: 84%). Dabei galten 9% der Ostdeutschen gegenüber 5% der Westdeutschen nach unserer Definition als arm.

Betrachtet man das Ausmaß von Deprivation der vier Gruppen im Zeitverlauf, läßt sich der bereits mehrfach herausgestellte Trend wiederfinden. So stieg der Anteil aus finanziellen Gründen fehlender Items zwischen 1996 und 1998 jeweils relativ stark an, um bis 1999 wieder leicht abzusinken und bis 2001 in etwa das Niveau von 1996 zu erreichen. 2003 nimmt der Anteil wieder leicht zu.

3.5.2 Durch welche sozio-demographischen Merkmale sind die von Armut betroffenen Personen gekennzeichnet?

Nun wenden wir uns der Frage zu, ob sich spezifische Personengruppen identifizieren lassen, die sowohl ein niedriges Einkommen als auch einen unzureichenden Lebensstandard aufweisen, die also nach unserer Definition als arm bezeichnet werden können. Tabelle 16 differenziert die oben beschriebenen Personengruppen nach Staatsangehörigkeit, Alter, schulischer und beruflicher Bildung, Erwerbsstatus, Einkommen und Haushaltstyp für 2003.

Zunächst fällt auf, daß alle bislang genannten Risikogruppen überdurchschnittlich häufig unter einer defizitären Lebenslage zu leiden haben, sei es in der Einkommens- oder der Lebensstandarddimension. Dies betrifft vor allem Arbeitslose und Personen mit sehr niedrigen Einkommen (unterstes Einkommensquintil). 47% bzw. 69% dieser Gruppen verfügt über ein Einkommen oder einen Lebensstandard unterhalb der o.g. Grenzwerte. Sie befinden sich auch mit Abstand am häufigsten in einer besonders prekären Lage: Ein gutes Viertel (27%) der Bezieher sehr niedriger Einkommen und ein knappes Fünftel (19%) der Arbeitslosen sind nach unserer Definition als arm zu bezeichnen. Aber auch Personen ohne Schulabschluß, Alleinerziehenden, Ausländern und kinderreichen Familien fehlt es in besonderem Maß an finanziellen Mitteln bzw. Lebensstandardmerkmalen (37% – 49%). Sie sind jedoch seltener als arm zu bezeichnen, nämlich in 12% bis 18% der Fälle. Mit einigem Abstand folgen Personen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, sich noch in der Ausbildung befinden oder unter 25 Jahre alt sind. Defizitäre Lebenslagen treten bei ihnen mit einer Häufigkeit zwischen 30% und 34% auf. Allerdings befinden sie sich vergleichsweise selten in einer Armutssituation, nämlich jeweils zu 9%.

Alle genannten Gruppen waren bereits im Jahr 2001 auffällig (vgl. Tabelle 17). Im Vergleich der beiden Erhebungswellen des SOEP fällt lediglich auf, daß der Anteil der Personen, die in keiner Dimension (Einkommen, Lebensstandard) Defizite aufzuweisen haben, 2003 bis auf die Arbeitslosen in allen Gruppen abgenommen hat. Zugenommen hat dabei vor allen Dingen der Personenkreis, der über einen unzureichenden Lebensstandard verfügt, und weniger die Personen, die sowohl über einen unzureichenden Lebensstandard als auch über ein zu geringes Einkommen verfügen. Der Anteil der letzten Gruppe, die wir als arm bezeichnen, hat sich insgesamt nur unmerklich geändert (von 4% auf 5%), und bei den genannten ‚Problemgruppen‘ ist nur bei den Personen ohne Schulabschluß und mit niedrigen Einkommen ein auffälliger Zuwachs in Höhe von sechs Prozentpunkten zu verzeichnen.

Anhand der vorliegenden Daten sind Aussagen darüber, wie sich die Lebenslagen verschiedener Personengruppen seit Mitte der 90er Jahre entwickelt haben, kaum möglich. Abgesehen von den bekannten Schwierigkeiten, die Vergleiche von Resultaten unterschiedlicher Umfragen aufwerfen, kommt nun erschwerend hinzu, daß bei der soziodemographische Differenzierung der Lebenslagen beim Wohlfahrtssurvey (1998, 1999) sowie dem Sowi-Bus (1996) erhebliche Fallzahlprobleme auftreten. Die Tabellen 18, 19 und 20 zeigen die soziodemographische Struktur von Armut der Jahre 1999, 1998 und 1996. Als Hintergrundinformationen sind die entsprechenden (ungewichteten) Fallzahlen mit aufgeführt.

Für 1999 läßt sich beobachten, daß in erster Linie ebenfalls Arbeitslose und Personen mit sehr niedrigen Einkommen, aber auch Alleinerziehende mit Abstand am häufigsten von einer defizitären Lebenslage betroffen waren (vgl. Tabelle 18). Jeweils über die Hälfte dieser drei Gruppen war 1999 entweder von einem niedrigen Einkommen oder einem unzureichenden Lebensstandard betroffen. Dabei befanden sich 18% der Alleinerziehenden, 15% der Bezieher niedriger Einkommen und 12% der Arbeitslosen in Armut. Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden oder keinen Schulabschluß haben, waren in 12% bzw. 11% der Fälle ebenfalls sowohl von niedrigem Einkommen als auch von einem unzureichenden Lebensstandard betroffen. Während sehr junge Leute und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, ähnlich wie 2003, verhältnismäßig selten in mehr als einer Hinsicht als defizitär zu bezeichnen waren (7% bzw. 9%), lebten kinderreiche Familien 1999 überwiegend in gesicherten Verhältnissen; ihre Armutsquoten lagen allesamt auf Höhe des Bevölkerungsdurchschnitts.

Für 1998 und 1996 läßt sich zumindest erkennen, daß die gleichen Personengruppen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt waren wie in den darauffolgenden Jahren (vgl. Tabellen 19,

20). So hatten in beiden Jahren vor allem Arbeitslose, Personen mit sehr niedrigen Einkommen und Alleinerziehende unter erheblicher Deprivation bzw. Einkommensschwäche zu leiden. Dabei scheinen diese Gruppen überwiegend sowohl erheblichen Einschränkungen bezüglich der finanziellen Mittel als auch hinsichtlich des realisierten Lebensstandards zu unterliegen. Angesichts der sehr niedrigen Fallzahlen in allen drei Jahren lässt sich dies allerdings nur unter großen Vorbehalten vermuten.

Insgesamt lässt sich resümieren, daß defizitäre Lebenslagen seit 1996 kaum nennenswerten Schwankungen unterlagen. Durchgängig lebten ca. vier Fünftel der Gesamtbevölkerung in gesicherten Verhältnissen. In einer besonders prekären Lage dagegen, die wir als Armut bezeichnen, befanden sich in diesem Zeitraum zwischen 3% und 5% der Deutschen. Sie waren sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch des Lebensstandards massiven Einschränkungen unterworfen. Allerdings hat sich gezeigt, daß keineswegs alle Bevölkerungsteile gleichermaßen Armutsrisiken ausgesetzt sind. So waren sehr junge Leute, Personen ohne Schulabschluß bzw. abgeschlossene Berufsausbildung, Auszubildende, Ausländer und kinderreiche Familien zwei- bis dreimal so häufig von Armut betroffen wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Als mit Abstand am häufigsten von Armut betroffen haben wir jedoch Personen mit sehr niedrigen Einkommen, Arbeitslose sowie Alleinerziehende identifiziert. Diese besonders auffälligen Problemgruppen waren im untersuchten Zeitraum vier- bis fünfmal so häufig wie der Durchschnittsbürger nach unserer Definition arm.

3.5.3 Wie verändert sich der Lebensstandard im Zeitablauf für ausgewählte Subgruppen, und was sind mögliche Erklärungen?

In einem letzten Analyseschritt wollen wir uns noch einmal dem Zusammenhang von Einkommens- und Deprivationsarmut zuwenden. In Abschnitt 3.5.1 haben wir diskutiert, wann ein ausreichender Lebensstandard bei gleichzeitig niedrigem Einkommen (und umgekehrt) plausibel erscheint. Dabei sind wir zu dem Schluß gekommen, daß eine *Kombination* der beiden Informationen – Lebensstandard und Einkommen – zu einer sinnvollen Armutsdefinition führt, die mit den Vorgaben des Armuts- und Reichtumsberichtes und der einschlägigen Literatur vereinbar ist. Gängige Maße für Einkommensarmut hielten wir unter anderem deswegen für unzureichend, weil sie lediglich laufende Einkommen berücksichtigen, nicht aber verfügbare Vermögen, mit Hilfe derer ein gewisser Lebensstandard zumindest zeitweise aufrecht erhalten werden kann. Akute Einkommensarmut geht also nicht unbedingt unmittelbar mit Einschränkungen im Lebensstandard einher, jedoch kann man annehmen, daß eine länger andauernde Phase von Einkommensarmut zunehmende Deprivation bewirkt. Eine entsprechende Längsschnittbetrachtung ist mit Daten des SOEP möglich. Tabelle 21 zeigt dazu das Ausmaß von Deprivation in den Jahren 2001 und 2003 bei Personen, die unterschiedlich lange Phasen von Einkommensarmut aufweisen.

Zunächst fällt auf, daß Personen, die im Jahr 2001 als einkommensarm galten, mit 41,7% in West- und 36,3% in Ostdeutschland mehr als fünf mal so häufig einen unzureichenden Lebensstandard aufwiesen als Personen, die weder 2001 noch im Vorjahr unterhalb der Einkommensgrenze lagen. Der durchschnittliche Deprivationsindex von Einkommensarmen ist dementsprechend 3,6- bis 4 Mal (Ost- bzw. Westdeutschland) so hoch wie bei denjenigen, die 2001 nicht unter Einkommensarmut zu leiden hatten. Bezieht man das Vorjahr ein, so scheint sich tatsächlich zu bestätigen, daß sich niedrige Einkommen zeitversetzt besonders negativ auf den Lebensstandard auswirken. Dies zeigt sich vor allem für Ostdeutschland: Personen, die in den neuen Bundesländern leben und sowohl 2001 als auch bereits im Jahr davor über ein Einkommen unterhalb der ‚50%-Grenze‘ verfügten, hatten zu 57,4% im Jahr 2001 ebenfalls einen unzureichenden Lebensstandard. Westdeutsche betrifft dies in 51,7% der Fälle; das

sind immer noch 10 Prozentpunkte mehr als bei Personen, die nur im Jahr 2001 unterhalb der Einkommensgrenze lagen. Auch der Grad der Deprivation derjenigen, die in zwei aufeinander folgenden Jahren einkommensarm waren, ist leicht erhöht.

Alle diese Tendenzen werden für das Jahr 2003 bestätigt. Zusammenfassend läßt sich daher festhalten, daß ein unzureichender Lebensstandard bei gleichzeitig oder in den Vorjahren in ausreichendem Maße vorhandenen finanziellen Mitteln äußerst selten ist. Im Vergleich dazu trägt akute Einkommensarmut, aber auch länger andauernde Finanznot in erheblichem Ausmaß zu Deprivation bei.

Eine interessante Frage ist schließlich, ob ein unzureichender Lebensstandard nur ein vorübergehendes Phänomen oder dauerhafter Natur ist. Auch diese Frage läßt sich nur mit Panel-daten beantworten, wenngleich mit nur zwei verfügbaren Wiederholungsbefragungen aus dem SOEP (noch) keine differenzierten Analysen möglich sind.¹⁸ Wir unterscheiden daher Personen, die in beiden Wellen einen unzureichenden Lebensstandard aufweisen, von den Personen, bei denen sich entweder der Lebensstandard verbessert oder verschlechtert (vgl. Übersicht 3).

Übersicht 3: Veränderungen des Lebensstandards

		Lebensstandard 2003		Abgrenzung Lebensstandard 2001
		ausreichend	gering	
Lebens- standard 2001	ausreichend	(1) dauerhaft ausreichend	(2) Verschlechterung	max. 2 aus finanziellen Gründen fehlende Items
	gering	(3) Verbesserung	(4) dauerhaft unzureichend	3 und mehr aus finanziellen Gründen fehlende Items
Abgrenzung Lebensstandard 2003		max. 2 aus finanziellen Gründen fehlende Items	3 und mehr aus finanziellen Gründen fehlende Items	

Dabei kann man einerseits die Frage untersuchen, welche sozio-demographischen Gruppen ein überdurchschnittliches Risiko haben, eine Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen zu müssen oder dauerhaft einen unzureichenden Lebensstandard aufzuweisen. Andererseits liegt die Vermutung nahe, daß Veränderungen des Lebensstandards mit bestimmten kritischen Ereignissen im Lebenslauf der betroffenen Personen (Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust, demographische Veränderungen) zusammenhängen.

Wir beginnen zunächst mit der ersten Untersuchungsfrage (vgl. Tabelle 22). Einen dauerhaft unzureichenden Lebensstandard haben insgesamt 8% der Bevölkerung. Ein ebenso großer Anteil muß 2003 eine Verschlechterung des Lebensstandards gegenüber 2001 hinnehmen. Lediglich 4% der Bevölkerung gelingt es innerhalb dieses Zeitraums ihren Lebensstandard zu

¹⁸ Die Datenlage wird sich zukünftig verbessern, wenn das Erhebungsinstrument routinemäßig im SOEP zum Einsatz kommt. Die nächste Erhebung ist für das Jahr 2005 vorgesehen.

verbessern. Unter den dauerhaft deprivierten Personen sind erneut die bereits in Abschnitt 3.5.2 genannten ‚Problemgruppen‘ mit überdurchschnittlichen Anteilen vertreten: Niedrigeinkommensbezieher (29%), Arbeitslose (23%), Alleinerziehende (23%), Personen ohne Schulabschluß (23%) sowie Ausländer (17%). Kinderreiche Familien sind nur mit leicht überdurchschnittlichen Anteilen (12%) vertreten. Niedrigeinkommensbezieher, Arbeitslose und Alleinerziehende sind darüber hinaus mit Anteilen zwischen 18% und 20% auch die Personen, die ein überdurchschnittliches Risiko haben, eine Verschlechterung des Lebensstandards zu erleben. Ganz besonders bemerkenswert ist dabei, daß Arbeitslose und Alleinerziehende im Gegensatz zu allen anderen genannten Gruppen eine nur unwesentlich höhere Chance als der Gesamtdurchschnitt haben, ihren Lebensstandard zu verbessern. Anders ausgedrückt: Während sich in den anderen Gruppen noch ein relativ hohes Maß an Mobilität in und aus defizitären Lebenslagen zeigt, überwiegen für Arbeitslose und Alleinerziehende die Abwärtsbewegungen bis hin zu einem dauerhaften Ausschluß von einem allgemein als notwendig erachteten Lebensstandard.

Tabelle 23 zeigt die Ergebnisse zur zweiten Untersuchungsfrage (kritische Lebensereignisse). Wie man erkennt, steigt das Risiko einer Verschlechterung, vor allem aber das Risiko eines dauerhaft unzureichenden Lebensstandards mit der Häufigkeit von Arbeitslosmeldungen und Einkommensverlusten. 41% der Personen, die in allen drei Jahren 2001-2003 arbeitslos gemeldet waren, sind von dauerhaften Lebensstandarddefiziten betroffen, im Gegensatz zu „nur“ 17% der einmalig arbeitslos gemeldeten. In ähnlicher Weise leben 43% der Personen, die in allen drei Jahren über so niedrige Einkommen verfügten, daß sie unter die Einkommensgrenze fielen, in einer dauerhaft defizitären Lebenslage. Liegen niedrige Einkommen nur in einem Jahr vor, sinkt die Betroffenheit deutlich auf 23%. Schwieriger sind die Wirkungen demographischer Ereignisse zu beurteilen, weil sie im Untersuchungszeitraum seltener als Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut vorkommen und sich daher in einigen Fällen Fallzahlprobleme ergeben. Mit Sicherheit kann man lediglich sagen, daß demographische Ereignisse, die eine Veränderung von Haushaltsgröße und -zusammensetzung zur Folge haben, immer auch mit Veränderungen des Lebensstandards verbunden sind. Unabhängig davon, ob sich der Haushalt durch Heirat, eine neue Partnerschaft oder Geburt eines Kindes vergrößert oder durch Trennung, Scheidung oder Auszug eines Kindes verkleinert, ein dauerhaft ausreichender Lebensstandard ist in diesen Fällen mit sehr viel geringerer Wahrscheinlichkeit (53-73%) zu erwarten als im Gesamtdurchschnitt (80%). In welche Richtung die Veränderungen des Lebensstandards gehen, läßt sich allerdings nicht genau sagen, denn in allen Fällen lassen sich überdurchschnittlich häufig sowohl Verbesserungen als auch Verschlechterungen des Lebensstandards beobachten. Lediglich bei Trennung und Scheidung ist ein leichtes Übergewicht der Verschlechterungen und vor allem überdurchschnittliche Anteile (10-14%) eines dauerhaft unzureichenden Lebensstandards zu erkennen. Diese Beobachtungen sind jedoch angesichts der geringen Fallzahlen mit Vorsicht zu interpretieren.

4 Zusammenfassung

Gegenstand dieser Untersuchung war eine Liste von Dingen und Aktivitäten, mit denen Ernährungsgewohnheiten, die Ausstattung mit (langlebigen) Gütern für Haushalt und persönlichen Bedarf, Wohnungsausstattung und Wohnumfeld, finanzielle Rücklagen und Zahlungsfähigkeit, Bildungs- und Freizeitaktivitäten, Sozialkontakte sowie Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge für eine repräsentative Bevölkerungstichprobe untersucht werden können. Ziel eines solchen Erhebungsinstrumentes ist es, den Lebensstandard der Bevölkerung in möglichst vielen unterschiedlichen Lebensbereichen zu erfassen und zu beschreiben. Auf der Basis dieser Daten soll dann in einem zweiten Schritt geklärt werden, welche Bevölkerungs-

gruppen aus finanziellen Gründen über einen unzureichenden Lebensstandard verfügen. Hierzu muß das Erhebungsinstrument neben der Verfügbarkeit der einzelnen Lebensstandardmerkmale auch die Gründe für ein eventuelles Fehlen erfassen.

Entsprechende Daten liegen aus einer sozialwissenschaftlichen Mehrthemenumfrage aus dem Jahr 1996 (Sozialwissenschaften-Bus), aus den Wohlfahrtssurveys der Jahre 1998 und 1999 sowie seit 2001 auch aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) vor. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde die Analyse auf Personen mit einem Mindestalter von 18 Jahren beschränkt. Weiterhin war eine Differenzierung nach dem Ausländerstatus nicht in allen Jahren möglich, da die ausländische Bevölkerung nur im SOEP im ausreichenden Maße repräsentiert ist. Ansonsten sind die verwendeten Umfragen in Bezug auf Stichprobenanlage und Auswahlverfahren vergleichbar. Leider variiert sowohl die Anzahl als auch die Qualität der in den vier Umfragen erhobenen Lebensstandardmerkmale, so daß besondere methodische Vorkehrungen notwendig waren, um dennoch zu Tendaussagen zu kommen. Sie kontrollieren die Anzahl, nicht jedoch die Qualität der Merkmale. Im einzelnen zeigten sich im Untersuchungszeitraum 1996-2003 folgende Ergebnisse:

- *Notwendiger Lebensstandard:* Insgesamt läßt sich resümieren, daß die Ansichten der Bundesbürger darüber, was zum notwendigen Lebensstandard gehört, im großen und ganzen homogen und zeitlich konstant sind. Nicht ganz unerwartet werden vor allem Dinge, die der Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Hygiene und Wohnen dienen, mehrheitlich und einhellig für unverzichtbar gehalten, gefolgt von Ansprüchen an Kommunikation, Information, Mobilität und finanzielle Absicherung. Dabei ist die Rangfolge trotz leichter Schwankungen der Zahlenwerte über die Zeit stabil geblieben. Eine Ausnahme stellt nur die private Altersvorsorge dar, die zuletzt deutlich in den Vordergrund gerückt ist. Die Meinungen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich kaum, sie scheinen sich im Zeitverlauf sogar angeglichen zu haben. Lediglich für Merkmale eines erweiterten Lebensstandards, die mehrheitlich als eher verzichtbar eingestuft werden, lassen sich deutlichere unterschiedliche Prioritäten verschiedener Gruppen von Befragten feststellen, die allerdings nicht unbedingt dauerhaft zu sein scheinen.
- *Verfügbarer Lebensstandard:* Insgesamt läßt sich festhalten, daß der Verbreitungsgrad vor allem basaler Lebensstandardmerkmale im Untersuchungszeitraum relativ konstant hoch war. Die geringere Verbreitung von Merkmalen, die von der Bevölkerungsmehrheit als nicht so lebensnotwendig eingeschätzt werden, beruht dagegen häufig auf individuellen Präferenzen. Die Versorgung mit grundlegenden Lebensstandardmerkmalen ist dabei in Westdeutschland nur minimal besser als in den neuen Bundesländern, wobei finanzielle Zwänge ebenfalls eine eher untergeordnete Rolle spielen.
- *Aus finanziellen Gründen fehlende Lebensstandardmerkmale:* Unsere Analysen zeigen, daß die Deckung eines Grundbedarfs kaum finanziellen Hindernissen zum Opfer fällt. So mußte 2003 nur maximal 1% der Bevölkerung einen Fernseher, ein Telefon oder jeden zweiten Tag eine warme Mahlzeit mit Fisch oder Fleisch aus finanziellen Gründen entbehren. Auch eine Wohnung in einer guten Gegend bzw. in einem Haus, das in einem guten Zustand ist, fehlt heute in weniger als 5% der Fälle aufgrund finanzieller Schwierigkeiten. Weiterhin sehen sich 7-10% der Westdeutschen nicht in der Lage, ein Auto zu unterhalten, die Wohnung ohne Probleme zu zahlen oder im Durchschnitt einmal im Monat Gäste zu bewirten. Dinge, die einen erheblichen einmaligen finanziellen Aufwand voraussetzen, wie die Anschaffung neuer Möbel oder eine Urlaubsreise, aber auch die Bildung finanzieller Rücklagen, bleiben dagegen etwa einem Fünftel der Bevölkerung verwehrt. Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich kaum in ihren finanziellen Möglichkeiten hinsichtlich ei-

nes grundlegenden Lebensstandards. Differenziert man den Mangel an verschiedenen Lebensstandardmerkmalen nach Erwerbsstatus, Einkommen, Bildung, Haushaltstyp, Alter und Staatsangehörigkeit, zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede. So sind vor allem Arbeitslose, Personen mit sehr niedrigen Einkommen oder geringer Schulbildung, aber auch Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Ausländer sowie sehr junge Leute besonders von Ausstattungsdefiziten betroffen.

- *Bevölkerungsgruppen mit unzureichendem Lebensstandard:* Es zeigt sich, daß weitgehend dieselben Personengruppen, die sich besonders häufig *einzelne* Lebensstandardmerkmale nicht leisten können, oftmals auch auf *mehrere Merkmale gleichzeitig* verzichten müssen. So fehlten Arbeitslosen im Jahr 2001 mit im Mittel 20% der erfragten Items fast dreimal so viele Lebensstandardmerkmale wie dem Bevölkerungsdurchschnitt. Personen mit niedrigen Einkommen oder geringer Schulbildung, Alleinerziehende und Ausländer weisen mit Anteilen zwischen 13% und 17% ein ebenfalls verhältnismäßig hohes Deprivationsniveau auf. Mögliche Veränderungen der Betroffenheit wurden vor allem mit dem Sozio-ökonomischen Panel untersucht, das eine weitgehende Konstanz des Erhebungsinstruments garantiert. Danach ergibt sich zwischen 2001 und 2003 eine Zunahme der Lebensstandarddefizite in allen Bereichen und für alle genannten Gruppen. Der durchschnittliche Zuwachs der aus finanziellen Gründen fehlenden Lebensstandardmerkmale beträgt z.B. bei Personen mit niedrigen Einkommen 5 Prozentpunkte. Ähnliche Zuwächse ergeben sich bei Alleinerziehenden, gering Gebildeten, kinderreichen Familien sowie Personen unter 25 Jahren. Die einzige Ausnahme sind die Arbeitslosen, die – allerdings auf hohem Niveau – nicht ganz so gravierende Einschränkungen hinnehmen müssen wie 2001.
- *Zeitlicher Trend der Deprivation 1996-2003:* Anhand aller verfügbaren Umfragen wurde auch der Versuch unternommen, den langfristigen Trend der Deprivation zu beschreiben. So steigt das Deprivationsniveau in allen Risikogruppen zwischen 1996 und 1998 merklich an, um danach wieder abzusinken. Dabei erreicht der Lebensstandard in der Mehrheit der Fälle im Jahr 2001 in etwa das Niveau von 1996. 2003 ist schließlich erneut eine Zunahme festzustellen. Damit ergeben sich gewisse Parallelen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die in den neunziger Jahren bis 1997 zugenommen und danach bis 2001 abgenommen hat. Seit 2001 verzeichnet die Bundesrepublik wieder steigende Arbeitslosenzahlen. Einschränkung muß aber darauf hingewiesen werden, daß die leichte Zunahme der Deprivation im Jahr 1998 auch damit zusammenhängen kann, daß in diesem Jahr (verglichen mit dem Vorjahr) sehr viel mehr qualitativ hochwertigere Lebensstandardmerkmale abgefragt wurden.
- *Geringes Einkommen und Deprivation:* Insgesamt ist für alle hier untersuchten Datensätze ein eher schwacher statistischer Zusammenhang zwischen Einkommen und Deprivation feststellbar. In Anlehnung an die Literatur und die Armutsdefinition der Europäischen Gemeinschaft aus dem Jahr 1984 werden daher in diesem Gutachten die Personen als arm bezeichnet, die sowohl über ein geringes Einkommen als auch über einen geringen Lebensstandard verfügen, die also in beiden Dimensionen – Einkommen und Lebensstandard – Defizite aufweisen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt nach dieser Definition im Jahr 2003 in gesicherten Verhältnissen: Mit 78-80% sind vier Fünftel weder von niedrigen Einkommen noch von einem unzureichenden Lebensstandard betroffen. Das bedeutet aber auch, daß 22% der Ost- und 20% der Westdeutschen in der einen oder anderen Weise defizitär leben. 4% der westdeutschen und 6% der ostdeutschen Befragten befinden sich 2003 in der besonders prekären Lage, die dieses Gutachten als Armut bezeichnet. Bei diesen Personen zeigen sich sowohl am Ausmaß der Deprivation als auch am Durchschnittseinkommen massive Beeinträchtigungen in der Lebensweise. Die Verteilung von

Einkommens- und Lebensstandarddefiziten ist seit 1996 (in etwa) stabil geblieben. Dabei sind kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellbar. Lediglich 1998 gab es deutlich mehr Menschen in den östlichen Bundesländern in defizitären Lebenslagen.

- *Sozio-demographische Struktur der Armutsrisiken:* Allerdings hat sich gezeigt, daß keineswegs alle Bevölkerungsteile gleichermaßen Armutsrisiken ausgesetzt sind. So waren sehr junge Leute, Personen ohne Schulabschluß bzw. abgeschlossene Berufsausbildung, Auszubildende, Ausländer und kinderreiche Familien zwei- bis dreimal so häufig von Armut betroffen wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Als mit Abstand am häufigsten von Armut betroffen haben wir jedoch Personen mit sehr niedrigen Einkommen, Arbeitslose sowie Alleinerziehende identifiziert. Diese besonders auffälligen Problemgruppen waren im untersuchten Zeitraum vier- bis fünfmal so häufig arm wie der Durchschnittsbürger.
- *Veränderungen des Lebensstandards:* Einen dauerhaft unzureichenden Lebensstandard haben insgesamt 8% der Bevölkerung. Ein ebenso großer Anteil muß 2003 eine Verschlechterung des Lebensstandards gegenüber 2001 hinnehmen. Lediglich 4% der Bevölkerung gelingt es innerhalb dieses Zeitraums ihren Lebensstandard zu verbessern. Unter den dauerhaft deprivierten Personen sind die folgenden Gruppen mit überdurchschnittlichen Anteilen vertreten: Niedrigeinkommensbezieher, Arbeitslose, Alleinerziehende, Personen ohne Schulabschluß sowie Ausländer. Kinderreiche Familien sind nur mit leicht überdurchschnittlichen Anteilen vertreten. Niedrigeinkommensbezieher, Arbeitslose und Alleinerziehende sind darüber hinaus auch die Personen, die ein überdurchschnittliches Risiko haben, eine Verschlechterung des Lebensstandards zu erleben. Bemerkenswert ist dabei, daß Arbeitslose und Alleinerziehende im Gegensatz zu allen anderen genannten Gruppen eine weit geringere Chance haben, ihren Lebensstandard zu verbessern.
- *Effekte kritischer Lebensereignisse:* Die Untersuchung zeigt, daß das Risiko einer Verschlechterung, vor allem aber das Risiko eines dauerhaft unzureichenden Lebensstandards mit der Häufigkeit von Arbeitslosmeldungen und Einkommensverlusten zunimmt. 41% der Personen, die in allen drei Jahren 2001-2003 arbeitslos gemeldet waren, sind von dauerhaften Lebensstandarddefiziten betroffen, im Gegensatz zu „nur“ 17% der einmalig arbeitslos gemeldeten. In ähnlicher Weise leben 43% der Personen, die in allen drei Jahren über so niedrige Einkommen verfügten, daß sie unter die Einkommensgrenze fielen, in einer dauerhaft defizitären Lebenslage. Liegen niedrige Einkommen nur in einem Jahr vor, sinkt die Betroffenheit deutlich auf 23%. Die Wirkungen demographischer Ereignisse sind schwieriger zu beurteilen, weil sie im Untersuchungszeitraum seltener als Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut vorkommen und sich daher teilweise Fallzahlprobleme ergeben. Mit Sicherheit kann man lediglich sagen, daß demographische Ereignisse, die eine Veränderung von Haushaltsgröße und -zusammensetzung zur Folge haben, immer auch mit Veränderungen des Lebensstandards verbunden sind. Unklar bleibt allerdings, ob es dabei vermehrt um Verbesserungen oder Verschlechterungen des Lebensstandards geht. Lediglich bei Trennung und Scheidung ist ein leichtes Übergewicht der Verschlechterungen und vor allem überdurchschnittliche Anteile eines dauerhaft unzureichenden Lebensstandards zu erkennen.

Zusammengefaßt sind daher folgende Gruppen in besonderem Maße von einem unzureichenden Lebensstandard und von Armut betroffen: Personen mit sehr niedrigen Einkommen, Arbeitslose sowie Alleinerziehende. Sie verfügen sowohl über einen unzureichenden Lebensstandard als auch über sehr geringe Einkommen. Für diese Gruppen ist ganz im Sinne der Definition des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung anzunehmen, daß sie „über so geringe [...] Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die

[...] als Minimum annehmbar ist,“ wobei das Minimum hier auf Basis einer Bevölkerungsumfrage bestimmt wurde. Für Arbeitslose und Alleinerziehende kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu: Während sich in den anderen Gruppen noch ein relativ hohes Maß an Mobilität in und aus defizitären Lebenslagen zeigt, überwiegen bei ihnen die Abwärtsbewegungen bis hin zu einem dauerhaften Ausschluß von einem allgemein als notwendig erachteten Lebensstandard.

Danksagung

Die Autoren bedanken sich bei Dr. Jürgen Schupp (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) und Dr. Roland Habich (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin) für die Übermittlung der Daten und für Hilfestellungen bei deren Analyse. Dr. Peter Krause (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) hat die Daten für die Berechnung der Dauer von Einkommensarmut (Abschnitt 3.5) bereitgestellt. Dr. Gero Lipsmeier, der an einem früheren Gutachten beteiligt war und über den Lebensstandardansatz promoviert hat, hat uns trotz der Arbeitsbelastung in seiner neuen Tätigkeit viele hilfreiche Tips gegeben.

Literatur

- Andreß, H.J. / Lipsmeier, G. (2001): Armut und Lebensstandard. In: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn
- Andreß, H.J. / Lipsmeier, G. / Lohmann, H. (2001): Income, expenditure and standard of living as poverty indicators. Different measures, similar results? Schmollers Jahrbuch: Journal of Applied Social Science Studies 121: 165-198
- Böhnke, P. / Delhey, J. (1999): *Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB discussion paper FS III 99-408
- Böhnke, P. / Delhey, J. (2001): Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutsforschung. S. 315-335 in: Barlösius, E. / Ludwig-Mayerhofer, W. (Hrsg.): *Die Armut der Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich
- Böhnke, P. (2002): Lebensstandard. S. 464-473 in: Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (Hrsg.), *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.) 2001: *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn
- Halleröd, B. (1995): The truly poor: direct and indirect consensual measurement of poverty in Sweden. *Journal of European Social Policy* 5: 111-129
- Halleröd, B. (1994): *A New Approach to Direct Measurement of Consensual Poverty, Discussion Paper No. 50, SPRC*. Sydney: University of NSW
- Kangas, O. / Ritakallio, V.-M., 1998: Different methods – different results? Approaches to multidimensional poverty. S. 167-203 in: H.J. Andreß (ed.), *Empirical poverty research in a comparative perspective*. Aldershot: Ashgate
- Lipsmeier, G. (1999): Die Bestimmung des notwendigen Lebensstandards – Einschätzungsunterschiede und Entscheidungsprobleme. *Zeitschrift für Soziologie*, 28, 4: 281-300
- Lipsmeier, G. (2000): *Violdimensionale Armut – Eindimensionale Maße?* Bielefeld: Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, unveröff. Diss.
- Ringen, S. (1988): Direct and indirect measures of poverty. *Journal of Social Policy* 17: 351-365
- Townsend, P. (1979): *Poverty in the United Kingdom. A survey of household resources and standards of living*. Berkeley / Los Angeles: University of California Press
- Townsend, P. (1987): Deprivation. *Journal of Social Policy* 16: 125-146

Tabellen und Anhang zum Gutachten

[Tabelle 1: Was gehört nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard? \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 2: Was gehört nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard? \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 3: Wer hält welche Lebensstandardmerkmale für besonders notwendig? \(in %\)](#)

[Tabelle 4: Verbreitung von Lebensstandardmerkmalen 2001 und 2003 \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 5: Verbreitung von Lebensstandardmerkmalen im zeitlichen Verlauf \(in %\)](#)

[Tabelle 6: Was können sich die Deutschen nicht leisten? \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 7: Was können sich die Deutschen nicht leisten? \(alle Items, Angaben in %\)](#)

[Tabelle 8: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 2001 und 2003 \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 9: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 1999 \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 10: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 1998 \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 11: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 1996 \(Angaben in Prozent\)](#)

[Tabelle 12: Wie viele Lebensstandarditems können sich wie viele Personen nicht leisten?](#)

[Tabelle 13: Soziodemographische Charakteristika von Deprivation](#)

[Tabelle 14: Unzureichender Lebensstandard und Niedrigeinkommen in Deutschland 2003](#)

[Tabelle 15: Unzureichender Lebensstandard und Niedrigeinkommen in Deutschland 1996 bis 2003](#)

[Tabelle 16: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 2003 \(in Prozent\)](#)

[Tabelle 17: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 2001 \(in Prozent\)](#)

[Tabelle 18: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 1999 \(in Prozent\)](#)

[Tabelle 19: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 1998](#)

[Tabelle 20: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 1996](#)

[Tabelle 21: Deprivation und länger andauernde Einkommensarmut](#)

[Tabelle 22: Veränderung des Lebensstandards von 2001 nach 2003 \(in Prozent\)](#)

[Tabelle 23: Veränderung des Lebensstandards und kritische Lebensereignisse \(in Prozent\)](#)

[Anhang](#)

[Tabelle A.1.1: Erhebungsinstrument des Sozio-ökonomischen Panels 2001](#)

[Tabelle A.1.2: Erhebungsinstrument des Wohlfahrtssurveys 1999](#)

[Tabelle A.1.3: Erhebungsinstrument des Wohlfahrtssurveys 1998](#)

[Tabelle A.1.4: Erhebungsinstrument des Sozialwissenschaften-Bus III/1996](#)

[Tabelle A.2: Beschreibung der verwendeten Umfragen](#)

[Tabelle A.3: Verbreitung von Lebensstandardmerkmalen 1999, 1998 und 1996 \(in %\)](#)

Tabelle 1: Was gehört nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard? (Angaben in Prozent)

	Wohlfahrtssurvey 1999				Wohlfahrtssurvey 1998				Sozialwissenschaften-Bus 1996			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	A	B	A	B	A	B	A	B	C	D	C	D
WC & Bad/Dusche*	92	7	88	12	92	7	93	5	81	17	71	27
Waschmaschine	86	13	87	11	88	11	92	7	70	27	67	30
eine warme Mahlzeit am Tag	84	14	79	19	87	11	91	9	71	26	63	32
Telefon	75	22	73	24	74	21	76	19	58	32	45	35
Fernseher	61	31	71	24	59	33	72	22	33	40	38	45
private Altersvorsorge	50	45	42	47	36	52	27	52	-	-	-	-
Auto	46	37	53	29	46	36	61	25	31	30	39	31
eigenes Zi. für jeden im HH	36	58	36	53	48	48	55	39	-	-	-	-
mind. 100 DM/Monat sparen*	31	60	35	56	38	55	43	51	46	43	49	43
Garten, Balkon oder Terrasse*	25	68	24	65	20	68	19	62	18	25	16	27
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	25	60	29	54	29	54	34	51	28	35	34	38
Zeitungsabonnement	24	40	19	42	27	39	34	33	-	-	-	-
regelm. neue Kleidung kaufen*	23	62	22	62	24	64	26	61	12	30	13	33
Freunde zum Essen einladen	16	59	17	59	18	58	17	56	-	-	-	-
Geschirrspülmaschine	16	53	19	45	20	46	12	42	-	-	-	-
abgenutzte Möbel ersetzen*	15	66	18	65	15	70	19	66	11	28	11	29
Computer (PC)	10	33	12	33	14	32	13	36	-	-	-	-
Restaurantbesuch 1x/Monat*	9	58	10	57	12	54	12	54	27	24	18	20
Videorecorder	8	39	11	37	12	41	15	44	9	14	12	19

Anmerkungen: A ‚unbedingt notwendig‘, B ‚wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig‘, aus der Summierung von A und B zu 100 fehlende Prozente entfallen auf die Nennung ‚verzichtbar‘. C ‚unbedingt notwendig‘, D ‚eher notwendig‘, aus der Summierung von C und D zu 100 fehlende Prozente verteilen sich auf die Antworten ‚eher nicht notwendig‘ und ‚überhaupt nicht notwendig‘. * Items sind in Wohlfahrtssurvey und Sowi-Bus unterschiedlich formuliert und daher nur eingeschränkt miteinander vergleichbar (vgl. Anhang A.1).

Quellen: Wohlfahrtssurvey 1998, 1999, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Was gehört nach Ansicht der Bundesbürger zum notwendigen Lebensstandard? (Angaben in Prozent)

Wohlfahrtssurvey 1998	West		Ost		Sozialwissenschaften-Bus 1996	West		Ost	
	A	B	A	B		C	D	C	D
WC & Bad/Dusche	92	7	93	5	Wohnung ohne feuchte Wände	86	14	76	24
Waschmaschine	88	11	92	7	ausreichende Heizung	84	15	77	22
eine warme Mahlzeit am Tag	87	11	91	9	Strom, etc. zahlen können	82	18	78	22
Telefon	74	21	76	19	Bad oder Dusche	81	17	71	27
Fernseher	59	33	72	22	gesund & zureichend ernähren	76	23	68	31
Zahnbehandlung jederzeit möglich	53	43	66	31	Miete problemlos zahlen	76	23	75	24
eigenes Zi. für jeden im HH	48	48	55	39	eine warme Mahlzeit am Tag	71	26	63	32
Auto	46	36	61	25	Waschmaschine	70	27	67	30
mind. 100 DM/Monat sparen	38	55	43	51	Berufsausbildung	63	27	63	31
private Altersvorsorge	36	52	27	52	Telefon	58	32	45	35
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	29	54	34	51	guter Zustand des Hauses	52	42	51	45
Zeitungsabonnement	27	39	34	33	med. Behandlung	51	44	54	42
regelm. neue Kleidung kaufen	24	64	26	61	finanzielle Rücklagen	46	43	49	43
Stereoanlage	22	48	22	47	Geschenke für Freunde/Verwandte	44	42	44	45
Garten, Balkon oder Terrasse	20	68	19	62	Kontakt mit Nachbarn	39	48	39	50
Geschirrspülmaschine	20	46	12	42	Fleisch/Fisch alle 2 Tage	37	37	37	43
Freunde zum Essen einladen	18	58	17	56	Farbfernseher	33	40	38	45
abgenutzte Möbel ersetzen	15	70	19	66	Auto	31	30	39	31
zus. priv. Krankenvers.	14	58	13	50	gute Wohngegend	31	40	35	47
Computer (PC)	14	32	13	36	einwöchige Urlaubsreise/Jahr	28	35	34	38
Videorecorder	12	41	15	44	Alle 2 Wochen abends ausgehen	27	24	18	20
Restaurantbesuch 1x/Monat	12	54	12	54	ein Hobby	26	42	25	42
					mehr auf Qualität als Preis achten	21	47	23	49
					Garten oder Terrasse	18	25	16	27
					neue Kleidung kaufen	12	30	13	33
					abgenutzte Möbel ersetzen	11	28	11	29
					Videorecorder	9	14	12	19

Anmerkungen: A, B und C vgl. Anmerkungen zu Tabelle 1.

Quellen: Wohlfahrtssurvey 1998, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Wer hält welche Lebensstandardmerkmale für besonders notwendig? (in %)*

	Gesamt	< 25 J.	>= 55 J.	hohes Einkommen ¹	Akademiker	Paare mit 3+ Kindern	Paare mit max. 2 Ki.
alle 2 Wochen abends ausgehen ²	25	38	20	31	19	16	29
Videorecorder ²	8	20	5	9	3	5	7
regelm. neue Kleidung kaufen ³	23	39	17	28	19	19	24
abgenutzte Möbel ersetzen ³	15	31	11	20	9	7	16
Computer (PC) ³	10	26	6	17	20	9	11
private Altersvorsorge ³	49	50	48	58	59	48	55
einwöchige Urlaubsreise/Jahr ⁴	30	27	35	41	34	27	30
Auto ³	48	55	46	52	47	59	57
Spülmaschine ³	17	14	19	23	18	32	20
Zeitungsabonnement ⁴	28	20	38	36	34	15	21

Anmerkungen: * Die im Text genannten besonders hohen Häufigkeitswerte sind fett gedruckt. (1) Personen, die der obersten von fünf gleich großen Einkommensklassen (Quintile) angehören. Diese Einkommensklassen basieren auf dem bedarfsgewichteten Pro-Kopf- Einkommen (Gewichtung nach der alten OECD-Skala). (2) Angaben für 1996. (3) Angaben für 1999. (4) Angaben für 1998.

Quellen: Wohlfahrtssurvey 1999, 1998, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 4: Verbreitung von Lebensstandardmerkmalen 2001 und 2003
(Angaben in Prozent)

	vorhanden				fehlend – finanz. Gründe				fehlend – andere Gründe			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003
WC & Bad, Dusche	99	99	97	97	*	*	*	*	*	*	*	*
Farbfernseher	99	98	98	98	0,2	0,3	0,4	0,2	1,2	1,2	1,5	1,8
Telefon	98	98	96	96	0,9	1,2	1,6	2,1	0,8	0,8	1,7	1,6
Wohnung zahlen ¹	95	93	92	93	(0,6)	6,9	(0,5)	7,2	(3,7)	*	(5,6)	*
Fleisch/Fisch alle 2 Tage	91	91	89	89	1,2	1,3	1,2	1,9	7	6,6	8,9	9,2
Garten, Balkon oder Terrasse	90	90	81	83	*	*	*	*	*	*	*	*
gute Wohngegend	88	90	87	88	2,8	3,0	3	2,1	7,4	6,0	8,2	8,5
guter Zustand des Hauses	85	88	83	85	4	4,9	4,5	6,0	8,7	6,2	11,1	7,9
Auto	83	83	78	79	6,4	6,6	6,9	6,9	9,4	9,5	14,1	13,6
finanzielle Rücklagen	78	72	77	70	15,1	22,2	17,1	24,2	3,8	2,8	3,6	3,0
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	64	61	59	56	16,8	21,3	18,2	22,4	16,5	15,8	20,2	18,3
abgenutzte Möbel ersetzen	52	51	45	48	14,5	19,2	20,1	21,4	27,7	25,7	30	26,1
Freunde zum Essen einladen	49	45	43	38	8	9,5	10,3	13,8	38,4	41,4	42,9	44,8

Anmerkungen: Die Anteile vorhandener und fehlender Items lassen sich nicht immer zu 100% aufsummieren, da z. T. keine Angaben über die Gründe für das Fehlen von Merkmalen vorlagen. * Für diese Items ist nur bekannt, ob sie vorhanden sind, nicht, warum sie ggfs. fehlen. (1) Das Item wurde 2001 und 2003 unterschiedlich erhoben (vgl. Abschnitt 2.2). Die Angaben für 2001 sind nicht valide.

Quelle: SOEP 2001, 2003, eigene Berechnungen.

Tabelle 5: Verbreitung von Lebensstandardmerkmalen im zeitlichen Verlauf (in %)

	SOEP 2003		SOEP 2001		Wohlfahrtssurvey 1999		Wohlfahrtssurvey 1998		Sowi-Bus 1996	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
WC & Bad, Dusche	99	97	99	97	99	98	99	97	99	97
Farbfernseher	98	98	99	98	98	98	99	98	97	99
Telefon	98	96	98	96	98	97	97	95	96	82
Wohnung zahlen ¹	93	93	95 ¹	92 ¹	*	*	*	*	93	93
Fleisch/Fisch alle 2 Tage ²	91	89	91	89	97 ²	95 ²	96 ²	95 ²	81	74
Garten, Balkon oder Terrasse ³	90	83	90	81	89	80	87	76	66 ³	51 ³
Gute Wohngegend	90	88	88	87	*	*	*	*	86	81
guter Zustand des Hauses	88	85	85	83	*	*	*	*	93	80
Auto	83	79	83	78	76	74	79	75	79	73
finanzielle Rücklagen ⁴	72	70	78	77	69 ⁴	62 ⁴	71 ⁴	62 ⁴	83	78
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	61	56	64	59	68	57	68	59	69	63
abgenutzte Möbel ersetzen	51	48	52	45	50	40	51	41	50	41
Freunde zum Essen einladen	45	38	49	43	53	39	55	41	*	*

Anmerkungen: (1) Das Item wurde 2001 unzuverlässig erhoben (vgl. Abschnitt 2.2). (2) Im Wohlfahrtssurvey wird gefragt, ob man täglich eine warme Mahlzeit zu sich nehme. (3) Im Sowi-Bus wird nur nach Garten bzw. Terrasse gefragt. (4) Im Wohlfahrtssurvey wird gefragt, ob man mind. 100 DM im Monat sparen könne. * Dieses Merkmal wurde nicht erfragt.

Quellen: SOEP 2001, 2003, Wohlfahrtssurvey 1998 & 1999, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 6: Was können sich die Deutschen nicht leisten? (Angaben in Prozent)

	SOEP 2003		SOEP 2001		Wohlfahrtssurvey 1999		Wohlfahrtssurvey 1998		Sowi-Bus 1996	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Farbfernseher	0,3	0,2	0,2	0,4	0,2	0,5	0,3	0,4	0,6	0,1
Fleisch/Fisch alle 2 Tage ¹	1	2	1	1	1 ¹	0,3 ¹	1 ¹	1 ¹	5	3
Telefon	1	2	1	2	1	2	2	2	2	3
gute Wohngegend	3	2	3	3	*	*	*	*	7	4
guter Zustand des Hauses	5	6	4	5	*	*	*	*	4	4
Wohnung zahlen ²	7	7	(0,6) ²	(0,5) ²	*	*	*	*	5	3
Auto	7	7	6	7	10	10	8	11	7	7
Freunde zum Essen einladen	10	14	8	10	8	15	11	16	*	*
abgenutzte Möbel ersetzen	19	21	15	20	17	25	18	29	16	24
finanzielle Rücklagen ³	22	24	15	17	19 ³	27 ³	19 ³	30 ³	13	14
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	21	22	17	18	13	22	16	21	14	13
Ø Ost-West-Diff. (% Punkte)										
auf Basis von 7 Items ⁴	2,0		1,4		3,9		4,3		2,0	
auf Basis jeweils aller Items ⁵	2,1		1,2		3,6		3,8		1,8	

Anmerkungen: * Dieses Merkmal wurde hier nicht erfragt. (1) Im Wohlfahrtssurvey wird gefragt, ob man mind. eine warme Mahlzeit am Tag zu sich nehme. (2) Das Item wurde 2001 unzuverlässig erhoben (vgl. Abschnitt 2.2). (3) Im Wohlfahrtssurvey wird gefragt, ob man mind. 100 DM im Monat sparen könne. (4) Durchschnittliche Differenz zwischen Ost und West in Prozentpunkten auf Basis der 7 Items, die in allen 4 Umfragen erhoben wurden. (5) Durchschnittliche Differenz zwischen Ost und West in Prozentpunkten auf Basis von 11 Items für 2001 und 2003, 19 Items für 1999, 22 Items für 1998, 27 Items für 1996.

Quellen: SOEP 2001, 2003, Wohlfahrtssurvey 1999 & 1998, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 7: Was können sich die Deutschen nicht leisten? (alle Items, Angaben in %)

	SOEP 2003		SOEP 2001		WS 1999		WS 1998		Sowi-Bus 1996	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Farbfernseher	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
WC & Bad/Dusche*					0	1	1	1	1	0
Kontakt mit Nachbarn									1	1
ausreichende Heizung									1	1
eine warme Mahlzeit am Tag					1	0	1	1	1	1
Fleisch/Fisch alle 2 Tage	1	2	1	1					5	3
Wohnung zahlen ¹	7	7	(1) ¹	(1) ¹					5	3
Waschmaschine					1	2	1	1	1	1
Wohnung ohne feuchte Wände									2	1
Telefon	1	2	1	2	1	2	2	2	2	3
Garten, Balkon oder Terrasse*					2	2	4	5	7	5
Gesund und zureichend ernähren									3	1
Berufsausbildung									3	1
Strom etc. zahlen können									4	2
Geschenke für Freunde/Verwandte									4	2
gute Wohngegend	3	2	3	3					7	4
guter Zustand des Hauses	5	6	4	5					4	4
Videorecorder					6	6	6	7	5	5
Stereoanlage							6	7		
Auto	7	7	6	7	10	10	8	11	7	7
Zeitungsabonnement					6	8	7	8		
eigenes Zi. für jeden im HH					7	9	7	6		
Freunde zum Essen einladen	10	14	8	10	8	15	11	16		
ein Hobby									11	11
Geschirrspülmaschine					10	15	10	18		
Computer (PC)					11	13	10	14		
abgenutzte Möbel ersetzen	19	21	15	20	17	25	18	29	16	24
finanzielle Rücklagen*	22	24	15	17	19	27	19	30	13	14
einwöchige Urlaubsreise /Jahr	21	22	17	18	13	22	16	21	14	13
Restaurantbesuch 1x/Monat*					13	19	17	23	10	13
Regelm. neue Kleidung kaufen					13	22	15	23	14	19
med. Behandlungen							21	23	12	9
eher auf Qualität als Preis achten									18	24
Private Altersvorsorge					19	27	25	35		
zus. private Krankenvers.							26	37		

Anmerkungen: * Items sind in den verschiedenen Surveys unterschiedlich formuliert und daher nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. (1) Das Item wurde 2001 unzuverlässig erhoben (vgl. Abschnitt 2.2).

Quellen: SOEP 2001, 2003, Wohlfahrtssurvey 1998 & 1999, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 8: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 2001 und 2003 (Angaben in Prozent)

	Gesamt		Arbeitslose		niedriges Einkommen ¹		Alleinerziehende		ohne Schulabschluß		Ausländer		Paare mit 3+ Kindern		18-24 Jahre	
	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003	2001	2003
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	17	22	50	47	44	53	40	48	40	39	34	32	30	31	25	33
finanzielle Rücklagen	16	23	43	48	38	51	35	49	37	41	31	37	27	40	23	34
abgenutzte Möbel ersetzen	16	20	39	38	37	44	33	37	30	38	26	30	23	27	24	29
Freunde zum Essen einladen	8	10	30	26	24	29	20	25	17	19	13	12	11	12	12	15
Auto	7	7	24	18	19	23	18	20	17	17	15	15	5	4	11	12
guter Zustand des Hauses	4	5	10	10	11	12	11	13	9	16	11	9	7	9	6	7
gute Wohngegend	3	3	8	6	8	8	7	7	6	13	10	9	5	6	5	4
Telefon	1	1	6	5	5	5	4	5	2	5	4	3	1	0,1	2	4
Fleisch/Fisch alle 2 Tage	1	1	5	4	4	5	4	4	6	4	3	1	1	1	2	2
Wohnung zahlen ²	(0,6) ²	7	(1,6) ²	15	(1) ²	16	(3) ²	16	(0,6) ²	13	(0,6) ²	13	(1) ²	10	(0,5) ²	8
Fernseher	0,2	0,3	1,5	0,5	0,7	1,3	0,2	0,3	0,3	0,0	0,4	0,5	0	0,8	0,3	0,6
Ungew. arithmetisches Mittel	7	9	20	20	17	22	16	20	15	19	13	15	10	13	10	14
Differenz 2003-2001		2		0		5		4		4		1		3		3

Anmerkungen: (1) Personen, die der untersten von fünf gleich großen Einkommensklassen (Quintile) angehören. Diese Einkommensklassen basieren auf dem bedarfsgewichteteten Pro-Kopf-Einkommen (Gewichtung nach der alten OECD-Skala). (2) Das Item wurde 2001 unzuverlässig erhoben (vgl. Abschnitt 2.2).

Quelle: SOEP 2001, 2003, eigene Berechnungen.

Tabelle 9: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 1999 (Angaben in Prozent)

	Gesamt	Arbeitslose	niedriges Einkommen ¹	Alleinerziehende	ohne Berufsausbildung	ohne Schulabschluß	Paare mit 3+ Kindern	18-24 Jahre
100 DM/Monat sparen	21	46	51	48	35	29	24	40
private Altersvorsorge	21	45	52	42	35	35	32	40
abgenutzte Möbel ersetzen	19	48	41	48	27	27	22	26
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	15	46	36	40	29	31	23	21
Restaurantbesuch 1x/Monat	15	39	36	38	27	24	22	16
neue Kleidung kaufen	14	43	37	42	23	24	19	18
PC	11	24	26	34	17	17	15	17
Spülmaschine	11	23	27	29	24	22	9	19
Auto	10	26	30	30	25	24	5	22
Freunde zum Essen einladen	9	27	21	18	18	19	18	15
eigenes Zi. für jeden im HH	7	14	13	16	12	14	16	8
Zeitungsabonnement	6	21	22	29	12	12	4	13
Videorecorder	6	11	16	17	12	10	1	14
Garten, Balkon, Terrasse	2	9	8	0,8	6	6	2	3
Telefon	1	3	4	7	2	0,6	0	1
Waschmaschine	1	0,4	3	0	1	0	0	3,5
eine warme Mahlzeit am Tag	0,7	1	0,4	0	0,7	2	0	1,4
Fernseher	0,4	0,4	1	0	0,5	0,5	0	2,4
WC & Bad oder Dusche	0,3	0,8	2	0	0,4	0,3	0	0,2

Anmerkungen: (1) Personen, die der untersten von fünf gleich großen Einkommensklassen (Quintile) angehören. Diese Einkommensklassen basieren auf dem bedarfsgewichteteten Pro-Kopf-Einkommen (Gewichtung nach der alten OECD-Skala).

Quelle: Wohlfahrtssurvey 1999, eigene Berechnungen.

Tabelle 10: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 1998 (Angaben in Prozent)

	Gesamt	Arbeitslose	niedriges Einkommen ¹	Alleinerziehende	ohne Berufsausbildung	ohne Schulabschluß	Paare mit 3+ Kindern	18-24 Jahre	Azubi
zus. Private Krankenvers.	28	62	75	53	43	46	42	42	41
private Altersvorsorge	27	62	75	53	44	46	38	48	43
private Zahnbehandlung	22	49	63	37	35	33	34	34	28
100 DM/Monat sparen	21	64	82	55	36	39	33	40	50
abgenutzte Möbel ersetzen	20	48	64	49	30	43	31	28	29
neue Kleidung kaufen	17	46	53	37	27	40	27	20	25
Restaurantbesuch 1x/Monat	17	44	62	43	26	36	32	24	19
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	16	52	62	50	29	41	35	25	21
Freunde zum Essen einladen	12	35	47	32	17	18	14	16	12
Spülmaschine	12	32	56	26	19	24	16	19	14
PC	11	28	51	32	19	25	19	20	14
Auto	9	30	48	29	21	24	10	22	24
Zeitungsabonnement	7	30	53	29	13	25	16	9	6
eigenes Zi. für jeden im HH	7	12	24	16	8	7	31	7	8
Stereoanlage	6	17	38	12	14	22	5	7	3
Videorecorder	6	16	32	13	14	18	2	10	9
Garten, Balkon, Terrasse	4	10	14	10	7	11	4	4	4
Telefon	2	10	20	3	4	8	4	4	1
Waschmaschine	1	4	10	1	4	6	0	4	5
eine warme Mahlzeit am Tag	1	2	6,5	1,3	3	1	1	2	4
WC & Bad oder Dusche	0,6	2	7	1,3	1	0	0	0	3
Fernseher	0,3	0,7	3	1,3	1	0	0	1	1,6

Anmerkungen: (1) Personen, die der untersten von fünf gleich großen Einkommensklassen (Quintile) angehören. Diese Einkommensklassen basieren auf dem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (Gewichtung nach der alten OECD-Skala). Quelle: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnungen.

Tabelle 11: Was können sich die Deutschen nicht leisten? Besonders betroffene Gruppen 1996 (Angaben in Prozent)

	Gesamt	Arbeitslose	niedriges Einkommen ¹	Alleinerziehende	ohne Berufsausbildung	ohne Schulabschluß	Paare mit 3+ Kindern	18-24 Jahre	Azubi
eher Qualität statt Preis	19	37	42	48	33	43	38	26	25
abgenutzte Möbel ersetzen	18	38	36	41	29	39	34	27	23
neue Kleidung kaufen	15	37	32	52	28	45	23	20	17
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	14	38	33	50	27	39	23	16	13
finanzielle Rücklagen	13	33	31	47	20	39	28	27	29
alle 2 Wochen ausgehen	11	35	27	25	18	22	21	7	4
private med. Behandlung	11	24	27	28	26	39	24	14	9
ein Hobby	11	30	29	47	24	32	23	15	8
Auto	7	18	20	35	15	20	14	14	15
Garten, Terrasse	7	12	12	15	10	7	13	14	8
gute Wohngegend	6	9	12	11	13	22	9	8	7
Videorecorder	5	15	10	18	10	13	7	5	4
Wohnung zahlen	4	16	14	26	11	17	9	7	4
Fleisch/Fisch alle 2 Tage	4	14	12	11	10	16	17	5	5
Strom, etc. zahlen können	4	14	12	26	9	18	11	6	2
guter Zustand des Hauses	4	9	11	6	10	15	4	5	3
Geschenke für Freunde/Familie	4	10	10	7	9	11	5	3	1
gesund & zureichend ernähren	3	6	8	11	6	6	3	2	1
Berufsausbildung	3	7	8	9	11	6	3	2	0
Telefon	2	7	5	4	4	15	3	4	3
Wohnung ohne feuchte Wände	1,4	3	3	7	3	8	6	3	1
ausreichend Heizung	1	4	3	2	3	7	1	2	0
eine warme Mahlzeit am Tag	1	6	3	2	2	3	1	2	2,5
Waschmaschine	1	3,5	1	1,5	1	3	0,3	3	2
Kontakt mit Nachbarn	1	0,5	2	0	3	3	4	1	0
Fernseher	0,5	3	2	0,6	1	0,6	0	2	1

Anmerkungen: (1) Personen, die der untersten von fünf gleich großen Einkommensklassen (Quintile) angehören. Diese Einkommensklassen basieren auf dem bedarfsgewichteten Pro-Kopf- Einkommen (Gewichtung nach der alten OECD-Skala). Quelle: Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Wie viele Lebensstandarditems können sich wie viele Personen nicht leisten?

Anzahl	SOEP 2003		SOEP 2001		WS 1999		WS 1998		Sowi-Bus 1996	
	%	kum. %	%	kum. %	%	kum. %	%	kum. %	%	kum. %
0	61,4	61,4	69,2	69,2	57,0	57,0	50,1	50,1	59,8	59,8
1	13,7	75,0	11,1	80,3	10,5	67,6	9,6	59,7	10,7	70,5
2	9,3	84,4	7,3	87,6	7,3	74,8	7,4	67,1	7,2	77,6
3	5,7	90,1	5,0	92,7	6,4	81,3	5,9	73,0	5,0	82,6
4	4,6	94,7	3,3	96,0	4,3	85,6	5,1	78,1	3,9	86,5
5	3,1	97,8	1,7	97,7	3,4	89,0	4,2	82,3	2,3	88,8
6	1,3	99,1	0,9	98,6	2,7	91,8	3,6	85,8	2,6	91,4
7	0,6	99,7	0,3	99,0	2,4	94,2	2,9	88,7	2,0	93,4
8	0,2	99,9	1,0	100	1,3	95,5	2,5	91,2	1,9	95,2
9	0,1	100	0,0	100	1,4	96,9	2,2	93,3	1,1	96,4
10	0,0	100	0,0	100	1,1	98,0	1,9	95,3	1,1	97,4
11	0,0	100	0,0	100	1,0	99,0	1,3	96,5	0,5	98,0
12					0,5	99,5	1,2	97,7	0,4	98,4
13					0,3	99,8	1,1	98,8	0,4	98,8
14					0,1	99,9	0,5	99,3	0,1	98,9
15					0,1	100	0,4	99,7	0,2	99,1
16					0,0	100	0,1	99,8	0,3	99,5
17					0,0	100	0,1	99,9	0,3	99,8
18					0,0	100	0,0	99,9	0,2	99,9
19					0,0	100	0,0	99,9	0,0	99,9
20							0,0	99,9	0,0	100
21							0,0	99,9	0,0	100
22							0,1	100	0,0	100
23-27									0,0	100
Ø Anzahl ¹	1,0		0,7		1,7		2,4		1,7	
Ø Anteil ²	9%		7%		9%		11%		6%	
9. Dezil ³	27,1%		22,5%		28,2%		34,2%		20,2%	

Anmerkungen: (1) durchschnittliche Anzahl (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items. (2) durchschnittlicher Anteil (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items an allen jeweils erfragten Items, variiert zwischen 0 und 100. (3) Anteil aus finanziellen Gründen fehlender Items an allen jeweils erfragten Items, der 90% der Befragten maximal fehlt (s. Text).

Quellen: SOEP 2001, 2003, Wohlfahrtssurvey 1999, 1998, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 13: Soziodemographische Charakteristika von Deprivation

	SOEP 2003		SOEP 2001		WS 99		WS 98		Sowi-Bus 96	
	Index ¹	Anz. ²	Index	Anz.	Index	Anz.	Index	Anz.	Index	Anz.
Insgesamt	9	1,0	7	0,7	9	1,7	11	2,4	6	1,7
<i>Region</i>										
Westdeutschland	9	1,0	6	0,7	8	1,6	10	2,3	6	1,7
Ostdeutschland	10	1,1	8	0,8	12	2,2	14	3,1	6	1,7
<i>Geschlecht</i>										
Frauen	9	1,0	7	0,8	11	2	12	2,7	6	1,7
Männer	9	1,0	6	0,7	7	1,4	10	2,2	6	1,6
<i>Staatsangehörigkeit</i>										
Deutsch	8	0,9	6	0,7	3	3	4	4	5	5
Andere	14	1,6	13	1,5	3	3	4	4	5	5
<i>Alter</i>										
18-24 Jahre	13	1,5	10	1,1	15	2,8	17	3,7	9	2,4
25-54 Jahre	10	1,1	7	0,8	8	1,6	11	2,4	6	1,7
55-64 Jahre	7	0,8	6	0,6	7	1,4	8	1,9	5	1,4
65 Jahre und älter	5	0,5	4	0,4	9	1,8	11	2,3	6	1,7
<i>Schulbildung</i>										
ohne Schulabschluß	19	2,0	15	1,6	16	3	23	5,1	18	4,9
Haupt-/Volksschule	9	1,0	7	0,7	11	2	13	2,9	7	2
Realschule/mittlere Reife	8	0,9	6	0,6	8	1,5	10	2,2	4	1,1
Fachhoch-/Fachoberschule	7	0,8	5	0,6	5	1	8	1,7	6	1,7
Abitur	6	0,7	4	0,4	6	1,2	7	1,6	4	1
<i>Berufsausbildung</i>										
kein Abschluß/angelernt	12	1,3	9	1	16	3	18	4	12	3,3
Lehre/Berufsfachschule	8	0,9	6	0,7	8	1,6	11	2,4	5	1,3
Meister/Techniker/FH	6	0,6	4	0,4	4	0,7	4	1	4	1
Hochschule	4	0,5	4	0,4	4	0,7	5	1,1	2	0,4
<i>Erwerbsstatus</i>										
voll erwerbstätig	7	0,8	5	0,6	7	1,4	8	1,8	4	1,1
teilzeit erwerbstätig	8	0,9	6	0,6	7	1,4	11	2,3	5	1,4
in Ausbildung	13	1,5	9	1	15	2,9	16	3,5	7	1,9
arbeitslos	20	2,1	20	2,2	22	4,2	29	6,5	16	4,3
nicht erwerbstätig	7	0,8	5	0,6	9	1,7	11	2,4	7	1,8
<i>Einkommen</i>										
Unterstes Fünftel	22	2,4	17	1,9	22	4,2	43	9,4	15	4
zweites Fünftel	12	1,3	8	0,9	11	2	22	4,8	7	1,8
drittes Fünftel	7	0,8	4	0,5	8	1,4	9	1,9	6	1,6
viertes Fünftel	5	0,5	3	0,3	5	0,9	4	1	4	1
oberstes Fünftel	3	0,3	2	0,2	2	0,5	2	0,4	2	0,5
<i>Haushaltstyp</i>										
Einpersonen-Haushalte	11	1,2	9	1	13	2,5	15	3,3	9	2,4
(Ehe-) Paare ohne Kinder	6	0,6	4	0,4	7	1,2	8	1,7	5	1,3
Alleinerziehende	20	2,2	16	1,7	23	4,4	26	5,8	20	5,3
Paare mit bis zu 2 Kindern	8	0,9	6	0,6	7	1,4	9	2,1	6	1,6
Paare mit 3+ Kindern	13	1,4	10	1,1	11	2,1	18	3,9	12	3,2

Anmerkungen: (1) Index = Durchschnittlicher Anteil (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items an allen jeweils erfragten Items, variiert zwischen 0 und 100. (2) Durchschnittliche Anzahl (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items. (3) Im Wohlfahrtssurvey 1999 gibt es nur Angaben über die Staatsangehörigkeit der Eltern zum Zeitpunkt der Geburt des Befragten. (4) Im Wohlfahrtssurvey 1998 wurden nur sehr wenige Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit befragt. (5) Für den Sowi-Bus III/1996 wurden nur deutsche Staatsangehörige befragt.

Quellen: SOEP 2001, 2003, Wohlfahrtssurvey 1999, 1998, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 14: Unzureichender Lebensstandard und Niedrigeinkommen in Deutschland 2003

	Armut		geringer Lebensstandard ausreichendes Einkommen		niedriges Einkommen ausreichender Lebensstandard		keine Defizite	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Anteil (%)	4	6	12	12	4	4	80	78
Index ¹	42	43	37	36	8	9	3	3
Items ²	4,6	4,8	4,1	3,9	0,8	1,0	0,3	0,4
Einkommen ³	446	457	954	835	479	464	1448	1185

Anmerkungen: (1) Index = Durchschnittlicher Anteil (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items an allen elf erfragten Items, variiert zwischen 0 und 100. (2) Durchschnittliche Anzahl (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items. (3) In Euro, bedarfsgewichtetes Pro-Kopf- Einkommen (Gewichtung nach der alten OECD-Skala).
Quelle: SOEP 2003, eigene Berechnungen.

**Tabelle 15: Unzureichender Lebensstandard und Niedrigeinkommen in Deutschland
1996 bis 2003**

	SOEP 2003		SOEP 2001		WS 1999		WS 1998		Sowi-Bus 1996	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Armut (unzureichender Lebensstandard <i>und</i> niedriges Einkommen)										
Anteil	4	6	3	4	3	2	5	9	3	4
Index ¹	42	43	41	42	47	44	55	50	43	32
Items ²	4,6	4,8	4,5	4,7	9	8,3	12,2	11,1	11,5	8,5
Einkommen ³	446	457	438	450	496	505	457	459	392	423
niedriges Einkommen, ausreichender Lebensstandard										
Anteil	4	4	4	5	4	7	4	8	4	6
Index ¹	8	9	7	8	11	13	18	19	4	8
Items ²	0,8	1,0	0,8	0,9	2,1	2,4	3,8	4,1	1,2	2
Einkommen ³	479	464	450	471	490	506	500	482	424	439
geringer Lebensstandard, ausreichendes Einkommen										
Anteil	12	12	8	10	9	9	8	9	10	7
Index ¹	37	36	35	34	43	45	46	44	32	28
Items ²	4,1	3,9	3,9	3,7	8,1	8,5	10,1	9,7	8,6	7,7
Einkommen ³	954	835	971	768	1062	916	930	864	876	794
keine Defizite										
Anteil	80	78	85	81	84	81	84	75	83	84
Index ¹	3	3	2	3	4	7	6	7	3	3
Items ²	0,3	0,4	0,3	0,3	0,7	1,4	1,3	1,6	0,7	0,9
Einkommen ³	1448	1185	1319	1077	1442	1142	1360	1097	1172	937

Anmerkungen: (1) Index = Durchschnittlicher Anteil (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items an allen jeweils erfragten Items, variiert zwischen 0 und 100. (2) Durchschnittliche Anzahl (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items. (3) In Euro, bedarfsgewichtetes Pro-Kopf- Einkommen (Gewichtung nach der alten OECD-Skala).
Quellen: SOEP 2001, 2003, Wohlfahrtssurvey 1999, 1998, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 16: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 2003 (in Prozent)

	Armut		geringer Lebensstandard		niedriges Einkommen		keine Defizite	
	%	n	%	n	%	n	%	n
Gesamt	5	783	12	2054	4	630	80	14515
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	5	444	12	1091	4	320	79	7499
Männer	4	339	12	963	4	310	80	7016
<i>Staatsangehörigkeit</i>								
deutsch	4	631	12	1781	3	503	81	13572
andere	12	152	18	273	10	127	59	943
<i>Alter</i>								
18-24 Jahre	9	151	17	285	8	129	66	1284
25-54 Jahre	5	500	14	1290	4	338	77	7791
55-64 Jahre	3	76	11	286	2	70	84	2326
65 Jahre und älter	2	56	6	193	3	93	89	3114
<i>Schulbildung</i>								
ohne Schulabschluß	18	69	18	90	13	45	51	242
Haupt-/Volksschule	4	280	13	793	4	224	79	5300
Realschule/mittlere Reife	3	184	12	599	3	169	81	4334
Fachhoch-/Fachoberschulreife	2	12	9	66	3	14	86	689
Abitur	2	50	8	221	2	51	88	2631
<i>Berufsausbildung</i>								
kein Abschluß/angelernt	9	298	15	494	6	200	70	2378
Lehre/Berufsfachschule	3	344	12	1201	3	313	82	9037
Meister/Techniker/FH	2	8	7	59	1	10	90	858
Hochschule	1	10	6	52	1	8	92	1006
<i>Erwerbsstatus</i>								
voll erwerbstätig	1	104	11	763	2	153	85	6115
teilzeit erwerbstätig	3	47	12	236	4	53	81	1465
in Ausbildung	9	120	18	216	7	97	66	1002
arbeitslos	19	297	23	344	6	102	53	915
nicht erwerbstätig	4	201	9	478	4	212	84	4856
<i>Einkommen</i>								
unterstes Fünftel	27	783	20	549	22	630	31	958
zweites Fünftel	0	0	23	727	0	0	77	2683
Drittes Fünftel	0	0	12	437	0	0	88	3676
viertes Fünftel	0	0	7	260	0	0	93	3679
oberstes Fünftel	0	0	2	81	0	0	98	3519
<i>Haushaltstyp</i>								
Einpersonnen-Haushalte	4	98	18	433	3	65	76	1928
(Ehe-) Paare ohne Kinder	2	133	7	454	2	105	89	5336
Alleinerziehende	16	137	27	234	4	47	53	519
Paare mit bis zu 2 Kindern	3	207	11	738	4	266	81	5406
Paare mit 3 und mehr Kindern	14	172	10	149	13	111	63	912

Quelle: SOEP 2003, eigene Berechnungen.

Tabelle 17: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 2001 (in Prozent)

	Armut		geringer Lebensstandard		niedriges Einkommen		keine Defizite	
	%	n	%	n	%	n	%	n
Gesamt	4	721	9	1661	4	888	84	16970
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	4	406	8	876	4	454	84	8744
Männer	3	315	9	785	4	434	84	8226
<i>Staatsangehörigkeit</i>								
deutsch	3	547	8	1389	4	697	86	15714
andere	11	174	13	272	12	191	64	1256
<i>Alter</i>								
18-24 Jahre	7	138	11	239	9	160	73	1595
25-54 Jahre	4	438	10	1003	4	505	82	9415
55-64 Jahre	3	85	8	247	3	119	86	2780
65 Jahre und älter	2	60	5	172	3	104	91	3180
<i>Schulbildung</i>								
ohne Schulabschluß	12	32	16	44	10	24	62	143
Haupt-/Volksschule	3	274	9	704	4	354	84	6627
Realschule/mittlere Reife	3	149	7	420	3	209	87	4895
Fachhoch-/Fachoberschulreife	2	19	7	46	3	20	88	694
Abitur	1	48	5	157	3	94	91	2987
<i>Berufsausbildung</i>								
kein Abschluß/angelernt	7	291	10	494	7	303	76	3110
Lehre/Berufsfachschule	3	305	8	910	3	418	86	10087
Meister/Techniker/FH	3	21	4	54	2	27	92	1113
Hochschule	2	29	4	67	4	55	91	1504
<i>Erwerbsstatus</i>								
voll erwerbstätig	1	107	8	610	2	228	89	7501
teilzeit erwerbstätig	2	43	8	159	4	68	86	1651
in Ausbildung	7	107	11	176	10	144	72	1200
arbeitslos	18	217	22	224	10	135	49	659
nicht erwerbstätig	4	242	7	481	4	299	86	5870
<i>Einkommen</i>								
unterstes Fünftel	19	721	16	666	22	888	43	1761
zweites Fünftel	0	0	14	573	0	0	86	3851
Drittes Fünftel	0	0	6	233	0	0	95	4073
viertes Fünftel	0	0	4	126	0	0	96	3867
oberstes Fünftel	0	0	3	63	0	0	97	3418
<i>Haushaltstyp</i>								
Einpersonen-Haushalte	4	98	14	363	3	98	79	2192
(Ehe-) Paare ohne Kinder	1	104	5	339	2	122	92	5867
Alleinerziehende	14	132	15	178	7	75	64	622
Paare mit bis zu 2 Kindern	2	186	7	560	4	325	87	6653
Paare mit 3 und mehr Kindern	10	153	10	168	13	188	68	1064

Quelle: SOEP 2001, eigene Berechnungen.

Tabelle 18: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 1999 (in Prozent)

	Armut		geringer Lebensstandard		niedriges Einkommen		keine Defizite	
	%	n	%	n	%	n	%	n
Gesamt	3	47	9	144	5	78	84	1375
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	4	30	10	87	6	51	81	696
Männer	2	16	7	57	3	27	87	679
<i>Alter</i>								
18-24 Jahre	7	11	15	24	11	17	68	106
25-54 Jahre	2	21	8	72	5	41	85	769
55-64 Jahre	2	5	6	16	4	10	88	218
65 Jahre und älter	3	10	10	32	3	11	84	282
<i>Schulbildung</i>								
ohne Schulabschluß	11	9	12	9	1	1	75	57
Haupt-/Volksschule	4	25	12	77	4	22	81	526
Realschule/mittlere Reife	1	7	8	43	6	34	85	485
Fachhoch-/Fachoberschulreife	0	0	2	1	11	7	88	59
Abitur	2	5	5	12	5	13	88	223
<i>Berufsausbildung</i>								
kein Abschluß/angelernt	9	23	18	45	5	13	67	167
Lehre/Berufsfachschule	1	13	9	80	4	37	86	795
Meister/Techniker/FH	1	2	1	1	4	9	95	227
Hochschule	1	1	3	3	7	8	89	102
<i>Erwerbsstatus</i>								
voll erwerbstätig	1	8	8	52	3	20	88	609
teilzeit erwerbstätig	1	2	7	15	5	11	87	183
in Ausbildung	12	6	14	7	7	4	67	35
arbeitslos	12	10	22	18	19	16	47	39
nicht erwerbstätig	3	19	8	48	5	27	84	483
<i>Einkommen</i>								
unterstes Fünftel	15	47	16	48	26	78	44	133
zweites Fünftel	0	0	11	36	0	0	89	301
drittes Fünftel	0	0	11	38	0	0	90	323
viertes Fünftel	0	0	5	13	0	0	95	272
oberstes Fünftel	0	0	2	9	0	0	98	346
<i>Haushaltstyp</i>								
Einpersonen-Haushalte	6	18	14	39	10	28	71	203
(Ehe-) Paare ohne Kinder	1	7	7	38	2	11	90	490
Alleinerziehende	18	6	22	7	13	4	47	16
Paare mit bis zu 2 Kindern	3	9	4	12	5	17	89	299
Paare mit 3 und mehr Kindern	3	2	9	5	5	3	84	52

Quelle: Wohlfahrtssurvey 1999, eigene Berechnungen.

Tabelle 19: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 1998

	Armut		geringer Lebensstandard		niedriges Einkommen		keine Defizite	
	%	n	%	n	%	n	%	n
Gesamt	5	97	8	147	5	88	82	1531
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	5	47	9	85	6	56	81	791
Männer	6	51	7	62	4	33	84	740
<i>Alter</i>								
18-24 Jahre	10	16	13	20	10	15	67	105
25-54 Jahre	5	57	7	77	4	44	83	870
55-64 Jahre	4	11	6	17	3	9	88	255
65 Jahre und älter	4	13	9	34	6	21	82	301
<i>Schulbildung</i>								
ohne Schulabschluß	22	10	18	8	0	0	60	26
Haupt-/Volksschule	6	45	10	77	5	40	80	632
Realschule/mittlere Reife	5	30	7	37	4	23	84	480
Fachhoch-/Fachoberschulreife	5	4	4	3	4	3	87	72
Abitur	2	6	5	19	6	19	87	305
<i>Berufsausbildung</i>								
kein Abschluß/angelernt	10	40	14	56	8	31	68	269
Lehre/Berufsfachschule	5	49	7	71	5	46	83	838
Meister/Techniker/FH	2	3	3	5	1	1	94	155
Hochschule	1	2	3	5	4	8	91	157
<i>Erwerbsstatus</i>								
voll erwerbstätig	1	7	6	40	3	22	90	650
teilzeit erwerbstätig	3	5	8	12	6	8	83	119
in Ausbildung	7	6	12	10	15	12	66	55
arbeitslos	30	38	15	18	8	10	47	59
nicht erwerbstätig	5	42	8	64	5	36	82	644
<i>Einkommen</i>								
unterstes Fünftel	62	43	0	0	38	27	0	0
Zweites Fünftel	9	54	16	94	11	62	63	363
drittes Fünftel	0	0	7	44	0	0	93	622
viertes Fünftel	0	0	2	7	0	0	98	367
oberstes Fünftel	0	0	1	2	0	0	99	179
<i>Haushaltstyp</i>								
Einpersonen-Haushalte	7	26	13	51	8	32	72	283
(Ehe-) Paare ohne Kinder	3	17	5	32	2	12	90	556
Alleinerziehende	30	12	11	4	9	4	51	20
Paare mit bis zu 2 Kindern	4	15	5	19	3	11	87	308
Paare mit 3 und mehr Kindern	15	10	8	5	16	11	62	43

Quelle: Wohlfahrtssurvey 1998, eigene Berechnungen.

Tabelle 20: Soziodemographische Charakteristika von Armutstypen 1996

	Armut		geringer Lebensstandard		niedriges Einkommen		keine Defizite	
	%	n	%	n	%	n	%	n
Gesamt	3	64	9	179	4	82	83	1621
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	4	38	9	94	6	58	82	844
Männer	3	27	9	84	3	24	85	777
<i>Alter</i>								
18-24 Jahre	4	6	15	23	8	13	73	115
25-54 Jahre	4	40	9	94	4	45	83	864
55-64 Jahre	2	9	7	25	4	13	87	316
65 Jahre und älter	2	9	10	37	3	12	85	327
<i>Schulbildung</i>								
ohne Schulabschluß	16	10	28	17	2	1	54	33
Haupt-/Volksschule	4	35	11	103	4	42	81	766
Realschule/mittlere Reife	1	7	6	28	3	13	89	399
Fachhoch-/Fachoberschulreife	5	11	7	15	6	12	82	178
Abitur	1	2	5	12	5	12	90	224
<i>Berufsausbildung</i>								
kein Abschluß/angelernt	9	32	15	57	6	21	70	259
Lehre/Berufsfachschule	2	22	8	90	4	46	86	976
Meister/Techniker/FH	1	1	6	10	1	2	91	147
Hochschule	1	1	1	2	2	2	96	106
<i>Erwerbsstatus</i>								
voll erwerbstätig	1	6	7	56	1	8	91	697
teilzeit erwerbstätig	5	5	7	8	5	6	83	96
in Ausbildung	2	2	7	6	13	11	77	64
arbeitslos	17	21	17	21	10	13	56	70
nicht erwerbstätig	4	29	10	83	5	42	81	673
<i>Einkommen</i>								
unterstes Fünftel	16	64	15	58	21	82	48	186
zweites Fünftel	0	0	12	46	0	0	88	323
drittes Fünftel	0	0	11	45	0	0	89	381
viertes Fünftel	0	0	5	19	0	0	95	346
oberstes Fünftel	0	0	3	11	0	0	97	386
<i>Haushaltstyp</i>								
Einpersonen-Haushalte	3	11	13	54	4	18	80	334
(Ehe-) Paare ohne Kinder	2	11	8	51	2	10	89	578
Alleinerziehende	34	8	17	4	13	3	36	8
Paare mit bis zu 2 Kindern	3	11	10	37	4	13	84	311
Paare mit 3 und mehr Kindern	13	7	13	7	20	11	54	29

Quelle: Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.

Tabelle 21: Deprivation und länger andauernde Einkommensarmut

Einkommensarmut	West		Ost	
	Index ¹	Anteil in % ²	Index ¹	Anteil in % ²
Deprivation 2001				
in keinem Jahr	5	7,3	5	7,1
im aktuellen Jahr (2001)	20	41,7	18	36,3
im aktuellen und im Vorjahr (2001 & 2000)	25	51,7	27	57,4
Deprivation 2003				
in keinem Jahr	6	10,5	6	10,4
im aktuellen Jahr (2003)	23	51,0	23	45,9
im aktuellen und im Vorjahr (2003 & 2002)	26	58,3	32	68,5

Anmerkungen: (1) Index = Durchschnittlicher Anteil (arithm. Mittel) aus finanziellen Gründen fehlender Items an allen elf erfragten Items, variiert zwischen 0 und 100. (2) Anteil Personen mit unzureichendem Lebensstandard, d.h. mindestens drei fehlenden Items (vgl. Abschnitt 2).

Quellen: SOEP 2000-2003, eigene Berechnungen.

Tabelle 22: Veränderung des Lebensstandards von 2001 nach 2003 (in Prozent)

Merkmal 2001	Lebensstandard							
	dauerhaft unzureichend ¹		Verschlechterung ²		Verbesserung ³		dauerhaft ausreichend ⁴	
	%	n	%	n	%	n	%	n
Gesamt	8	1264	8	1295	4	720	80	14092
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	8	693	8	693	4	389	80	7271
Männer	7	571	8	602	4	331	81	6821
<i>Staatsangehörigkeit</i>								
deutsch	7	1040	7	1125	4	582	82	13206
andere	17	224	13	170	9	138	61	886
<i>Alter</i>								
18-24 Jahre	12	159	14	157	7	79	67	1022
25-54 Jahre	9	787	9	868	5	459	77	7558
55-64 Jahre	7	184	5	153	3	87	85	2335
65 Jahre und älter	4	134	4	117	3	95	89	3177
<i>Schulbildung</i>								
ohne Schulabschluß	23	91	12	51	11	43	54	229
Haupt-/Volksschule	9	517	7	465	4	280	80	5209
Realschule/mittlere Reife	6	315	8	383	4	194	82	4266
Fachhoch-/Fachoberschulreife	4	26	8	48	2	21	85	689
Abitur	3	88	7	172	3	85	88	2577
<i>Berufsausbildung</i>								
kein Abschluß/angelernt	13	425	9	285	7	203	71	2195
Lehre/Berufsfachschule	7	653	7	777	4	399	83	8970
Meister/Techniker/FH	4	25	5	40	2	19	89	860
Hochschule	1	19	5	44	1	17	92	987
<i>Erwerbsstatus</i>								
voll erwerbstätig	4	302	7	495	4	273	84	5916
teilzeit erwerbstätig	7	125	7	134	3	62	84	1466
in Ausbildung	13	119	13	131	8	70	66	775
arbeitslos	23	339	18	244	6	96	53	860
nicht erwerbstätig	7	369	5	273	4	217	84	4913
<i>Einkommen</i>								
unterstes Fünftel	29	690	19	456	10	217	43	1154
zweites Fünftel	12	315	10	315	6	171	72	2257
Drittes Fünftel	3	120	8	260	4	167	84	3214
viertes Fünftel	2	82	4	142	2	79	92	3338
oberstes Fünftel	1	18	2	57	1	55	96	3199
<i>Haushaltstyp</i>								
Einpersonen-Haushalte	11	264	10	252	5	132	74	1910
(Ehe-) Paare ohne Kinder	4	236	4	251	3	182	90	5148
Alleinerziehende	23	197	20	146	7	70	49	447
Paare mit bis zu 2 Kindern	6	371	7	480	4	215	83	5329
Paare mit 3 und mehr Kindern	12	149	11	136	8	98	69	860

Anmerkungen: (1) Lebensstandard sowohl 2001 als auch 2003 unzureichend. (2) Lebensstandard 2001 ausreichend, 2003 unzureichend. (3) Lebensstandard 2001 unzureichend, 2003 ausreichend. (4) Lebensstandard sowohl 2001 als auch 2003 ausreichend. Zur Definition eines ausreichenden bzw. unzureichenden Lebensstandards vgl. Abschnitt 2.1.

Quelle: SOEP 2001, 2003, eigene Berechnungen.

Tabelle 23: Veränderung des Lebensstandards und kritische Lebensereignisse (in Prozent)

Ereignisse zwischen 2001 und 2003	Lebensstandard							
	dauerhaft unzureichend ¹		Ver- schlechterung ²		Ver- besserung ³		dauerhaft ausreichend ⁴	
	%	n	%	n	%	n	%	n
Gesamt	8	1264	8	1295	4	720	80	14092
<i>Arbeitslosigkeitsmeldung 2001-2003</i>								
in keinem Jahr	5	766	6	974	4	562	85	12868
in einem Jahr	17	132	16	110	9	68	58	578
in zwei Jahren	22	183	16	115	6	46	57	472
in drei Jahren	41	183	21	96	9	44	29	174
<i>Einkommensarmut 2001-2003</i>								
in keinem Jahr	4	559	6	888	3	460	86	12224
in einem Jahr	23	241	17	191	11	134	48	612
in zwei Jahren	43	209	18	95	10	51	30	190
in drei Jahren	43	216	18	56	12	44	27	136
<i>Demographische Ereignisse vor 2003</i>								
keine Veränderungen	8	1058	7	1042	4	587	82	12398
Heirat	8	17	10	14	9	14	73	101
Zusammenzug mit Partner	7	21	11	24	10	20	72	155
Kind geboren	9	33	13	48	8	22	71	325
Kind hat HH verlassen	8	28	10	35	10	19	72	278
Trennung vom Partner	10	26	22	57	7	13	61	126
Scheidung	14	11	16	14	17	9	53	39
Tod Partner / Angehöriger	6	18	5	23	2	11	88	308

Anmerkungen: (1) Lebensstandard sowohl 2001 als auch 2003 unzureichend. (2) Lebensstandard 2001 ausreichend, 2003 unzureichend. (3) Lebensstandard 2001 unzureichend, 2003 ausreichend. (4) Lebensstandard sowohl 2001 als auch 2003 ausreichend. Zur Definition eines ausreichenden bzw. unzureichenden Lebensstandards vgl. Abschnitt 2.1.

Quelle: SOEP 2001-2003, eigene Berechnungen.

Anhang

Tabelle A.1.1: Erhebungsinstrument des Sozio-ökonomischen Panels 2001

Erhebung der Verfügbarkeit

„Die folgende Frage bezieht sich darauf, was man sich in seiner persönlichen Lebensführung finanziell leisten kann. Dafür sind einige Beispiele aufgeführt.

Welche Punkte treffen für Ihren Haushalt zu und welche nicht, egal aus welchen Gründen?“

Antwortvorgaben:

„trifft zu“, „trifft nicht zu“ – wenn „trifft nicht zu“: „Hat das finanzielle oder andere Gründe?“

„kann ich mir finanziell nicht leisten“, „andere Gründe“

Es gibt einen Farbfernseher im Haushalt

Es gibt ein Telefon im Haushalt

Es gibt ein Auto im Haushalt

Abgenutzte Möbel, auch wenn sie noch funktionsfähig sind, werden durch neue ersetzt

Die Wohnung liegt in einem Haus, das in einem guten Zustand ist

Das Haus liegt in einer guten Wohngegend

Ich habe finanzielle Rücklagen für Notfälle

Ich mache jedes Jahr eine mindestens einwöchige Urlaubsreise

Ich lade mindestens einmal im Monat Freunde zum Essen zu mir ein

Ich esse mindestens alle zwei Tage eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel

2001. Ich kann die Miete oder die Abzahlung der Wohnung immer pünktlich zahlen (Antwortvorgaben s. oben)

2003. Können Sie die Miete bzw. Tilgung/Zinsen für Ihre Wohnung ohne Probleme zahlen? (Antwortvorgaben: „Ja“, „Nein“, „Trifft nicht zu, zahle keine Miete bzw. zahle keine Tilgung/Zinsen“)

„Wie ist Ihre Wohnung ausgestattet? Gehört zu Ihrer Wohnung ...“

Antwortvorgaben

„ja“, „nein“

Bad/Dusche innerhalb der Wohnung

WC innerhalb der Wohnung

Balkon/Terrasse

Eigener Garten/Gartenbenutzung

Tabelle A.1.2: Erhebungsinstrument des Wohlfahrtssurveys 1999

1. Erhebung der Notwendigkeitsbewertung

„Es gibt verschiedene Meinungen darüber, was man in Deutschland für ein angemessenes Leben braucht. Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten können? Was ist verzichtbar, was ist wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig und was ist unbedingt notwendig?“

Antwortvorgaben:

„verzichtbar“, „wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig“ und „unbedingt notwendig“

Eine Wohnung, die groß genug ist, daß jedes Haushaltsmitglied ein eigenes Zimmer hat

WC und Bad oder Dusche in der Wohnung

Garten, Balkon oder Terrasse

Einwöchige Urlaubsreise pro Jahr

Zeitungsabonnement

Telefon

Sich regelmäßig neue Kleidung kaufen können

Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen können

Im Durchschnitt täglich eine warme Mahlzeit haben

Einmal pro Monat Freunde zum Essen zu sich nach Hause einladen können

Einmal pro Monat mit der Familie zum Essen in ein Restaurant gehen können

Auto

Fernseher

Waschmaschine

Geschirrspülmaschine

mindestens 100 DM pro Monat sparen können

private Altersvorsorge

Videorecorder

Computer

2. Erhebung der Verfügbarkeit

Die oben aufgelisteten Merkmale wurden den Befragten erneut in identischer Formulierung vorgelegt. Die einleitende Fragetext lautete:

„Wenn Sie jetzt an sich selbst denken, was davon haben bzw. tun Sie, was davon haben bzw. tun Sie nicht, weil Sie es sich nicht leisten können, was davon haben bzw. tun Sie aus anderen Gründen nicht?“

Antwortvorgaben:

„habe bzw. tue ich“, „kann ich mir nicht leisten“ und „habe bzw. tue ich aus anderen Gründen nicht“

Tabelle A.1.3: Erhebungsinstrument des Wohlfahrtssurveys 1998

1. Erhebung der Notwendigkeitsbewertung

„Es gibt verschiedene Meinungen darüber, was man in Deutschland zum Leben braucht. Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten können?

Was ist verzichtbar, was ist wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig und was ist unbedingt notwendig?“

Antwortvorgaben:

„verzichtbar“, „wünschenswert“ und „unbedingt notwendig“

Wohnung, die groß genug ist, daß jedes Haushaltsmitglied ein eigenes Zimmer hat

WC und Bad oder Dusche in der Wohnung

Garten, Balkon oder Terrasse

Einwöchige Urlaubsreise pro Jahr

Zeitungsabonnement

Telefon

Sich regelmäßig neue Kleidung kaufen können

Abgenutzte Möbel durch neue ersetzen können

Im Durchschnitt täglich eine warme Mahlzeit haben

Einmal pro Monat Freunde zum Essen zu sich nach Hause einladen können

Einmal pro Monat mit der Familie zum Essen in ein Restaurant gehen können

Auto

Fernseher

Videorecorder

Computer

Stereoanlage

Waschmaschine

Geschirrspülmaschine

Mindestens 100 DM pro Monat sparen können

Zusätzliche private Krankenversicherung

Private Altersvorsorge

Jederzeit Zahnbehandlung und falls erforderlich Zahnersatz vornehmen können, auch wenn das von der Krankenkasse nicht abgedeckt wird

2. Erhebung der Verfügbarkeit

Die oben aufgelisteten Merkmale wurden den Befragten erneut in identischer Formulierung vorgelegt. Die einleitende Fragetext lautete:

„Wenn Sie jetzt an sich selbst denken, was davon haben bzw. tun Sie, was davon haben bzw. tun Sie nicht, weil Sie es sich nicht leisten können, was davon haben bzw. tun Sie aus anderen Gründen nicht?“

Antwortvorgaben:

„habe bzw. tue ich“, „kann ich mir nicht leisten“ und „habe bzw. tue ich nicht“

Tabelle A.1.4: Erhebungsinstrument des Sozialwissenschaften-Bus III/1996

1. Erhebung der Notwendigkeitsbewertung

„Im folgenden lese ich Ihnen verschiedene Dinge vor, die gelegentlich erwähnt werden, wenn man vom Lebensstandard in Deutschland spricht. Wenn man in Deutschland für alle Menschen und Haushalte einen normalen, ausreichend guten Lebensstandard erreichen bzw. sicherstellen wollte, was wäre dann dazu: unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?
Bitte nennen Sie jeweils die Kennziffer Ihrer Antwort.

Antwortvorgaben:

„unbedingt notwendig“ (1), „eher notwendig“ (2), „eher nicht notwendig“ (3), „überhaupt nicht notwendig“ (4)

Im Durchschnitt eine warme Mahlzeit pro Tag
Mindestens alle zwei Tage eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch
Abgenutzte, aber noch funktionsfähige Möbel durch neue ersetzen
Neue Kleidung kaufen, auch wenn die alte noch nicht abgetragen ist
Eine Waschmaschine
Ein Telefon
Ein Auto
Generell mehr auf die Qualität anstatt auf den Preis der Produkte achten können
Mindestens ein einwöchiger Urlaub weg von zu Hause pro Jahr
In einem Haus wohnen, das in einem guten baulichen Zustand ist
In einer guten Wohngegend leben
Ausreichende Heizung in der kalten Jahreszeit
Eine Wohnung ohne feuchte Wände
Ein Bad oder eine Dusche in der eigenen Wohnung
Ein Garten oder eine Terrasse
Die Miete für die Wohnung bzw. die Zinsen für das Wohneigentum ohne Probleme zahlen können
Gas-, Wasser-, Heizungs- und Stromrechnungen ohne Probleme zahlen können
Eine abgeschlossene Berufsausbildung haben
Alle zwei Wochen einmal abends ausgehen
Kontakt mit Menschen in der Nachbarschaft
Ein Videorecorder
Ein Farbfernseher
Behandlungen in Anspruch nehmen können, die von der Krankenkasse nicht vollständig finanziert werden, wie z.B. Zahnersatz, Brille, Pflegeleistungen
Mindestens einmal im Jahr ein Geschenk für die Familienangehörigen oder die Freunde kaufen können
Sich ein Hobby leisten können
Finanzielle Rücklagen, z.B. Sparguthaben, Lebensversicherung
Sich gesund und zureichend ernähren können

2. Erhebung der Verfügbarkeit

Für die oben aufgelisteten Merkmale wurde den Befragten eine Liste vorgelegt, auf der diese erneut, nun allerdings in einer angepassten Frageformulierung aufgelistet waren.

Eine solche Formulierung lautete z.B. „Gehen Sie alle zwei Wochen einmal abends aus?“

In ähnlicher Weise wurden alle anderen Merkmale formuliert. Der einleitende Fragetext lautete:

„Die nächsten Fragen beschäftigen sich mit der Situation ihres Haushaltes. Können Sie persönlich oder Ihr Haushalt über die Dinge, die ich Ihnen nun vorlese, verfügen bzw. üben Sie die genannten Tätigkeiten aus? Nennen Sie mir bitte anhand der Liste jeweils die auf Sie zutreffende Antwortkennziffer.“

Antwortvorgaben:

„ja“ (1), „nein, ist aus finanziellen Gründen nicht möglich“ (2), „nein, trifft aus anderen Gründen nicht zu“ (3)

Tabelle A.2: Beschreibung der verwendeten Umfragen

Umfrage	<i>Stichprobe</i>	<i>Haushalt/Personen</i>	<i>Erfaßte Dimensionen</i>	Notwendigkeits- bewertung	Präferenz- kontrolle	Soziodemo- graphie	<i>Einkommen</i>
Sozio- ökonomisches – Panel 2001	Mehrstufige, geschich- tete Zufallstichprobe, in privaten Haushalten lebende Personen ab 16 Jahren. Wg. Vergleichbarkeit mit anderen Umfragen wurden nur Personen ab 18 Jahren berück- sichtigt (n= 21579, davon n=16235 West, n=5344 Ost) Feldphase 1. Quartal 2001	Eine Bezugsperson pro Haushalt für Haushaltsfragebo- gen, jede Person ab 16 Jahren einen Personenfragebo- gen	Ernährung (1), pers. Bedarf und Haushalts- ausstattung (6), Woh- nungsausstattung und Wohnumfeld (5), finan- zielle Rücklagen (1)	nicht erhoben	direkt (bei 11 der 13 Items)	umfangreiche Standarddemo- graphie	Monatliches Haus- haltsnettoeinkom- men zum Befra- gungszeitpunkt
Sozio- ökonomisches – Panel 2003	Mehrstufige, geschich- tete Zufallstichprobe, in privaten Haushalten lebende Personen ab 16 Jahren Wg. Vergleichbarkeit mit anderen Umfragen wurden nur Personen ab 18 Jahren berück- sichtigt (n=19844, davon n=14817 West, n=5027 Ost) Feldphase 1. Quartal 2003	Eine Bezugsperson pro Haushalt für Haushaltsfragebo- gen, jede Person ab 16 Jahren einen Personenfragebo- gen	Ernährung (1), pers. Bedarf und Haushalts- ausstattung (6), Woh- nungsausstattung und Wohnumfeld (5), finan- zielle Rücklagen (1)	nicht erhoben	direkt (bei 10 der 13 Items)	umfangreiche Standarddemo- graphie	Monatliches Haus- haltsnettoeinkom- men zum Befra- gungszeitpunkt

Fortsetzung Tabelle A.2

Umfrage	Stichprobe	Haushalt/Personen	Erfaßte Dimensionen	Notwendigkeits- bewertung	Präferenz- kontrolle	Soziodemo- graphie	Einkommen
Wohlfahrtssurvey 1999	Disproportional geschichtete Zu- fallsstichprobe, in privaten Haushalten lebende Personen ab 18 Jahren n= 2413 (1941 in den alten Bundes- ländern und 472 in den neuen Bundes- ländern)	Jeweils eine zufäl- lig ausgewählte Person pro Haushalt	Ernährung (1), pers. Bedarf und Haushalts- ausstattung (10), Woh- nungsausstattung (4), finanzielle Rücklagen (2), Sozialkontakte (2)	Bewertung was man zum Leben braucht. „Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten kön- nen?“ Antwortvorgaben: ,verzichtbar‘, ,wün- schenswert, aber nicht unbedingt notwendig‘ und ,unbedingt notwendig‘	direkt	ZUMA- Standarddemo- graphie	Monatliches Haus- haltsnettoeinkom- men zum Befra- gungszeitpunkt
	Feldphase bis Mitte Dezember 1999						
Wohlfahrtssurvey 1998	Disproportional geschichtete Zu- fallsstichprobe, in privaten Haushalten lebende Personen ab 18 Jahren n= 3042 (2.007 in den alten Bundes- ländern und 1.035 in den neuen Bun- desländern)	Jeweils eine zufäl- lig ausgewählte Person pro Haushalt	Ernährung (1), pers. Bedarf und Haushalts- ausstattung (11), Woh- nungsausstattung (4), Gesundheitsvorsorge (2), finanzielle Rückla- gen (2), Sozialkontakte (2)	Bewertung was man zum Leben braucht. „Was meinen Sie, was auf der folgenden Liste sollte sich jeder Haushalt in Deutschland leisten kön- nen?“ Antwortvorgaben: ,verzichtbar‘, ,wün- schenswert, aber nicht unbedingt notwendig‘ und ,unbedingt notwendig‘	direkt	ZUMA- Standarddemo- graphie	Monatliches Haus- haltsnettoeinkom- men zum Befra- gungszeitpunkt
	Feldphase bis Mitte Dezember 1998						

Fortsetzung Tabelle A.2

Umfrage	Stichprobe	Haushalt/Personen	Erfaßte Dimensionen	Notwendigkeitsbewertung	Präferenzkontrolle	Soziodemographie	Einkommen
Sozialwissenschaft-Bus III/1996	<p>Disproportional geschichtete Zufallsstichprobe, deutsche, in privaten Haushalten lebende Personen ab 18 Jahren n=3170 (1.989 in den alten Bundesländern und 1.181 in den neuen Bundesländer)</p> <p>Feldphase von September 1996 bis Mitte Dezember 1996</p>	Jeweils eine zufällig ausgewählte Person pro Haushalt	Ernährung (3), pers. Bedarf und Haushaltsausstattung (10), Wohnumfeld und Wohnungsausstattung (6), Zahlungsfähigkeit und finanzielle Rücklagen (3), Bildungs- (1) und Freizeitaktivitäten (3), Sozialkontakte (2) sowie die Gesundheitsvorsorge (1)	Bedeutung für einen normalen, ausreichend guten Lebensstandard für alle Personen und Haushalte in Deutschland. Antworten auf einer vierstufigen Skala: ‚unbedingt notwendig‘, ‚eher notwendig‘, ‚eher nicht notwendig‘, ‚überhaupt nicht notwendig‘.	direkt	ZUMA- Standarddemographie	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen zum Befragungszeitpunkt

Tabelle A.3: Verbreitung von Lebensstandardmerkmalen 1999, 1998 und 1996 (in %)

	WS 1999		WS 1998		Sowi-Bus 1996	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
WC & Bad oder Dusche*	99	98	99	97	99	97
ausreichende Heizung					98	98
Farbfernseher	98	98	99	98	97	99
Telefon	98	97	97	95	96	82
gesund und zureichend ernähren					97	98
Waschmaschine	97	97	96	95	97	97
Wohnung ohne feuchte Wände					97	95
eine warme Mahlzeit am Tag	97	95	96	95	96	91
Strom etc. zahlen können					96	96
Geschenke f. Freunde/Verwandte					94	94
Miete pünktlich zahlen					93	93
Kontakt mit Nachbarn					92	92
guter Zustand des Hauses					93	80
Garten, Balkon oder Terrasse*	89	80	87	76	66	51
gute Wohngegend					86	81
eigenes Zi. für jeden im HH	84	78	89	85		
Fleisch/Fisch alle 2 Tage					81	74
Berufsausbildung					78	89
Auto	76	74	79	75	79	73
Stereoanlage			80	71		
Zeitungsabonnement	72	72	68	68		
ein Hobby					75	65
finanzielle Rücklagen*	69	62	71	62	83	78
einwöchige Urlaubsreise/Jahr	68	57	68	59	69	63
Videorecorder	67	64	73	69	65	61
regelm. neue Kleidung kaufen	67	53	64	54	63	55
eher auf Qualität als Preis achten					66	57
med. Behandlung z. T. selbst tragen*			61	62	85	87
Geschirrspülmaschine	60	39	60	33		
private Altersvorsorge	54	41	44	29		
Freunde zum Essen einladen	53	39	55	41		
abgenutzte Möbel ersetzen	50	40	51	41	50	41
Restaurantbesuch 1x/Monat*	46	32	48	33	50	25
Computer (PC)	40	31	43	35		
zus. private Krankenvers.			29	15		

Anmerkungen: * Items sind in Wohlfahrtssurvey und Sowi-Bus unterschiedlich formuliert und daher nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Quellen: Wohlfahrtssurvey 1998 & 1999, Sozialwissenschaften-Bus III/1996, eigene Berechnungen.